



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Konstruktion der ukrainischen nationalen Identität: Von 1991 bis 2022“

verfasst von / submitted by

Anna-Regina Lazareva, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaften

Betreuerin / Supervisor

Univ.-Prof. i.R. Dr. Sieglinde Rosenberger

Danksagung

Ich möchte diese Zeilen nutzen, um mich bei allen zu bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Masterarbeit, aber auch während des Masterstudiums unterstützt haben.

Zuerst möchte ich mich bei Sieglinde Rosenberger bedanken, nicht nur für die außerordentliche fachliche Betreuung, wertvolle Kritik und Geduld, sondern auch für ihre inspirierende positive Energie und den Mut, den sie mir stets geschenkt hat.

Vielen Dank an Christoph Novak für seine Unterstützung bei der Entwicklung des theoretischen Rahmens.

Mein aufrichtiger Dank gilt auch den Lehrenden der Uni Wien, die mir jedes Semester mit ihren Themen eine neue Welt eröffnen. Dabei möchte ich mich insbesondere bei Doro Bohle und Tobias Spöri bedanken, auch für die Förderung während meines Masters.

Zum Abschluss möchte ich meiner Familie meinen Dank aussprechen, ohne deren Unterstützung ich mein Masterstudium nicht hätte beginnen können. Matthias gebührt mein Dank für die zahlreichen Korrekturdurchgänge und die fortwährende Motivation, ebenso wie meiner Mutter, die immer ein offenes Ohr für mich hatte.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1. Forschungsinteresse, Forschungsfragen und Methodik	5
1.2. Überblick über die Masterarbeit.....	9
2. Theorien nationaler Identität, Identitätsbildung und Zugehörigkeit	10
2.1. Konstruktivistische vs. ethnosophistische Ansätze	10
2.2. Traditionen <i>in imagined communities</i>	13
2.2.1. Identitäten, Zugehörigkeitsbildung und Grenzziehung.....	15
2.2.2. <i>Ethnic-/civic</i> -Unterscheidung als analytisches Werkzeug	19
3. Ukrainische Identitätsbildung zwischen 1991 und 2013/14	22
3.1. Das Erbe der sowjetischen Identität	22
3.2. Unabhängigkeit der Ukraine (1991) und Nationalismus.....	28
3.3. Die <i>Orangene Revolution</i> (2004) und die Spaltung des Landes	41
3.4. Konstruktionsprozesse nationaler Identität im Wandel: 2004 – 2013/14	48
4. Ukrainische Identitätsbildung 2013/14 bis 2022	58
4.1. <i>Maidan</i> (2013/14) – Momentum der überwundenen „Spaltung“?.....	58
4.2. Wahl- und parteipolitische Situation nach dem <i>Maidan</i>	63
4.3. Prozesse der Herstellung nach 2014	64
4.4. Präsident Wolodymyr Selenskyj und die <i>imagined</i> ukrainische nationale Identität	73
5. Diskussion: Implikationen für die Theoretisierung der Konstruktionsprozesse einer ukrainischen nationalen Identität im Kontext des Krieges 2022.....	77
6. Quellenverzeichnis	83
7. Literaturverzeichnis	87
8. Anhang.....	95

Abkürzungsverzeichnis

EAEU – Eurasische Wirtschaftsunion (Eurasian Economic Union)

EU – Europäische Union

CIS – Commonwealth of Independent States

KIIS – Kyiv International Institute of Sociology

IEOM – Internationale Wahlbeobachtungskommission

IWF – Internationaler Währungsfonds

KPdSU – Kommunistische Partei der Sowjetunion

KPU – Kommunistische Partei Ukraine

Oblast(s) – Region(en) in der Ukraine

OUN – Organisation der Ukrainischen Nationalisten

OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

PSPU – Progressive Sozialistische Partei der Ukraine

SBU – Ukrainischer Sicherheitsdienst

SelPU – Bauernpartei der Ukraine (Selyanska Partiya Ukrayiny)

SPU – Sozialistische Partei der Ukraine

UINP – Ukrainisches Institut für Nationale Erinnerung

UPA – Ukrainische Aufständische Armee

USSR – Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik

Werchowna Rada – Das ukrainische Parlament

1. Einleitung

1.1. Forschungsinteresse, Forschungsfragen und Methodik

„Wie sollen wir also, so unterschiedlich wie wir sind, zusammenleben? (...) Wer hat uns davon überzeugt, dass die Unterschiede zwischen uns wichtig sind? Was, wenn es nicht so ist? Denken Sie einmal darüber nach: Gibt es wirklich wenig, was uns eint?“¹ (Selenskyj, 2019). Dieses Zitat Wolodymyr Selenskyjs stammt aus seiner ersten Neujahrsansprache als Präsident der Ukraine, in der er sein Publikum aufforderte, über die Bedeutung des Ukrainischseins nachzudenken und bisherige Spaltungslinien entlang Sprache, Ethnizität und Erinnerungskultur zu hinterfragen. Er appellierte an seine Zuhörer:innen in Gemeinsamkeiten statt Unterschieden zu denken und erinnerte, dass Ukrainer:innen sich bereits episodisch zu einem geeinten Land zusammengeschlossen hätten. Nun forderte er aber beständige nationale Einheit: “ (...), wir müssen jeden Tag ein geeintes Land sein. Das muss zu unserer nationalen Idee werden: zu lernen, mit Respekt zusammenzuleben, für die Zukunft des Landes“ (Selenskyj, 2019).

Nationale Einheit war bereits im Wahlkampf ein Hauptthema des politischen Newcomers Selenskyj. Mit Blick auf seinen Erdrutschsieg bei den Präsidentschaftswahlen 2019 resonierte dieses Thema, das für ukrainische Politiker:innen bisher ungewöhnlich war, offenbar mit den Wähler:innen. Doch worauf bezieht sich Selenskyj, wenn er von nationaler Einheit, von Gemeinsamkeiten und Unterschieden spricht? Und weshalb ist nationale Identität ein Thema, dem der ukrainische Präsident die Neujahrsansprache widmet?

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 stand die Ukraine, wie andere Nachfolgestaaten auch, vor einigen Möglichkeiten, aber auch vor Herausforderungen. Die Ukraine musste nicht nur wirtschaftliche und politische Transformationen durchlaufen, sondern auch ihre kollektive Identität innerhalb neu definierter Grenzen gestalten. Parameter der Staatlichkeit wie Sprache und Minderheitenrechte, aber auch die Art und Weise, in der die Geschichte erinnert und erzählt wird, mussten im Zuge der Neudefinition des nationalen „Selbst“ neu gedacht werden (Wolczuk, 2000). Nachdem die Ukraine am 1. Dezember 1991 Einheit an den Tag legte und mit großer Mehrheit für die Unabhängigkeit stimmte, gab es verschiedene Möglichkeiten und Ideen dazu, wie die neue nationale Identität des jungen Staates zu gestalten wäre. Seitdem blieben die Herstellungsprozesse der nationalen Identität umkämpft und wurden durch verschiedene Zäsuren, wie die *Orangene Revolution* 2004 und die *Maidan* Proteste 2013/14, geprägt. Während die *Orangene Revolution* eine Mobilisierung der Wähler:innenschaft eines politischen Lagers darstellte, waren die *Maidan* Proteste keiner Partei

¹ Eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen.

zuzuordnen. Das änderte aber nichts daran, dass sowohl der *Maidan* als auch die *Orangene Revolution* das Land polarisierten. Die Proteste 2013/14 stellten jedoch eine Zäsur dar, denn fast zeitgleich setzte der militärische Konflikt mit Russland – die Annexion der Krim und der Krieg im Donbas – ein. So war es die russische Infragestellung des Existenzrechts des ukrainischen Nationalstaates, die die innenpolitische Debatte über Identitätspolitik nach 2014 veränderte. Auch in der Zivilgesellschaft setzte die externe Bedrohung neue Dynamiken in der Bedeutung des Ukrainischseins in Gang.

Die Konstruktionsprozesse der nationalen Identität nach 2014 waren facettenreich und widersprüchlich: Was bedeutete Ukrainischsein? War Russisch nun die Sprache des Besetzers oder die Sprache der Befreiung, weil auch russischsprachige Ukrainer:innen im Osten kämpften? Wie sollte man zu Organisationen des Zweiten Weltkrieges stehen, die in ihrem Kampf gegen die Sowjetunion mit Nationalsozialisten kollaborierten? All diese Fragen fanden innerhalb der ukrainischen Zivilgesellschaft, in der politischen Landschaft, aber auch unter Intellektuellen und in der akademischen Debatte keine eindeutige Antwort. Dass der ukrainische Präsident bei einer Ansprache fünf Jahre nach den besagten Ereignissen nationale Einheit forderte, deutete daraufhin, dass auch die Einheit infolge des Konflikts 2014 „episodisch“ blieb. Die externe Bedrohung konnte alte Spaltungen nicht konsequent überwinden. Als Präsident Selenskyj am Neujahrstag 2019 die besagte Ansprache hielt, war die Ukraine nicht nur von innenpolitischen Themen bewegt. Die Beendigung des seit 2014 dauernden Konflikts mit Russland war eines der bedeutendsten außenpolitischen Themen, mit denen die meistens Kandidat:innen (auch Selenskyj) 2019 Wahlkampf machten. Der Hoffnung auf eine diplomatische Lösung des Krieges mit Russland wurde am 24. Februar 2022 ein Ende bereitet. Die Invasion stellte einen gravierenden Einschnitt in der Geschichte der unabhängigen Ukraine dar und führte zu unzähligem Leid, zu zerstörten Existzenzen, Millionen Geflüchteten, Tausenden von Toten und Verstümmelten.

Inmitten dieser humanitären Katastrophe seit Februar 2022 zeigten die Ukrainer:innen eine enorme Resilienz. Entgegen allen Erwartungen gab die Ukraine ihre Grenzen nicht auf, auch brach der Staat nicht zusammen. Dies war vor allem dem zivilgesellschaftlichen Engagement und Zusammenhalt zu verdanken. Zahlreiche Ukrainer:innen meldeten sich freiwillig bei der Armee, als Ehrenamtliche für die Versorgung mit humanitären Gütern oder für die Pflege von Verwundeten. Ferner zeigte sich eine große spendenbasierte Unterstützung der Armee. Die Ukrainer:innen schienen seit den ersten Angriffen am Morgen des 24. Februar 2022 näher zusammengerückt zu sein, sodass Forderungen nach nationaler Einheit anscheinend überflüssig wurden. Olexiy Haran (2022) spricht von einer Ukrainisierung „von unten“ (*grassroots Ukrainization*): „National values are not being imposed by the government or political elites, but spread within and between people“. So weisen Studien daraufhin, dass sich Ukrainer:innen mit ihrer Nation und der Ukraine stärker als je zuvor

identifizierten (siehe diverse Studien KIIS, 2022). Lutsevych (2022) führt die Wehrhaftigkeit und Resilienz der kriegsbetroffenen Ukraine auf die Stärke der ukrainischen Gesellschaft zurück. Manche argumentieren sogar, dass die nationale Identität die Quelle der besagten Resilienz der ukrainischen Gesellschaft bildet (Kulyk, 2022). So scheint der Krieg 2022 Potenzial für die Überwindung der Spaltungslinien zu haben.

Zugleich scheint die Bedeutung des Ukrainischseins seit dem 24. Februar vor allem über die Abgrenzung zu Russland und dem Russischen zu funktionieren. Studien zeigen Tendenzen auf, in denen die Mehrheit der Befragten auf ukrainische Filme, Musik, Bücher, Youtube Kanäle etc. umsteigt und/oder russischsprachige kulturelle und mediale Produkte aus dem eigenen Alltag ausschließt (KIIS, 2023). Eine Umfrage vom März 2022 legt Verschiebungen im Sprachgebrauch vom Ukrainischen ins Russische nahe und die Absicht, die eigenen Gewohnheiten in naher Zukunft radikal zu ändern (*Rating Group Ukraine*, 2022). Vor diesem Hintergrund wurde das Narrativ der „Sprache des Aggressors“ wiederbelebt, das im Kontext des Krieges 2014 eingeführt wurde. Darüber hinaus wurden nicht nur Denkmäler sowjetischer Persönlichkeiten wie Puschkin oder Ekaterina der Großen von der Regierung und teilweise auch zivilgesellschaftlichen Gruppen demontiert. Auch die Einstellungen zu kontroversen ukrainischen Figuren des Zweiten Weltkrieges, wie Stepan Bandera, die einerseits für den Widerstand gegen die Sowjetunion, andererseits für Gräueltaten des Nationalsozialismus stehen, veränderten sich (KIIS, 2022). Obwohl all diese Prozesse in ihrem Ausmaß beispiellos waren und sind, lassen sich viele der aktuellen Tendenzen in kleinerem Maßstab bereits seit 2014 identifizieren.

Diese Masterarbeit rekonstruiert die Tendenzen in Herstellungsprozessen der ukrainischen nationalen Identität seit 1991, wobei der Fokus auf dem militärischen Konflikt liegt, der 2014 als Zäsur für die Herstellung der ukrainischen nationalen Identität betrachtet wird. So behandelt diese Masterarbeit im Schwerpunkt die Veränderungen in den Prozessen der Identitätskonstruktion seit 2014 bis zum Angriffskrieg am 24. Februar 2022. Die Auseinandersetzung mit den Prozessen und Debatten seit 2014 und ihre theoretische Einbettung stellen auch die Grundlage für die Betrachtung der Dynamiken seit 2022 dar. Die aktuellen Debatten über die ukrainische nationale Identität, die Bedeutung der Sprache, Kultur und Erinnerungen wurden bereits seit Beginn des militärischen Konfliktes 2014 geführt. Seitdem sich 2022 der lokale Konflikt aus dem Osten auf die gesamte Ukraine ausweitete, wurden diese Fragen von mehr Menschen und mit mehr Nachdruck gestellt. Diese Arbeit gilt den allgemeinen Tendenzen der Identitätskonstruktion in Zeiten von Unsicherheit, sodass die Beschäftigung mit den Dynamiken des aktuellen Krieges als *moving target* nicht sinnvoll erscheint. So relevant die aktuellen Prozesse in der ukrainischen Politik, Zivilgesellschaft (aber auch Diaspora und Vertriebenen) sind, lassen sie sich aufgrund ihrer zeitlichen Aktualität im Rahmen einer Masterarbeit

schwer greifen. Nicht nur der weitere Verlauf und Ausgang des Krieges sind unbekannt, sondern auch die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf die ukrainische nationale Identität.

Die Masterarbeit behandelt die folgenden zentralen Forschungsfragen: Welche Veränderungen in dem Konstruktionsprozess einer ukrainischen nationalen Identität lassen sich seit dem Krieg 2014 im Vergleich zu den Jahren seit der Unabhängigkeit (1991-2013) beobachten? Wie haben sich Instrumente und Akteurskonstellationen verändert?

Die analytische Perspektive liegt auf Prozessen der Identitätsbildung „von oben“. In der Ukraine übernahmen nationale (politische) Eliten – Politiker:innen und Parteien – die *top-down* Konstruktion der nationalen Identität (Kuzio, 2001). Die Masterarbeit basiert auf einen konstruktivistischen Ansatz zur Bildung der nationalen Identität.

Die Untersuchung erfolgt auf der Grundlage von Sekundärliteratur, Dokumenten und Materialien seit 1989. Die Dokumente umfassen vor allem Wahlprogramme, Gesetzentwürfe, Gesetze und Gesetzesänderungen. Auf der Basis von Sekundärliteratur werden politische Ereignisse und Entwicklungen in Bezug auf ihre Auswirkungen auf die ukrainische nationale Identität analysiert. Neben der Analyse offizieller Dokumente zu politischen Ereignissen wird die Literatur zur nationalen Identität, Sprach-, Kultur- und Erinnerungspolitiken in der Ukraine aufgearbeitet. Auch Sekundärliteratur wie diverse Journalartikel, Monografien und Essays, die seit der ukrainischen Unabhängigkeit veröffentlicht wurden, werden dafür herangezogen und kritisch beleuchtet.

Neben den *top-down* Aktivitäten von Politik und Parteien spielt seit 2014 auch die Zivilgesellschaft eine Rolle bei Prozessen der Identitätskonstruktion. Die identitätsbezogenen Initiativen „von unten“ (mancher Teile der Zivilgesellschaft) entsprechen nicht unbedingt den Vorstellungen von Identität der Gesamtgesellschaft. Deshalb werden auch repräsentative Umfrageergebnisse angeführt, um die möglichen Effekte der Identitätspolitiken einzubeziehen. Über diese Herangehensweise und den Materialmix wird die Identitätskonstruktion durch Eliten von jenen der Zivilgesellschaft getrennt.

Es gibt zahlreiche (repräsentative) Umfragen und Studien zur nationalen Identität der Ukrainer:innen nach 2013/14. Jedoch ist die wissenschaftliche Evidenz zu den Veränderungen in der ukrainischen nationalen Identität seit 2014 uneinheitlich bis widersprüchlich (Zhuravlev und Ishchenko, 2020). Dennoch verweist diese Masterarbeit vereinzelt auf repräsentative Umfragen, um den Kontext bzw. die Einstellungen zu Identitätsfragen einzubeziehen.

1.2. Überblick über die Masterarbeit

Im Kapitel 2 werden die theoretischen Grundlagen dargelegt. Zunächst soll in 2.1. die konstruktivistische Perspektive durch die Abgrenzung zu ethnosymbolistischen Ansätzen auf Nationen und Nationalismen aufgegriffen werden. In 2.2. wird Benedict Andersons konstruktivistischer Ansatz *imagined communities* (1983) dargelegt und dieser um Eric Hobsbawms Ansatz *inventing traditions* erweitert. Dabei werden naturalisierte Traditionen als konstruierte und institutionalisierte Praktiken verstanden, die von Eliten vermittelt werden. Die Betrachtung „von oben“ wird bei der Analyse als zentral angesehen, während Prozesse „von unten“ zwar wichtig, jedoch in ihren Dynamiken weniger zugänglich und geradlinig sind. Die Perspektive auf Nationen als „vorgestellte Gemeinschaften“ (*imagined communities*), die symbolisch über Traditionen und Bräuche vermittelt werden, wird in 2.2.1. um die Auseinandersetzung mit Prozessen der Identitätsbildung, Zugehörigkeitsbildung und Grenzziehung komplementiert. Prozesse der Herstellung und Internalisierung von Identitäten werden als soziale Aushandlungsprozesse verstanden, deren Grenzen sich über die Differenzierung zum „Anderen“ konstituieren. Die nationale Identität als kollektive Identität zu verstehen, ermöglicht es, die Veränderungen in den Herstellungsprozessen der nationalen Identität vor dem Hintergrund von Unsicherheiten oder Bedrohungen zu rekonstruieren. So soll der Ansatz der kollektiven Identität die Veränderungen in der Konstruktion einer ukrainischen nationalen Identität, die sich seit der russischen Aggression 2014 abzeichneten, beleuchten. In 2.2.2. wird anschließend die analytische Unterscheidung in *ethnic*- und *civic*-Ausprägungen erläutert.

Im Kapitel 3 werden Prozesse ukrainischer Identitätsbildung zwischen 1991 und 2013 beleuchtet. Nachdem in 3.1. aus der Periode der Sowjetunion geerbte Identitätsfragen, vor allem der Sprache und Erinnerung, skizziert werden, widmen sich die folgenden Unterkapitel den Herstellungsprozessen der ukrainischen nationalen Identität – zentralen Ereignissen, Akteurskonstellationen und Instrumenten. In 3.2. wird die Phase nach der Unabhängigkeit beschrieben. Dabei wird rekonstruiert, mit welchen identitätspolitischen Fragen sich die Ukraine nach 1991 konfrontiert sah, welche Ideen zur nationalen Identitätsbildung konkurrierten und wie politische Repräsentant:innen diese Ideen adressierten. Der hier gelegte Fokus auf die Instrumentalisierung von identitätspolitischen Fragen im Kontext von Wahlen zieht sich durch die folgenden Unterkapitel. In Abschnitt 3.3. wird beleuchtet, wie politische Eliten (ethno)linguistische Unterschiede und verschiedene Geschichtsauffassungen nutzten, um Wähler:innen zu mobilisieren. Denn der Wahlkampf und die *Orangene Revolution* von 2004 polarisierten die Wähler:innenschaft und trugen zur Spaltung der Ukraine bei. Anschließend wird in 3.4. untersucht, wie die Identitätspolitik der *Orangen Revolution* die nationale Identität beeinflusste. Es wird argumentiert, dass Präsident Wiktor Juschtschenko in dem Versuch, die

ukrainische Identität zu stärken auf Widerstand stieß und die Gesellschaft spaltete, während Russland versuchte, eine alternative Identität zu fördern.

Kapitel 4 widmet sich der ukrainischen Identitätsbildung zwischen 2013/14 und 2022 (vor dem Angriffskrieg am 24. Februar). Obwohl sich die Ereignisse des Winters 2013/14 überschlugen, wird konzeptionell der *Maidan* von der russischen Aggression getrennt. Die Annexion der Krim und der Krieg im Donbas bedeuteten eine Zäsur, da dieser eine sowjetisch orientierte Identitätspolitik delegitimierte und Fragen der außenpolitischen Annäherung obsolet machte. Der Abschnitt 4.1. widmet sich den landesweiten *Maidan* Protesten. Der *Maidan* beeinflusste die Konstruktion einer nationalen Identität der Ukraine als ein Zusammenschluss heterogener Gruppen, so das Argument. In 4.2. wird die neue wahl- und parteipolitische Situation dargelegt, welche auf die Flucht und Absetzung Wiktor Janukowytschs und den militärischen Konflikt mit Russland folgt. In 4.3. werden die Prozesse der Herstellung der ukrainischen nationalen Identität ab 2014 adressiert. Es werden Konstruktionsprozesse „von oben“, wie der Erlass von Gesetzespaketen zur Ukrainisierung von Erinnerung und Sprache betrachtet, aber auch Aktivitäten der Zivilgesellschaft „von unten“. Anschließend wird in 4.4. die zu vorherigen Präsidenten distinkte Idee der ukrainischen nationalen Identität von Wolodymyr Selenskyj und die damit einhergehenden Konstruktionsprozesse entlang *civic*- und *ethnic*- Ausprägungen diskutiert.

Das Kapitel 5 führt die Fäden dieser Arbeit zusammen und fokussiert die Veränderungen, die sich in den Herstellungsprozessen der ukrainischen nationalen Identität nach 2014 abzeichneten.

2. Theorien nationaler Identität, Identitätsbildung und Zugehörigkeit

2.1. Konstruktivistische vs. ethnosymbolistische Ansätze

Die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Konzepten wie Nationalstaat, Nation und Nationalbildung geht auf die Aufklärung zurück. Vertragstheoretiker des 17. Jahrhunderts – Rousseau, Locke, Hobbes – formulierten Ideen zum Gesellschaftsvertrag als Einigung zwischen den einzelnen Individuen und den Herrschenden. Im Verlauf des späten 18. Jahrhunderts, also dem Prozess der Staatsbildung in Europa und der Französischen Revolution, folgten die Prinzipien der Selbstbestimmung und der Volksherrschaft (Adaney, 2009). Seitdem wird die Auseinandersetzung um den Nationalstaat und die Nation mit verschiedenen Zugängen und Ansätzen geführt. Manche Ansätze gelten zwar als die Wegbereiter für die Nationalismusforschung, verloren im Verlauf der Zeit jedoch an Aktualität und Relevanz, so zum Beispiel die deutschen Romantiker, die aber später die ethnosymbolistische, bzw. *perennialist* Strömung inspirierten. In aktuellen politikwissenschaftlichen und

soziologischen Debatten dominieren zwei Ansatzstränge – die ethnosymbolistische bzw. *perennialist* Perspektive und die konstruktivistischen Ansätze.²

Ethnosymbolist:innen setzen bei der Geschichte der Nationenbildung an. Als der bekannteste Vertreter gilt der Soziologe Anthony D. Smith, der zu den Begründer:innen des interdisziplinären Forschungsfelds „*Nationalist Studies*“ zählt. Unter „Nationalismus“ versteht Smith (1994) eine ideologische Bewegung zur Erlangung und Aufrechterhaltung von Autonomie, Einheit und Identität einer Bevölkerung (S. 73). Später erweitert Smith (2013) das Nationalismusverständnis folgendermaßen:

- (1) the process of formation and growth of nations; (2) a sentiment of belonging to a nation;
- (3) a language and symbolism of a nation; (4) social and/or political movements on behalf of the nation; and (5) a doctrine or ideology of the nation. (S. 6)

Smith definiert „die Nation“ als eine benannte menschliche Bevölkerung, die ein historisches Territorium, gemeinsame Mythen und historische Erinnerungen, eine öffentliche Massenkultur, eine gemeinsame Wirtschaft und gemeinsame gesetzliche Rechte und Pflichten für alle Mitglieder teilt (1994, S. 14). Dabei erkennt Smith eine Kontinuität zwischen den antiken Kulturen und ethnischen Gemeinschaften auf der einen Seite und modernen Nationalstaaten auf der anderen Seite. Diese seien untrennbar, weil das Aufkommen des Nationalismus nicht ohne die Existenz vormoderner Ethnien gedacht werden könne (Smith, 1994, S. 71-72). Nach Smith sind alle Nationalismen und alle Nationen *ethnic*. Die Herausforderung für Forscher:innen und Nationen liege darin, die Beziehung zwischen der *ethnic*-Historie und der modernen Nation präzise und überzeugend darzustellen. Gleichzeitig wird die Konstruktion der Nation per se nicht bestritten, sondern Smith stellt fest, dass es sich bei diesem Prozess um die Rekonstruktion eines ethnischen Kerns handelt und somit um dessen Integration mit den Anforderungen des modernen Staats handle (S. 111).

Ethnosymbolist:innen teilen die Sichtweise, dass zeitgenössische nationale Identitäten zum Großteil in vormodernen ethnischen und religiösen Zugehörigkeiten fußen (Malesevic, 2011, S. 274). Dem Politikwissenschaftler Walker Connor (1994) nach ist die Nation eine Gruppe von Menschen, die glauben, von gleichen Vorfahr:innen abzustammen (*ancestrally related*) (zit. nach Mylonas und Tudor, 2023, S. 7). Die Identifikation mit und Loyalität gegenüber der auf diese Weise verstandenen Nation definiert den Nationalismus (ebd.). Dabei liegt für Ethnosymbolist:innen wie Smith (1991, 2004, 2009) die Stärke der nationalen Identität in der Mobilisierungskraft in Zeiten von Krisen und Kriegssituationen.

² Mit „konstruktivistisch“ sind modernistische und konstruktivistische Strömungen gemeint.

Konstruktivist:innen hingegen (darunter Breuilly 1993; Gellner 1997; Mann 1993) sehen nationale Identitäten als Produkt der Moderne. Während die Ethnosymbolist:innen die kulturelle Kontinuität zwischen den primordialen und modernen Formen der Identifikation verfolgen, vertreten die Konstruktivist:innen die Position, dass es vor der Moderne keine nationalen Identitäten gab. Konstruktivist:innen wie Gellner (1964) betonen, dass Nationalismus zwar Nationen erfindet, wo es keine gibt, doch diese auf bereits vorhandenen Unterscheidungsmerkmalen beruhen (S. 168). Auch Calhoun argumentiert, dass ethnische Gruppen als Begleiterscheinungen von Nationen bereits in der vormodernen Welt existierten, jedoch durch moderne Staaten und Städte neu konstruiert wurden (S. 166). In diesem Sinne verändert sich die Konstruktion von Ethnizität fortdauernd (S. 166).

Konstruktivist:innen betonen die strukturelle Diskontinuität zwischen primordialen und modernen Formen der Identifikation (Malasevic, 2011, S. 274). So bezeichnet Calhoun (2007) es als verhängnisvolle Illusion, die nationale Identität als präpolitische Grundlage für die Herausbildung eines modernen Staates zu betrachten (S. 153). Konstruktivist:innen verknüpfen die mit der Moderne einhergehenden Prozesse sozialer Veränderungen mit der Entstehung von Nationalismus (Mylonas und Tudor, 2023, S. 18). Im Gegensatz zur essentialistischen Sichtweise von Ethnosymbolist:innen fokussieren Konstruktivist:innen bestimmte Herstellungsprozesse der Nation. So befindet Ernest Gellner, dass die Bildung der vom Land in die Stadt gezogenen Massen, welche die Industrialisierung benötigte und daher vorantrieb, zur Entstehung einer *imagined national community* beigetragen habe (zit. nach ebd.). Ein anderer konstruktivistischer Ansatz sieht ebenfalls Profitorientierung im Zuge der Industrialisierung – jedoch unter dem Gesichtspunkt des Printkapitalismus – als ausschlaggebend für die Entstehung von Nationen und Nationalismus (vgl. Mylonas und Tudor, 2023, S. 19). Nach Benedict Anderson (1983) habe die Profitorientierung der Printkapitalist:innen (möglichst viele Auflagen zu verkaufen) zur Standardisierung der Sprache geführt und damit die Entstehung von *imagined communities* begünstigt. Während Anderson betont, dass die Herausbildung der Printsprachen als Zusammenspiel zwischen Prozessen des Kapitalismus, Technologie und menschlicher linguistischer Diversität zu sehen ist, erkennt er deren spätere bewusste Manipulation (Anderson, 1983, S. 45). Demnach wäre unter anderem die obligatorische (anti-islamische und -persische) Romanisierung des Sowjetreiches, welche sich in den 1930er zur verpflichtenden Russifizierung/Kyrillisierung umwandelte, als ein Beispiel solcher Manipulationen zu sehen (S. 47). Nationale Selbstverständnisse würden sich so über Literatur und Filme ausprägen, produzieren und reproduzieren. Medien, aber auch politische Witze oder Beleidigungen formen die Art und Weise, wie Menschen ihre Solidarität untereinander organisierten und gegen wen sie sich dabei abgrenzen (Calhoun, 2007, S. 161).

Politikwissenschaftler:innen betonen, dass die Nation aus einem dynamischen Prozess der Identifikation mit dem Staat entsteht, und weniger mit einer Entität mit feststehender Relevanz und

Bedeutung (Brubaker, 1996, 2004, zit. nach Mylonas und Tudor, 2011, S. 20). So betonen Mylonas und Tudor (2023), dass die konstruktivistische Position im heutigen politikwissenschaftlichen Diskurs dominiere. Dennoch verweisen sie auf die Aktualität der ethnosymbolistischen Perspektive in historischen Berichten und politischen Diskursen der Gegenwart.

Im Folgenden wird die theoretische Grundlage dieser Arbeit erarbeitet. Dafür wird Benedict Andersons Ansatz *imagined communities* (1983) als das Grundgerüst der konstruktivistischen Perspektive dargelegt und im weiteren Verlauf um Eric Hobsbawms konstruktivistischen Ansatz *inventing traditions* erweitert. Letzterer ermöglicht nämlich die konstruktivistische Theoretisierung von *ethnic*- und *civic*-Ausprägungen der nationalen Identität.

2.2. Traditionen in *imagined communities*

Benedict Anderson (1983) definiert Nation als – „an imagined political community – and imagined as both inherently limited and sovereign“ (S. 5). Sie ist „vorgestellt“ (*imagined*)³, weil selbst die Mitglieder der kleinsten Nation niemals auch nur im Ansatz die Mehrheit ihrer Mitbürger:innen kennen oder von ihnen gehört haben werden. Stattdessen lebt diese Gemeinschaft von der Vorstellungskraft der Einzelnen. Entsprechend wird das Verständnis der Nation als begrenzt und souverän (*limited and sovereign*) und unmittelbar auf den Begriff des Nationalismus übertragen. Nationalismus wird damit als eine vorgestellte und somit konstruierte politische Gemeinschaft verstanden. Diese Vorstellung wird durch die Entwicklung von Printsprachen ermöglicht, welche die Grenzen der lokalen Erfahrungen der Einzelnen auflösten (S. 44).⁴

Andere Nationalismusforschende haben aus einem ähnlichen Verständnis heraus, Definitionen der Nation und Nationalismus als *tägliches Plebisit* (*daily plebiscite*) (Renan, 1882), *verbindende Lüge* (*lie that binds*) (Appiah, 2018) (zit. nach ebd.), oder *erfundene Doktrin* (*invented doctrine*) hervorgebracht (Kedourie, 1960).

Mit dem Prozess des Erfindens beschäftigt sich der nachfolgende Abschnitt: mit dem Ansatz der *erfundenen Tradition* (*invented traditions*) nach Eric Hobsbawm und Terence Ranger im Jahr 1983

³ Die offizielle deutsche Übersetzung von *imagined communities* (so wie sie in der deutschen Ausgabe von Andersons Werk vertreten wird) lautet „die Erfindung der Nation“. In der vorliegenden Arbeit wird diese Übersetzung nicht angenommen. Zum einen, weil *imagined* in der wörtlichen Übersetzung nie „erfinden“, sondern „vorgestellt“, „gedacht“, „eingebildet“ oder „imaginert“ bedeutet und es auch bei Anderson (1983) primär um die Vorstellungskraft einer Gemeinschaft geht (auch wenn diese Vorstellung von bestimmten Akteuren geleitet und somit erfunden wird). Zum anderen würde die Verwendung von „Erfindung“ im Kontext dieser Arbeit irritieren, weil sprachlich zu viel Nähe zum zweiten zentralen Konzept der *invention of traditions*, das tatsächlich mit dem Prozess des Erfindens arbeitet, hergestellt werden würde. Für *imagined communities* wird entweder die englische Originalbezeichnung verwendet oder eben „vorgestellte Gemeinschaft“.

⁴ Ohne auf die genauen Charakteristika des von Anderson dargelegten Printkapitalismus und Printsprachen einzugehen, soll an dieser Stelle nur kurz drauf verwiesen werden, dass nach Anderson (1983), Printsprachen die Grundlage für das nationale Bewusstsein schufen (vgl. S. 44).

(parallel zu Andersons *imagined communities*).⁵ Nach Hobsbawm (1983) sind Traditionen, welche den Anschein machen antik und bewährt zu sein, oft eher jüngeren Datums und manchmal sogar erfunden. Der Begriff der *erfundenen Tradition* dürfe jedoch, so Hobsbawm, nicht als unpräzise verstanden werden, denn Charakteristika der Traditionen sind nicht als Brauch, Konvention oder Routine zu verstehen (1983, S. 3ff.).⁶ Einerseits enthält der Begriff die erfundenen, konstruierten und formell institutionalisierten Traditionen (ebd.). Andererseits bezieht er auch diejenigen Traditionen ein, deren Entstehung nicht auf eine bestimmte Periode zu datieren ist. Nach Hobsbawm (1983) sind nicht alle konstruierten Traditionen gleich beständig und er räumt zugleich ein, dass ihn primär die Etablierung der Traditionen und nicht ihre Überlebenschancen interessierten. Im Grunde versuchen Traditionen Kontinuität in Bezug auf eine historische Vergangenheit zu schaffen, welche passend für die Gegenwart ist. Genauer gesagt, muss diese Verbindung für aktuelle politische Ziele geeignet sein. Der Bezug zu einer historischen Vergangenheit, bzw. deren Kontinuität, die sich in Traditionen manifestiert, ist also dadurch gekennzeichnet, dass sie weitgehend fiktiv ist (S. 2). Durch Traditionen sollen zumindest manche Teile des sozialen Lebens als unveränderlich und konstant strukturiert und daher daher als die Antwort auf ständige Veränderung und Innovation der modernen Welt gesehen werden (ebd.). Mit dem Ansatz der *invented traditions* kann die Historie einer Gesellschaft nachvollzogen werden. *Erfundene Traditionen* dienen als Spiegelbild der gegenwärtigen Gesellschaften (1983, S. 12).

Darüber hinaus sind sowohl Mythologien als auch *erfundene Traditionen* naturalisierte und greifbare Aspekte der Geschichte und des sozialen Lebens, die jedoch ursprünglich nicht so natürlich und greifbar waren (Chatterjee, 2023). Diese Prozesse der puren Erfindung und der (Re)konstruktion von Traditionen sieht Hobsbawm (1990) als duale Phänomene an (S. 10). So argumentiert Hobsbawm für die ausgewogene Betrachtung der Prozesse von oben (*from above*) und von unten (*from below*):

For this reason they are, in my view, dual phenomena, constructed essentially from above, but which cannot be understood unless also analysed from below, that is in terms of the assumptions, hopes, needs, longings and interests of ordinary people, which are not necessarily national and still less nationalist. (S. 10)

⁵ Auch bezieht sich Hobsbawm (1990) selbst auf Andersons Ansatz. Im Zusammenhang mit Sport merkt Hobsbawm (1990) nämlich an, dass die *imagined community* von Millionen quasi realer ist als das Fußballteam von elf Personen: "The individual, even the one who only cheers, becomes a symbol of his nation himself" (S. 143).

⁶ Dies illustriert die Arbeit, welche die Richter:innen verrichten (ebd.). Die Richter:innentätigkeit als solche ist ein Brauch. Ihre Robe oder in manchen Kulturen gar Perücke – als ritualisierte Praxis – ist die Tradition (ebd.). Die letztere ist eng verwoben mit den Bräuchen und unterliegt deren Wandel (ebd.).

Diese Sicht auf Prozesse „von unten“ (oder wie in dieser Arbeit *bottom-up* bezeichnet) erkennt die Nation nicht nur in den Regierungen oder den Aktivist:innen der nationalistischen (oder nicht-nationalistischen) Bewegungen, sondern es wird auch die Sicht auf die Nation durch die Bürger:innen (*ordinary citizens*) selbst berücksichtigt, welche dem Handeln und der Propaganda der ersteren unterliegen (S. 11).

Nach Hobsbawm sei die Perspektive „von unten“ schwer zu identifizieren, weshalb der Wissensstand hierzu dürftig ist. Jedoch sind in diesem Zusammenhang ein paar Dinge klar. Erstens sind offizielle Ideologien von Staaten und Bewegungen keine Anhaltspunkte dafür, was in den Köpfen selbst der loyalsten Bürger:innen oder Unterstützer:innen vorgeht (ebd.). Dies ist wichtig, um die Konstruktionsprozesse durch herrschende Eliten von denen, die diese Prozesse adressieren, konzeptionell zu trennen. Zweitens kann nicht davon ausgegangen werden, dass Menschen die nationale Identifikation – wenn es sie gibt – den übrigen Identifikationen⁷ vorziehen, welche das soziale Wesen ausmachen (ebd.). Oftmals ist die nationale Identifikation mit anderen Identifikationen verknüpft. Drittens kann sich die nationale Identifikation (oder das, was man dafür hält) im Laufe der Zeit verschieben, dies selbst in recht kurzen Zeiträumen (ebd.). In Bezug auf solche Veränderungen in den Identifikationen entfaltet sich nationales Bewusstsein nicht geradlinig innerhalb der verschiedenen Regionen und sozialen Gruppen eines Landes.

2.2.1. Identitäten, Zugehörigkeitsbildung und Grenzziehung

Nach Anderson hat die Nation eine *imagined political community*, die in den Köpfen Einzelner lebt, praktische Konsequenzen. Im äußersten Fall zählt dazu die Bereitschaft, für das eigene Land zu sterben (1983, S. 144). Diese Bereitschaft liege daran, dass die Nation immer als tiefe horizontale Kameradschaft konzipiert werde: „Ultimately it is this fraternity that makes it possible, over the past two centuries, for so many millions of people, not so much to kill, as willingly to die for such limited imaginings“ (S. 12).

Die Kameradschaft setzt sich aus Individuen zusammen, welche sich die Nation nicht nur als Entität vorstellen und damit anerkennen, sondern sich selbst innerhalb dieser Gemeinschaft verorten. Weil die Nation aus Individuen besteht, die sich ihr zugehörig fühlen, ist die nationale Identität stets mit der individuellen Identität verwoben. Unabhängig davon, ob kollektiv oder individuell, Identitäten sind Narrative (Probyn, 1996), das heißt Geschichten, die Menschen anderen, aber auch sich selbst darüber erzählen, wer sie sind und wer sie nicht sind. Somit ist Identität eine dialogische

⁷ Siehe Kapitel 2.2.2.

Praxis, die praktische Konsequenzen hat, weil diese erzählte Identität von anderen anerkannt werden muss, um etabliert zu werden (Blommaert, 2009).

Identität wird nach diesem Verständnis nicht in einem isolierten Raum hergestellt. Schließlich braucht es für die Konstruktion eines Narrativs (Probyn, 1996) ein oder mehrere Gegenüber, an welche die Erzählung adressiert werden kann. Ebenso wäre Blommaerts dialogische Praxis ohne ein Gegenüber bloß ein Monolog ohne praktische Folgen. Dabei wird deutlich: "If identity is a necessary prerequisite for social life, the reverse is also true. Individual identity – embodied in selfhood – is not meaningful in isolation from the social world of other people" (Jenkins, 1996, S. 20). Entsprechend ist das soziale Leben voraussetzend für die kollektive oder individuelle Identität. Über die Prozesse der sozialen Interaktion definieren und redefinieren Menschen sich selbst, aber auch die anderen. Somit verfügen Menschen nicht einfach über eine Identität, sondern sie wird durch Praktiken konstruiert, die Identität herstellen und ausführen (Blommaert, 2009). Es kann angenommen werden, dass sich die Vorstellung der Nation als Gemeinschaft nicht direkt aus der Vorstellungskraft des Einzelnen in die besagten praktischen Konsequenzen übersetzt, sondern erst über den Austausch mit anderen. Über die Interaktion nimmt die Vorstellung erst ihre praktische Form (wie die Bereitschaft zur Selbstaufopferung) an. So verweist auch Homi Babha (2013) darauf, dass die Vorstellung der Nation stets den Prozess der Erzählung enthält. In diesem Erzählprozess werden erst die Vorstellung und Narrative zu Ankerpunkten der kollektiven Identifikation mit der Idee der Nation.

Die kollektive Identifikation ist nur *eine* der verschiedenen Formen kollektiver und sozialer Identitäten, in die das Individuum eingebettet ist. Personen verfügen über individuelle und soziale Identitäten, mit denen sich die Einzelnen identifizieren und identifiziert werden (Parekh, 2009, S. 272). Neben der nationalen Identität existieren weitere soziale Identitäten, darunter Identitätsarten wie Klasse, Religion oder Ethnizität (Smith, 1994, S. 14). Die nationale Identität greift auf die diversen Formen kollektiver, sozialer Identität zurück bzw. hängt mit ihnen zusammen (ebd.). Kollektive Identitäten sind disputabel, weil sich das Individuum mit verschiedenen Gemeinschaften gleichzeitig identifiziert, oder sich den öffentlichen Darstellungen einer kollektiven Identität als Ideologie anschließen kann (vgl. Giesen und Seyfert, 2014, S. 113). Aus diesem Grund ist die nationale Identität komplex, da sie häufig das Zusammenspiel anderer kollektiver Identitäten beinhaltet (vgl. Smith, 1994), dies sowohl hinsichtlich der Herstellungsprozesse der nationalen Identität als auch in Bezug auf die Identifikation der Einzelnen mit der Nation. Wenn wir die nationale Identität als eine Variation kollektiver Identität erkennen, sollten Prozesse der kollektiven Identitätsbildung adressiert werden, um davon ausgehend auf Herstellungsprozesse und Dynamiken der nationalen Identität zu schließen.

In den Sozialwissenschaften dominiert die Ansicht, dass die Identitätskonstruktion (ob individuell oder kollektiv) auf einer Interaktion zwischen der Beanspruchung eines bestimmten Selbst und der Zuschreibung bestimmter Eigenschaften an dieses Selbst von außen beruht (Brubaker und Cooper, 2000). Aus dieser Interaktion folgt im Falle der kollektiven Identität die Zuschreibung und Anerkennung von Ähnlichkeiten, aber vor allem auch Unterschieden (Jenkins, 1996, S. 80). Hinsichtlich der Ähnlichkeiten lässt sich festhalten, dass eine signifikante Gemeinsamkeit notwendig ist, um von einer Mitgliedschaft in einem Kollektiv zu sprechen (ebd.), sei es der Glaube an eine gemeinsame Abstammung, geteilte Geschichte und Narrative, kollektive Handlungen, gemeinsames Bewusstsein, Dispositionen und Solidarität (Brubaker und Cooper, 2000). Gleichzeitig können die Ähnlichkeiten innerhalb einer Gemeinschaft nicht erkannt werden, ohne die Linie der Unterschiede zu ziehen (Jenkins, 1996, S. 80). Entsprechend geht mit Inklusion stets Exklusion einher. Vor dem Hintergrund der Differenz zum Anderen, rückt die Ähnlichkeit in den Vordergrund. Damit baut Identität stets auf einem konstitutiven Anderen auf, das als Ankerpunkt für die ständige Interpretation und Neuinterpretation der Unterschiede dient (Said, Khalidi, 1997 [2010], S. 10). Entsprechend beziehen sich auch Identitätsnarrative – direkt und indirekt – auf die Wahrnehmungen des „Selbst“ und des „Anderen“ (Yuval-Davis, 2006, S. 202). So wird definiert, was es bedeutet, Mitglied in einer Gemeinschaft zu sein – ob diese nun national, kulturell, *racial* oder ethnisch definiert ist (ebd.). Dies gilt insbesondere für deren Ausprägung als nationale Identität. Unterschiede können nicht nur verbindend mit Blick auf die Nation sein, sondern auch abgrenzend gegenüber anderen Nationen oder Gruppierungen innerhalb der territorialen Grenzen der Nation (Giesen und Seyfert, 2013). Über Ähnlichkeiten und Unterschiede wird also deutlich, wer wir sind und wer wir nicht sind (Jenkins, 1996, S. 81). Entsprechend kann Andersons Vorstellungskraft ebenfalls entlang dieser Grenzziehung zwischen „uns“ und „den Anderen“ gedacht werden. Die Nation gründet nicht nur auf Vorstellungen darüber, wer außer dem Individuum selbst ihr zugehörig ist, sondern auch auf der Vorstellung davon, wer ihr nicht angehört.

Bei der Errichtung besagter Grenzen handelt es sich um eine diskursive Arbeit, die über interpersonelle Interaktion hinausgeht und auch die institutionelle Vermittlung von Identifikationsmöglichkeiten beinhaltet (Kulyk, 2018, S. 67).⁸ Dabei zählt im Prozess der Interaktion zwischen der externen Zuschreibung einer Identität und der internen Selbstdefinition vor allem die Frage, wessen Definition der Situation bedeutender ist – also wer die Macht hat (Jenkins, 1996, S. 23). Hier spielt der Zugang zu identitätsstiftenden Ressourcen eine Rolle (Blommaert, 2009). Es hängt die Verortung des

⁸ Die „diskursive Praxis“ ist eine Anlehnung an Blommaerts (2009) „semiotische Praxis“, die Kulyk (2018) für die Vereinfachung des Verständnisses anders nennt.

Selbst innerhalb einer Gemeinschaft also nicht nur von den Interaktionen ab, sondern von hegemonialen Konstellationen der Macht (vgl. Yuval-Davis, 2011).

Auch Zugehörigkeit ist ein sozialer Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen Seiten: denjenigen, die Zugehörigkeit zu beanspruchen versuchen und solchen, die die Macht dazu haben, Zugehörigkeit zu gewähren (Antonsich, 2010, S. 649). Abhängig vom politischen Projekt können bestimmte soziale Identitäten (Ethnizität, Sprache, Klasse etc.) mehr im Herstellungsprozess einer kollektiven nationalen Identität auftauchen als andere. Legale und de-facto Grenzen spiegeln sich in staatlichen Politiken wider. Diese Politiken konstruieren Nationalstaatlichkeit über die Betonung mancher Narrative, während sie andere Geschichten ignorieren (Novak, 2020).

Die Konstruktion von Narrativen kann innerhalb von Hobsbawms *erfundenen Traditionen* (siehe 2.2.) verortet werden. Diesem Verständnis von Traditionen als einem Set an Praktiken folgend, wird von bestimmten Eliten über die Etablierung von Normen und Werten meistens eine politische Agenda verfolgt (Hobsbawm, 1983). Nach Bhabha ist die Erzählung der Nation ein aktiver Prozess in der Konstruktion und Verbreitung von Symbolen, Mythen und Praktiken des Erinnerns und des Vergessens. So kann die Arbeit an der kollektiven Identität die Arbeit an Narrativen implizieren. Ähnlich verweist Blumenberg (1979) darauf, dass die Arbeit an der kollektiven Identität zugleich die Arbeit am Mythos ist. Da die kollektive Identität eine umstrittene Angelegenheit der Imagination ist, muss sie kontinuierlich neu mit Mythen und Fabeln gefüllt werden:

Gerade die Intransparenz der Identität – der individuellen wie der kollektiven – zwingt uns dazu, sie permanent neu zu erfinden. So wie die Magie beständig neue Götter, Geister und unpersönliche Kräfte erfindet, denen sie Handlungsmacht und Verantwortung zuweist, schaffen wir die Vorstellung einer kollektiven Identität und repräsentieren diese durch Bilder und Embleme (Flagge, Wappen), Rituale und Denkmäler, Mythische Erzählungen und Lieder. (Seyfert, 2014, S. 213)

Mythen sind Narrative von Helden- und Opfertum und machen sich zum Beispiel an Geschichten der Sklaverei, Kolonialisierung, Vertreibung und Genozid fest, aber auch an der Idee von Revolutionen und Volksaufständen (Seyfert, 2014, S. 117). Des Weiteren existieren in den Identitätskonstruktionen die zu dem Helden- und Opfertum antagonistischen Täter:innen (ebd.). Diese Konstruktion der Täter:innen über Narrative verdeutlicht nunmehr die Bedeutung des signifikanten Anderen bei der Identitätskonstruktion. So wie die meisten *erfundenen Traditionen*, lässt sich auch die Herstellung der Narrative, die zwischen Held:innen und Antiheld:innen unterscheiden, innerhalb politischer Ziele von politischen Eliten verorten.

Gleichzeitig wird die Zuspitzung der Narrative in Situationen von Unsicherheit nicht nur als die Reaktion von Eliten „von oben“ vorangebracht, sondern auch „von unten“. Ebenso tendieren Individuen in Konflikten dazu, ihre Gegner:innen anhand ihrer kollektiven Identität in einer essentialistischen Art zu klassifizieren. Äußerer Druck wirkt sich zugleich verstärkend auf die interne Kohäsion einer Gruppe aus (Eriksen, 2001, S. 22). Ein solcher Prozess kann zur Homogenisierung der individuellen Mitglieder einer Gruppe (*in-group*) führen. Jenkins (1996) verweist auf die Rolle der Unsicherheit für die kollektive Identität, infolge welcher Gruppen oftmals erst Grenzen zum neuerdings Anderen errichten – dies als Ordnungsprinzip in Reaktion auf die Unvorhersehbarkeit der Situation (ebd.). Infolge des Lostretens von Dynamiken der Unsicherheit und des Konflikts wird auf die Mitglieder Druck ausgeübt, sich der Gruppenidentität anzupassen (Jenkins, 1996, S. 124). Stereotypen werden von Insidern und Outsidern ausgedrückt, über welche die Mitgliedschaft und auch die Grenzen einer Gruppe exklusiver werden (ebd.). Hierbei hält Jenkins fest, dass die interne-externe Dialektik der Identifikation ins Spiel kommt: “The less securely one belongs, or the more one wants or needs to, the higher the price is like to be” (ebd.).

Es kann also angenommen werden, dass in Situationen von Unsicherheit und/oder äußerem Druck die skizzierten kollektiven Dynamiken in Bezug auf die Bestimmung und Interpretation der nationalen Identität greifen. Diese Prozesse können mit der Konstruktion der nationalen Identität „von oben“ harmonieren, diese gar verstärken – oder von den Narrativen der Eliten divergieren. Ungeachtet davon, wie diese Prozesse „von unten“ mit den Prozessen „von oben“ interagieren, lässt sich festhalten, dass die in diesem Abschnitt skizzierten Tendenzen aus der Gemeinschaft heraus als Reaktion auf die prekäre Situation erfolgen können, in der sie sich selbst und ihre Mitbürger:innen als *imagined community* verorten.

2.2.2. *Ethnic-/civic*-Unterscheidung als analytisches Werkzeug

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts argumentierten Nationalismusforschende, dass es *erstens* viele Merkmale als Grundlage für nationale Einheit, Identität und Zugehörigkeit gebe, und sich *zweitens* die Nationen hinsichtlich der Zusammensetzung dieser Merkmale unterschieden (Shulman, 2002, S. 555). Ausgehend hiervon ist eine duale Klassifizierung von Nationen entstanden – *civic* als zivil, politisch oder territorial auf der einen Seite, und *ethnic* als ethnisch oder kulturell auf der anderen (ebd.)⁹. Obwohl die Auseinandersetzung mit dieser dualen Unterscheidung mehr mit ethnosymbolistischen Arbeiten (siehe Anthony D. Smith, 1994) in Verbindung gebracht wird, kann die

⁹ Weil die deutsche Übersetzung von *ethnic* und *civic* irreführend wäre, werden in dieser Arbeit die englischsprachigen Begriffe verwendet.

Unterscheidung auch konstruktivistisch gedacht werden. Denn auch Hobsbawm unterscheidet in *ethnic* und *civic*, wenn auch diese konstruiert ist. Aus der konstruktivistischen Perspektive kann sich die Unterscheidung insofern lohnen, als dadurch verschiedene Vorstellungen der Nation und damit einhergehende Konstruktionsprozesse nachvollziehbarer werden.

Die *ethnic-/civic*-Unterscheidung wird in der Literatur sowohl als Dichotomie, Kontinuum oder zweidimensionaler Raum betrachtet (Larsen, 2017). In dieser Masterarbeit jedoch werden *ethnic*- und *civic*-Ausprägungen voneinander abgegrenzt, um Veränderungen in Prozessen zu charakterisieren. Dabei wird (nationale) Identität nicht als Ergebnis verstanden. Um das dieser Arbeit zugrunde liegende Verständnis hinsichtlich der beiden analytischen Kategorien offenzulegen, wird im Folgenden Literatur erörtert, welche nicht zwangsläufig der konstruktivistischen Perspektive zuzuordnen ist. Am Ende dieses Unterabschnitts wird diese analytische Unterscheidung mit der Sichtweise auf nationale Identität als Konstrukt „versöhnt“.

Die Unterscheidungen nach Kohn (1944) lassen sich nach Jaskulowski (2010) wie gefolgt zusammenfassen (vgl. S. 293).

Tabelle 1:

Kulturell orientierter Nationalismus (<i>ethnic</i>)	Politisch orientierter Nationalismus (<i>civic</i>)
Kulturell orientiert – Fokus auf Bildung, Propaganda, einheimischer Werte	Politisch orientiert – Regierung
Nation als organische und natürliche Gemeinschaft	Nation basierend auf der Idee des Gesellschaftsvertrags
Exklusive Zugehörigkeit, basierend auf objektiven und zugeschriebenen Faktoren (wie Abstammung)	Offene Zugehörigkeit, basierend auf Entscheidung
Souveränität basierend auf sozialer Einheit, kollektivistisch und Einzelnen übergeordnet	Souveränität basierend auf Individuen, die staatsbürgerliche Rechte genießen
Irrationaler Nationalismus, mystisch, suchend nach „Volksseele“	Rationaler Nationalismus, zukunftsorientiert mit dem Ziel politischen und wirtschaftlichen Fortschritts

Idealistischer Nationalismus, basierend auf uto-pischen und imaginären Visionen, mit Emotionen verschmolzen	Realistischer Nationalismus, realitätsnah
Partikularistischer Nationalismus, basierend auf der Idee eines nationalen Egoismus, der anderen Gesellschaften in missionarischem Eifer seine Werte aufzwingen will	Universalistischer Nationalismus, der die Loyalität zu einer Nation mit gesamt menschlichen Idealen verbindet

Quelle: Kohn (1944) nach Jaskułowski, 2010, S. 293

Nach Jaskulowski (2010) geht der *civic*-kategorisierte Nationalismus mit Demokratie, Liberalismus und Zivilgesellschaft einher, während der *ethnic*-orientierte auf autoritäre und exklusive, somit auf „Machtpolitik“ basierende, Züge nahelegt (Jaskulowski, 2010, S. 293). Shulman (2002) problematisiert eine Überbetonung des Ethnischen in dieser Dichotomie (S. 558), denn diese würde ethnische und kulturelle Komponenten der Identität durcheinanderbringen. Folglich definiert er den Inhalt der nationalen Identität über drei Variablen: *civic*, *ethnic* und *cultural* (S. 559).

Tabelle 2:

Inhalt der nationalen Identität	Kernkomponenten
<i>Civic</i>	Territorium Staatsangehörigkeit Wille und Zustimmung Politische Ideologie Politische Institutionen und Rechte
<i>Cultural</i>	Religion Sprache Traditionen
<i>Ethnic</i>	Abstammung <i>Race</i>

Quelle: Shulman, 2002, S. 559.

Diese drei Varianten der nationalen Identität unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Inklusivität, also der Zugänglichkeit. Während *civic*-Kriterien als zugänglich gelten (wobei manche der Kriterien wie Staatsbürgerschaft nicht von dem Individuum, sondern von dem Staat verantwortet werden), sind *ethnic*-Kriterien exklusiv, weil man in der Regel keinen Einfluss auf die eigenen Vorfahren oder Gene

hat (ebd.). Nach Shulman ist es jedoch möglich, kulturelle Merkmale zu übernehmen und damit der Nation beizutreten.

Dennoch können auch kulturelle Kriterien – wie Sprache – exklusiv sein wie der *ethnic* Nationalismus. So kritisiert Hobsbawm (1990) vermeintlich objektive Argumente für die Autonomie einer Gemeinschaft, die beispielsweise auf deren linguistischer Entität (*linguistic entity*) oder einer distinkten historischen Vergangenheit (*separate historical past*) basieren; die Kriterien der ethnischen Zugehörigkeit seien genauso wie Sprache unscharf, wechselhaft und mehrdeutig (S. 6-7). Deshalb ist nach Hobsbawm einzige Option die Nation zu definieren, die Wahl der Zugehörigkeit zu einer politischen Nation oder Nationalität (S. 7). Obwohl Hobsbawm die Nationalität nicht auf eine einzige Dimension – ob nun politisch oder kulturell, etc. – reduziert (S. 8), lässt auch sein konstruktivistischer Ansatz eine Unterscheidung in *ethnic* und *civic* zu. So ist seinem Werk *Nations and Nationalism since 1780* erkennbar, dass der *civic*-Nationalismus als Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft zu verstehen ist (zit. nach Kozachenko, 2018, S. 92). Der *ethnic*-Nationalismus dagegen beruhe auf einem Zugehörigkeitssinn zu einer kulturellen und linguistischen Gemeinschaft (ebd.).

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird *civic* entlang der folgenden Komponenten konzeptualisiert: Territorium, Staatsangehörigkeit, Wille und Zustimmung, politische Ideologie, politische Institutionen und Rechte (siehe Tabelle 2). In Bezug auf *ethnic* als analytische Kategorie wird jedoch nicht zwischen kulturellen und ethnischen Komponenten unterschieden. In Anlehnung an Hobsbawm wird auch die Zugehörigkeit zur Sprache und Kultur und damit einhergehenden Traditionen (darunter historische Erinnerungen) als *ethnic* eingestuft, denn obwohl die kulturelle Identität performativ ist und daher offener als die ethnisch basierte ist, kann sie trotzdem exklusiv wirken. Diese Masterarbeit wird in Rückgriff auf diese Ausführungen deutlich machen, wie sich die konstruierten nationalen Identitäten unterscheiden.

3. Ukrainische Identitätsbildung zwischen 1991 und 2013/14

3.1. Das Erbe der sowjetischen Identität

In der Sowjetunion wurde Nationalität und Staatsangehörigkeit dual institutionalisiert: auf einer individuellen und einer territorialen Ebene. Einerseits durch die Zuschreibung einer ethnonationalen Identität (*natsionalnost*) an jede Person in Personaldokumenten; andererseits durch die Schaffung politisch-administrativer Einheiten (Sowjetrepubliken), die territorial definiert wurden und jeweils die Namen einer bestimmten nationalen Gruppe trugen (Brubaker, 1994, S. 52ff). Die ethnonationale Identität wurde durch Abstammung weitergegeben – war damit unveränderlich – und bildete bei Volkszählungen und anderen sozialen Erhebungen eine zentrale Einheit, die Menschen kategorisierte. Die Zugehörigkeit zur Nation in der Ukraine (ähnlich wie in anderen Republiken) erfolgte vor

allem entlang *ethnic*-Kriterien, da sich die individuelle ethnonationale Identität als Unterscheidungsmerkmal durchsetzte. Die Dominanz der persönlichen ethnonationalen Identität als bspw. Ukrainer:in oder Jude:Jüdin gegenüber der territorialen Identität lag daran, dass sich die politisch-administrativen Einheiten nicht unterscheiden ließen. Das wiederum war einer dritten Identitätskategorie geschuldet, die diese beiden Identitätsebenen überlagerte: die über-nationale Identität¹⁰ der UdSSR.

Während die sowjetischen Machthabenden von der Idee einer sowjetischen Nation absahen, förderten sie die Doktrin des sowjetischen Volkes (*sowetskij narod*) als über-nationale Einheit für Identifikation (Brubaker, 1994, S. 51; Subtelny, 1994 [1988], S. 521). Mittels dieser über-nationalen Identität sollten sowohl die fünfzehn Sowjetrepubliken als auch die darin vertretenen etwa hundert verschiedenen Nationalitäten vereint werden. Unterschiede hinsichtlich der Geschichte, Wirtschaft, Werte und Kulturen zwischen den diversen *imagined communities* sollten überbrückt werden. Um eine geteilte Identität zu schaffen, arbeiteten sowjetische Ideologen Strategien aus, welche die Bedeutung nationaler Besonderheiten minderten und zugleich die gemeinsamen sowjetischen Merkmale betonten. Obwohl die Sowjetunion nicht als ein russischer Nationalstaat gedacht oder organisiert war, verbarg sich hinter dem Ideal des *Homo Sovieticus* die Agenda der Russifizierung – die über-nationale Identität des sowjetischen Volkes war inhärent russisch. Russ:innen besetzten die meisten Schlüsselpositionen in der Partei und Institutionen, während Russifizierungspolitiken die russischen Sprache zur *lingua franca* beförderten (Brubaker, 1994, S. 51). Die Überhöhung des Russischen zog sich seit den 1920er Jahren bis zur Auflösung der Sowjetunion 1989 durch, wobei die Russifizierung zwischen den 1960er und 1980er Jahren¹¹ auf einem Höhepunkt war.

Zwischen 1960 und 1980 etablierte der Kreml Kampagnen, welche die ukrainische Sprache systematisch im Schulunterricht, Verlagswesen und der Wissenschaft marginalisierten, um die Verwendung des Russischen durchzusetzen (Subtelny, 1994 [1988], S. 523). Sowjetische Sprachregulierungen wurden durch Urbanisierungsprozesse des Regimes komplementiert – Russ:innen zogen aus den wenig attraktiven, ländlichen Regionen Russlands in ukrainische Städte, insbesondere in die industrielle Donbas-Region oder in den Süden, wo sie privilegierte Aussichten auf gute berufliche Positionen hatten (ebd.).¹² Das Zusammenspiel aus Sprachpolitiken und gesteuerter Migration führte dazu, dass sich linguistische Grenzen von den ethnischen kaum unterschieden (Wolczuk, 2000, S. 973). Das

¹⁰ Brubaker (1994) nennt diese Identität *supra-national*. Viele seitdem veröffentlichte Artikel haben diese Bezeichnung übernommen. Diese Arbeit verwendet den Begriff in der deutschen Anpassung.

¹¹ Genauer gesagt in der Breschnew Periode zwischen 1964 – 1982 bis Gorbatschows Machtübernahme und Einführung der *Perestroika* und *Glasnost*.

¹² Im Sinne der „Internalisierung“ wurde vor allem seit den 1950er Jahren ein gewaltiger Anteil an Russ:innen in die Ukraine gebracht, mit dem Argument, diese mit ihren Fähigkeiten zu bereichern (ebd.).

begünstigte die Identifikation von Ukrainer:innen mit dem sowjetischen Volk (*sowetskij narod*) über ihre persönliche ethnonationale Identität (*natsionalnost*) und territoriale Identität (Zugehörigkeit zur ukrainischen Sowjetrepublik) hinaus.

Auch die sowjetische Geschichtsdarstellung war bedeutend, um die sowjetische Identität der Ukrainer:innen zu stärken und jegliche abweichenden Auffassungen des Ukrainischseins (im Sinne der Ukraine als von der UdSSR distinkte *imagined community*) zu unterbinden. Die sowjettreue Führungselite der *Kommunistischen Partei der Ukraine* (KPU) nahm in dieser Zeit umfassende Säuberungen des Parteiapparats und diverser Institutionen wie Universitäten, kulturelle Einrichtungen und Verwaltungsbehörden vor (Boeckh, 2011, S. 352ff). Die Säuberungen der Hochschulen verdrängten nicht nur Andersdenkende, sondern auch jene Geschichtsnarrative, die vom sowjetischen Dogma abwichen.

Die Identifikation als sowjetische Bürger:innen funktionierte primär über die Russifizierung der Geschichtserzählung, linguistischer und kultureller Sphären, aber auch über Witze und Wiegenlieder. Diese über-nationale Identität erschuf hybride und multiple Identitäten, in dem Regionen, die formal als ethnisch ukrainisch anerkannt waren, in ein russophones und kulturell sowjetisches städtisches Milieu eingebettet wurden (Wolczuk, 2000).

Diese Arbeit geht davon aus, dass diese Praktiken Konsequenzen für das nationale Projekt der Ukraine nach ihrer Unabhängigkeit hatten. Bevor die Bedeutung multipler Identitäten für die Nationenwerdung der Ukraine nach 1991 adressiert wird, sollen in diesem Abschnitt die Debatten über umstrittene Themen ukrainischer Geschichte skizziert werden. Mit der Öffnung des Raums für alternative Erinnerungen im Zuge der Reformen *Perestrojka* und *Glasnost*¹³ Mitte der 1980er Jahre intensivierten sich zugleich die Bemühungen um die Deutungshoheit geschichtlicher Geschehnisse seitens KPU und ihrer Anhänger:innen (ebd.). Themen ukrainischer Geschichte, die davor nicht adressiert werden durften, kamen in die öffentlichen und akademischen Debatten: das Kosakentum (16. Jahrhundert), die *Ukrainische Volksrepublik* (1918-1920), der *Holodomor* (1933), aber auch die Rolle der *Ukrainischen Aufstandsarmee* (UPA), die *Organisation Ukrainischer Nationalisten* (OUN) und deren Splittergruppen wie der OUN-B (*Banderowzy*). Diese Auseinandersetzungen begleiteten die unabhängige Ukraine weitere Jahrzehnte lang. Im Folgenden werden jene Erinnerungskämpfe skizziert, von denen angenommen wird, dass sie für die Konstruktion der ukrainischen Identität eine Rolle spielen.

¹³ Die Reformen Gorbatschows, wurden 1986 eingeführt und begleiteten die UdSSR bis zu ihrem Niedergang 1989. Die *Glasnost* öffnete den öffentlichen und vor allem akademischen Diskurs für blinde Flecken der offiziellen Geschichtserzählung und somit den Tabus der sowjetischen Ideologie (Yurchuk, 2017, S. 228ff). Während die *Glasnost* mehr Meinungs- und Pressefreiheit bedeutete, stand *Perestrojka* für wirtschaftliche Reformen bzw. die inkrementelle Öffnung der zentralisierten Planwirtschaft.

Umstrittene Narrative

Die sowjetische Historiographie betrachtet den im 14. Jahrhundert entstandenen moskowitischen Staat als Nachfolger des Erbes der Kyjiwer Rus (Wolczuk, 2000, S. 673). Von der Idee getriebenen, die Einheit der Kyjiwer Rus wiederherzustellen, hätten sich Großrussland und die Ukraine, das sogenannte „Kleinrussland“, im Jahr 1654 vereint, als die Kosaken die Oberhoheit des Zaren anerkannten¹⁴ (ebd.). Dabei verfolgte das sowjetische Geschichtskonstrukt ein Bild der Sowjetunion als das optimale Rahmenwerk für die Pflege enger ethnischer, sprachlicher und historischer Bindung der Ostslaven, welche gemeinsam den Dreh und Angelpunkt des ethnienübergreifenden „Sowjetvolkes“ bildeten (Wolczuk, 2000, S. 673). Diese Geschichtserzählung über die Ukraine als „Kleinrussland“ vermittelt nicht nur die übergeordnete Rolle Russlands, sondern auch die Idee der Brüderlichkeit zwischen der Ukraine und Russland. Auch gehen aus dieser Historisierung die reduzierten Marker der ukrainischen nationalen Einheit (wie Sprache und Kultur) als bloß folklorische Überreste hervor (S. 673).

Lange Zeit verbannte Werke ukrainischer Historiker:innen wie Mykhailo Hrushevskyi dagegen sahen, dass Russ:innen, Belarus:innen und Ukrainer:innen verschiedenen Ursprungs seien, mit der Implikation, dass Russland kein Nachfolger der Kyjiwer Rus sein könnte. Ferner akzentuierten sie die Bedeutung der Kosaken (16.—18. Jahrhundert) im Kontext des Befreiungskampfs und als Gründungsmythos der ukrainischen Staatlichkeit.

In den späten 1980ern wurde die große Hungersnot in der Ukraine, der *Holodomor* (1932/33), bei der Millionen Ukrainer:innen starben, zu einem weiteren geschichtlichen Streitpunkt der letzten Jahre der Sowjetunion. Nachdem ukrainische Journalist:innen begannen, auf die Existenz der Hungersnot der 1930er hinzuweisen, benannte der Parteivorsitzende der *Ukrainischen Kommunistischen Partei* 1987 Missernte und Dürre als Gründe für die Ernährungskrise (Marples, 2007, S. 36). Diese offizielle Darstellung versuchte, die Verantwortung des Sowjetregimes zu negieren und die Hungersnot als eine Naturkatastrophe darzustellen. Gleichzeitig betonte die sowjetische Version, dass die Hungersnot durch die schlechte Organisation der ukrainischen Bäuer:innen verschuldet wurde, welche sich den Vorteilen der kollektiven Landwirtschaft und damit dem „sozialistischen Bewusstsein“ verwehrten (ebd.). Das sowjetische Narrativ spielte auch die Betroffenheit ukrainischer Bäuer:innen herunter und legte den Akzent darauf, dass auch andere Ethnien, darunter Russ:innen betroffen waren. Die Gegner:innen¹⁵ der sowjetischen Auffassung sahen die Ereignisse hingegen als strategischen

¹⁴ Angeführt von Hetman Bohdan Chmelnyzkyj im Vertrag von Pereiaslaw (1654).

¹⁵ Zunächst ausländische Historiker:innen und Diaspora-Ukrainer:innen und später ukrainische Historiker:innen

Plan, um die totale Kollektivierung der ukrainischen Agrikultur zu erreichen (dh. die Enteignung der ukrainischen Bäuer:innen zu erzwingen) und die Wiederholung von Baueraufständen ukrainischer Bäuer:innen zu unterbinden. Diesem Narrativ zufolge war der *Holodomor* ein Genozid, unter der sowjetischen Führungsspitze unter Josef Stalin¹⁶ beschlossen, um einen großen Teil der Ukrainer:innen zu vernichten, weil sie dem Sozialismus ablehnend gegenüberstanden (Hryshko, 1983). Seit der Unabhängigkeit spielte die Frage, wie der *Holodomor* erinnert wird, eine beträchtliche Rolle für die nationale Identitätskonstruktion, nämlich für die Herstellung der Opfer- und damit einhergehender Täter:innennarrative durch politische Eliten.

Am Beispiel der *Ukrainischen Volksrepublik* (1917-1921) wurde deutlich, dass über die Interpretation der Geschichte versucht wurde, kollektive Erinnerungen zu beeinflussen und zu verändern. Diese repräsentierte die ukrainische Nationalbewegung mit starken sozialistischen Tendenzen (Wolczuk, 2000). In der sowjetischen Geschichtserzählung galt die *Ukrainische Volksrepublik* dagegen als gescheiterte Kreation der bourgeois Nationalist:innen, die feindlich gegenüber der nationalen und wirtschaftlichen Befreiung ukrainischer Bauern:Bäuerinnen und Arbeiter:innen eingestellt seien (ebd.).

Ein noch markanteres Thema, das die ukrainischen Erinnerungskämpfe begleitet, ist die Frage nach der Rolle der *Ukrainischen Aufstandsarmee* (UPA) und der *Organisation Ukrainischer Nationalisten* (OUN) im Zweiten Weltkrieg.¹⁷ Die OUN spaltete sich 1940 in zwei Flügel, benannt nach ihren Anführern Andrij Melnyk und Stepan Bandera: die OUN-M (*Melnykisten*) und die OUN-B (*Banderoxzy*) (Jilge, 2014, S. 240). Beide Splittergruppen verfolgten radikale Ideologien, die Parallelen zum Nationalsozialismus in Bezug auf „Antisemitismus, Antibolschewismus und Antiliberalismus“ aufwiesen. Während des Zweiten Weltkrieges kollaborierten beide Flügel in unterschiedlichem Ausmaß mit der deutschen Besatzungsmacht, aber die genauen Motive und der Umfang sind in der Forschung umstritten. So kämpfte die OUN, deren Hauptziel ein von fremden Mächten unabhängiger ukrainischer Staat war, zeitweise auch gegen die deutsche Besatzungsmacht (Bruder, 2007).

Nachdem dieses Thema, das in der Sowjetunion verboten war, um das Narrativ des Sieges aller Sowjetrepubliken im *Großen Vaterländischen Krieg* zu erhalten (Yurchuk, 2017), enttabuisiert wurde, förderten sowjetische regimetreue Historiker:innen Narrative des Verrats und des Faschismus. Dabei unterschied die sowjetische Propaganda nicht zwischen den verschiedenen Fraktionen der OUN und UPA und deren unterschiedlichen Rollen im Zweiten Weltkrieg (Marples, 2007, S. 80). Das

¹⁶ Josef Stalin war von 1922 bis zu seinem Tod 1953 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU).

¹⁷ Siehe zu der Entstehung der jeweiligen Splittergruppen Arbeiten von John A. Armstrong (1990)

Sowjetnarrativ¹⁸ bezeichnete die nationalistischen Organisationen als Instrumente des deutschen Nationalsozialismus und ihre Mitglieder als "bourgeoise Nationalisten", die gegen ihr eigenes Volk kämpften (S. 126). In Ablehnung der sowjetischen Perspektive entwickelten nationalistische Historiker:innen in der Ukraine alternative Narrative, welche einzelne OUN/UPA Mitglieder für ihr Held:inentum im ukrainischen Widerstandskampf anpriesen (S. 132). Manche Erzählungen listeten sogar Figuren wie Stepan Bandera (OUN-B Anführer) oder Roman Schuchewytsch (UPA Anführer) in einer Reihe mit den Größen ukrainischer Geschichte auf, wie Iwan Masepa (ukrainischer Widerstandskämpfer gegen das russische Reich im 17. Jahrhundert). Andere Erzählstränge sahen zwar von der Heroisierung dieser Organisationen ab, relativierten jedoch deren Rolle im Zweiten Weltkrieg.

Der kanadisch-ukrainische Historiker Orest Subtelny (1988) setzt die Kollaboration ukrainischer Nationalist:innen in Relation zu westeuropäischen Staaten (Subtelny, 1994 [1988]). So beschreibt Subtelny, dass in den Augen mancher Führungskräfte ukrainischer nationalistischer Bewegungen das stalinistische System ein längerfristiges Übel sahen, weshalb sie einem totalitären Regime beistanden, um gegen das andere Widerstand zu leisten (S. 471). Vor dem Hintergrund des begrenzten Entscheidungsraums und der schlichten Unfähigkeit, die Geschehnisse zu beeinflussen, lässt sich nach Subtelny (1988) die Kollaboration innerhalb der Ukraine keineswegs auf eine Stufe mit den Verbündeten Deutschlands stellen.

Ob die OUN/UPA Helden des nationalen Befreiungskampfes waren, weil sie für den ukrainischen unabhängigen Staat eintraten oder Nazi Kollaborateure, blieb ein Streitthema. Allerdings sind die Gräueltaten, die mit diesen Organisationen in Verbindung gebracht werden, nicht bestreitbar oder relativierbar. Viele OUN-Anhänger:innen waren an der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in der Westukraine beteiligt (Yurchuk, 2017, S. 110). Auch wurden ethnische Ukrainer:innen verfolgt, die der OUN gegenüber nicht loyal genug erschienen. Währenddessen vollzog die UPA Massenhinrichtungen von Pol:innen in Volhynia und Ostgalizien, da sie die polnische Zivilbevölkerung als eine Bedrohung für die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung identifizierten (ebd.).

Diese knappen Ausführungen zu OUN und UPA als einem der vielen Streitpunkte um das ukrainische nationale Gedächtnis offenbart die kontrastierenden Erinnerungskulturen, die sich in den letzten Jahren der UdSSR etablierten. Ebenso zeigen die Beispiele auf, wie unterschiedlich die Rolle des ukrainischen Nationalismus in den Geschichtsverständnissen dargestellt wurde.

Trotz dieser kontrovers diskutierten Themen röhrt das Narrativ des faschistischen Einflusses in der Ukraine und Verrats an der Sowjetunion aus der Spätphase der Glasnost (Marples, 2007). Seit

¹⁸ Dieses Narrativ wurde über das Standardwerk sowjetischer Geschichtsschreibung "Natsionalizm proty Natsii" des Historikers V. Cherednychenko in den 1970er Jahren bekannt und seitdem auch in der *Perestrojka/Glasnost* der 1980er Periode aufgegriffen.

den 1980er Jahren bemühten sich regimetreue Schriftsteller:innen und Propagandist:innen um die Verbreitung dieser Narrative. Seit der Auflösung der Sowjetunion blieb das Faschismusnarrativ insbesondere in dem Geschichtsverständnis der politischen Eliten des unabhängigen Russlands bestehen. So verweist Taras Kuzio (2015) darauf, dass die (post)sowjetische Verwendung des Begriffs „faschistisch“ nichts mit der westlichen politikwissenschaftlichen Definition des Begriffs gemein hat (S. 162). Entsprechend wurden in der UdSSR Begriffe wie „bourgeoise Nationalisten“ und „Nazi Söldner“ (*nazi hirelings*) zwar durchaus für rechtsradikale Nationalist:innen, vor allem aber auch für nationalistische Kommunist:innen oder Regimekritiker:innen verwendet (S. 162). Eine weitere Komplexitätsdimension in der Beurteilung der ukrainischen Kollaboration erschließt sich aus individuellen Kriegsbiografien, die vor allem durch die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ und die „Vermischung von Gegensätzen“ gezeichnet sind (Penter, 2011, S. 344). Auch lässt sich in diesem Zusammenhang darauf verweisen, dass das weit verbreitete Stereotyp von antisemitischen Ukrainer:innen von Gerichtsakten und auch biographischen Schilderungen oftmals widerlegt und revidiert wurde (S. 345).

Zusammenfassend: Aus der sowjetischen Geschichtserzählung geht nicht nur das Narrativ der Brüdervölker hervor, dem eine herabsetzende Positionierung der Ukraine als „Kleinrussland“ innewohnt, sondern auch die konsequente Rahmung nationaler Bewegungen oder damit einhergehenden Widerstandes gegen das Sowjetregime als faschistisch bzw. rechtsradikal. So formuliert Golczewski (2011) treffend: „Die Frage der Einordnung von OUN und UPA in die ukrainische Geschichte ist daher keineswegs nur ein historisches Problem, sondern sie trägt wesentlich zum Verständnis der gegenwärtigen ukrainischen Nationalität und Staatlichkeit bei“ (S. 319). Dies gilt nicht nur für die Verortung der OUN und UPA, sondern für all die skizzierten Debatten, mit denen sich die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit auseinandersetzen musst(e). Wer Held:in oder Anti-Held:in, Opfer und Täter:in war, ist keine bloß historische Frage, sondern eine politische, die eng damit zusammenhängt, welche Vision der ukrainischen nationalen Identität man verfolgt. Im Folgenden wird es um diese verschiedenen Visionen zur nationalen Identitätsbildung gehen.

3.2. Unabhängigkeit der Ukraine (1991) und Nationalismus

Am 1. Dezember 1991 stimmten die ukrainischen Bürger:innen aus 27 administrativen Bezirken¹⁹ im Referendum für die Unabhängigkeit der Ukraine ab (mit einer Wahlbeteiligung von 84 Prozent).²⁰ Zum Zeitpunkt der Abstimmung lebten auf dem ukrainischen Territorium etwa 72,7 Prozent

¹⁹ 24 Bezirke, also *Oblast's*, eine autonome Republik und zwei Städte (Sewastopol und Kyjiw).

²⁰ Dabei war die Unterstützung hierfür nicht nur im Westen, sondern auch im Osten des Landes groß (Luhansk – 83.86 Prozent, Donezk 76.85 Prozent). Die geringste Zustimmung fand sich auf der Halbinsel Krim (54 Prozent).

ethnische Ukrainer:innen, 22,1 Prozent ethnische Russ:innen und 5,2 Prozent, die eine „andere ethnische Herkunft“²¹ hatten (nach dem 1989 Zensus) (Wilson, 1997, S. 22).²² Anders als in den baltischen Staaten wurde die ukrainische Staatsbürgerschaft allen Personen zuteil, die zuvor über einen Daueraufenthaltstitel verfügten. Auf diese Weise konnten auf dem ukrainischen Territorium lebende Menschen (darunter viele ethnische Russ:innen) ungeachtet ihrer ethnischen und kulturellen Abstammung zu Staatsbürger:innen der Ukraine werden. Dieses Konzept der Verleihung der Staatsbürgerschaft bereitete die Grundlage für eine ukrainische Nation im *civic* Sinne, weil ein Verschwinden und die Durchlässigkeit ethnonationaler und ethnolinguistischer Grenzen ermöglichte (Zhurzhenko, 2014, S. 253). Der Nationenwerdungsprozess²³ erforderte die Neuordnung kultureller Praktiken, ethnokultureller Identitäten und Loyalitäten innerhalb des neuen Staates (Brubaker, 2011, S. 1786). Im Kontext der nach 1991 geführten Debatte über Identitätspolitiken dominierte die Idee, dass nicht Staatsbürgerschaft oder Daueraufenthaltstitel den Staat konstituieren, sondern die Kern-Nation (*core-nation*), die über spezifische ethnische Marker wie Kultur oder Ethnie verfügt. Die Kern-Nation bedürfe der staatlichen Unterstützung, um sie für die Unterdrückung zu kompensieren und ihre Sprache, Kultur, wirtschaftliche Wohlfahrt, aber auch politische Hegemonie durchzusetzen. Ethnische Ukrainer:innen als Kern-Nation der Ukraine ließen sich anhand der ethnischen Abstammung definieren, die ihnen und ihren Vorfahren zuvor in der Sowjetunion als persönliche ethnonationale Identität (*natsionalnost*) zugeschrieben wurde (siehe 3.1.). Die Frage, welche weiteren ethnischen Kriterien, neben der Abstammung, die Kern-Nation charakterisieren, dh. welche Sprache und Kultur diese Nation ausmachen, war weniger einfach zu beantworten. Studien der frühen 1990er zufolge setzten sich ethnische Ukrainer:innen aus zwei linguistischen Gruppen zusammen: den ukrainischsprachigen Ukrainer:innen (40 Prozent) und dem ebenso bedeutenden Anteil der russischsprachigen Ukrainer:innen (33,4 Prozent) (ebd.; Arel und Khmelko, 1996). Bedenkt man, dass in der unabhängigen Ukraine mehr als 20 Prozent ethnische Russ:innen lebten (die logischerweise russischsprachig waren) und dass ein großer Teil der ethnischen Ukrainer:innen russischsprachig war, dominierte

²¹ Unter die Kategorie „Andere Ethnien“ fallen 0,9 Prozent Juden:Jüdinnen, 0,4 Prozent Pol:innen, 0,1 Prozent Deutsche und 3,8 Prozent „andere Ethnien“, die von Tatar:innen, über Bulgar:innen bis zu Ungar:innen und weitere auf ukrainischem Territorium lebende Ethnien bedeuten können. In der Tat war und ist die Ukraine in dieser Hinsicht ein sehr diverses Land, in dem manche Ortschaften von anderen Ethnien als der ukrainischen und/oder russischen bewohnt werden. Die Frage nach der Stellung und dem Miteinander dieser Ethnien in der postsowjetischen Ukraine ist überaus wichtig, jedoch nicht für die Themenstellung der vorliegenden Arbeit. Deshalb werden bei solchen Aufzählungen die anderen Ethnien nicht explizit thematisiert.

²² Der erste postsowjetische Zensus (2001) zeigte, dass die prozentuale Zusammensetzung der Bevölkerung ähnlich zu 1989 blieb. So waren es 2001 77,8 Prozent ethnische Ukrainer:innen (statt 72,7 wie in 1989) und 17,3 Prozent ethnische Russ:innen (anstelle der 22,1 Prozent in 1989) (*State Statistics Committee of Ukraine*, 2001).

²³ Brubaker (1996) nach, ist der Nationswerdungsprozess nicht zu verwechseln mit der Nation als analytischer Einheit: „I suggested that the successor states could usefully be analysed not simply as national but as nationalizing states“.

Russisch in der Ukraine nach 1991. Die Dominanz der russischen Sprache, aber auch der russischen Kultur bedeuteten, dass die Definition der ukrainischen Kern-Nation über die ukrainische Sprache und Kultur russischsprachige ethnische Ukrainer:innen ausklammern würde. Wilson (1997) argumentiert, dass ethnolinguistische Kategorien nicht einer sozialen Gruppe gleichzusetzen sind, die über eine klare Identität und feste Grenzen verfügt (S. 23). Die diverse ethnische Zusammensetzung, sprachliche und kulturelle Praktiken, aber auch unterschiedliche Erinnerungen an die Periode der UdSSR führten zu unterschiedlichen Perspektiven auf die unabhängige Ukraine innerhalb der verschiedenen Regionen (Arel und Khmelko 1996, Barrington und Herron, 2004; Birch, 2000, Hughes und Sasse 2001; Riabchuk, 2001; Sasse, 2002). Paul Pirie verweist (1996): „It appears, moreover, that there are a variety of strategies of ethnic self-identification which do not fit into the simple paradigms of 'russification' and assimilation“ (S. 1079). Die unabhängige Ukraine war durch hybride und uneindeutige Identitäten und Loyalitäten durchzogen. Entsprechend schien es in der Bevölkerung keine eindeutigen Trends in dem Verständnis der nationalen Identität gegeben zu haben (Shulman, 2004, S. 41). Eine Umfrage ergab, dass das Bewusstsein als Ukrainer:in für die Mehrheit der Befragten ausschlaggebend war²⁴, wobei die Marker und Kategorien dieser Identität unklar blieben (Kulyk, 2016, S. 591). Ähnlich legte der Survey *What makes someone Ukrainian* (1998) nahe, dass die Mehrheit der Befragten ein subjektives Verständnis von den Zugehörigkeitskriterien aufwies (Wilson, 2002, zit. nach ebd.).

Diese Ausgangssituation stellte das ukrainische nationale Projekt vor Herausforderungen. Die Abgrenzung des neuen unabhängigen Staates gegenüber dem Russischen als dem „Anderen“ war im Falle der Ukraine aufgrund der historischen, kulturellen, linguistischen und ethnischen Verflechtungen schwieriger als im Falle zentraleuropäischer oder baltischer Nachfolgestaaten (Kuzio, 2001, S. 349). Viele ukrainische Staatsbürger:innen hielten an der sowjetischen Version der ukrainischen nationalen Identität fest, vor allem im Osten und Süden des Landes (Pirie, 1996). Ukrainische politische Eliten (aber auch die Zivilgesellschaft) standen nach 1991 vor der Frage, gegen welches konstitutive „Andere“ die Ukraine sich abgrenzen sollte, um sich selbst zu definieren (Kuzio, 2001, S. 361). Dabei erforderte die Schaffung eines Zugehörigkeitsgefühls unter den Bürger:innen primär die Schwächung der noch vorhandenen übernationalen (sowjetischen) und subnationalen (dh. regionalen) Identitäten (Wolczuk, 2000, S. 674).

Folgende Fragen mussten von dem zu konstruierenden Identitätsnarrativ adressiert werden: Wer sind „wir“ – das „Volk“? Was verbindet zu einer „Nation“ (S. 679)? Wie und warum ist der Staat zustande gekommen? Auf welche Weise unterscheidet sich der neue Staat von Nachbarstaaten?

²⁴ Dagegen hatten lediglich zwei kleinere Gruppen *ethnic* („Ukrainische Vorfahren) und *civic* („Ukrainische Staatsbürger-schaft“) Kriterien angegeben (ebd.).

Eine Frage hat(te) eine besonders wichtige Rolle: wie unterscheidet sich der neue vom alten Staat? Für die politische Beantwortung dieser Fragen wäre eine Verankerung der nationalen Identität in einem Netzwerk aus einenden Mythen, Werten und Überzeugen nützlich gewesen. Die jüngst unabhängige Ukraine war jedoch ein überaus heterogener Staat, dessen Bürger:innen in unterschiedlichen Sprachen kommunizierten, verschiedenen Geschichtserzählungen anhingen und daraus resultierend auch verschiedene Vorstellungen von der neuen nationalen Identität hatten.

Die Uneinigkeiten gingen so weit, dass bereits die erste Frage, wer das Volk bzw. wer die nationale Kollektivität konstituiert, umstritten war (Kulyk, 2016, S. 591). So stellte sich die Frage, ob der ukrainische Staat ausschließlich der ethnisch ukrainischen Bevölkerung oder allen Bewohner:innen der Ukraine, unabhängig von ihrer Herkunft, gehören sollte (Wilson, 1997, S. 147). Mit dieser Überlegung ging auch die Frage einher, zu welchen Nationalismus-Prinzipien sich der junge ukrainische Staat bekennen möchte, inwieweit sich die ukrainische Identität entlang von *civic*- oder eben doch *ethnic*-Elementen formiert. Nach Shulman (2004) ist diese Auseinandersetzung um die Beschaffenheit der ukrainischen, nationalen Identität heikel, da die postsozialistische Ukraine Anknüpfungspunkte sowohl für *ethnic*- als auch *civic*-Eigenschaften aufwies. Wie weiter unten erläutert werden wird, priorisierten die regierenden Politiker:innen der unabhängigen Ukraine innerhalb des ersten Jahrzehnts der Unabhängigkeit vor allem die Bildung einer inklusiven, *civic*-Nation statt einer, die auf Ethnizität und Kultur beruht.

Um es vorwegzunehmen: Die Konstruktion der nationalen Identität war auf der formellen, politischen Ebene liberal (Wilson, 1997). So adressierte die ukrainische Verfassung 1996 die Frage, wer das Volk konstituiert, mit einer impliziten Rangfolge: Der erste Satz der Präambel der Verfassung führt die ukrainische Nation ein, die sich aus "Bürgern der Ukraine aller Nationalitäten" zusammensetzt (also *ukrainskyi narod*), verweist zugleich explizit auf die ukrainische ethnische Nation (*natsiia*) (*Konstytucija Ukrayny*, 1996, Präambel). Ferner wird betont, dass die ukrainische Nation und die ukrainische ethnische Nation im Jahr 1991 gemeinsam von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch machten. Die Vorrangstellung der ukrainischen Nation in der Verfassung betont die *civic*-Kriterien der Zugehörigkeit zum ukrainischen Staat. Die Erwähnung der ukrainischen ethnischen Nation im selben Satz verankert ethnische Ukrainer:innen als Kern-Nation, was ein *ethnic*-Verständnis des Ukrainischseins nahelegt. Die Verfassung verschmilzt also *civic*- und *ethnic*-Kriterien, indem sie über die Kern-Nation hinaus die Diversität der Ukraine anerkennt.

Der Artikel 11 verweist einerseits auf die Verpflichtung des Staates, die Konsolidierung und Entwicklung der ukrainischen Nation zu sichern – und damit ihr historischen Bewusstsein, ihre Traditionen und Kultur; andererseits auf die staatliche Pflicht, die Entwicklung der ethnischen, kulturellen und religiösen Identitäten aller indigenen Gruppen (*korinni natsii*) zu garantieren (*Konstytucija*

Ukrainy, 1996, Art. 11). Indigene sind ethnische Gruppen, die eine besondere Verbindung zum ukrainischen Territorium aufweisen, weil sie außerhalb der Ukraine keine Heimat haben (bspw. Tatar:innen) (Wilson, 1997). Das gleiche gilt auch für die nationalen Minderheiten (*natsionalni menshyny*), d.h. ethnische Gruppen mit Heimatgebieten außerhalb der Ukraine.

Die Berücksichtigung der ethnischen Diversität des Landes durch die Verfassung und die politische Konzeptualisierung der Gemeinschaft sollte die Konfliktparteien versöhnen (Wolczuk, 2006, S. 525). Jedoch fand die linguistische Diversität des Landes nur bedingte Anerkennung. Ukrainisch wurde zur Staatssprache, Russisch zu *einer* der diversen Minderheitensprachen (*Konstytucija Ukrainy*, 1996, Art. 10). Damit definierte die Verfassung die ukrainische Kern-Nation nicht nur entlang der ethnischen Abstammung, sondern auch über die ukrainische Sprache. Während damit eine Grenze zum „Anderen“ (Russland, aber auch sowjetische Vergangenheit) gezogen wurde, schloss die bedingte linguistische Anerkennung eine der bedeutendsten Gruppen der Ukraine aus – russischsprachige Ukrainer:innen (Wolczuk, 2006, S. 531). Dieses Konzept der Kern-Nation nicht nur über die ukrainische Abstammung, sondern auch Sprache und Kultur hat Konsequenzen für diejenigen, die nicht in diese Kategorien hineinpassen. Das begleitete die Debatten um die Herstellungsprozesse der ukrainischen nationalen Identität seit der Verabschiedung der Verfassung im Jahr 1996.

Unterschiedliche Konzeptionen zur nationalen Identitätsbildung

Unterschiedliche politische Lager und ideologische Ansätze hatten radikal unterschiedliche Konzeptionen dafür, was ein *civic*-Staat oder die *ethnic*-Komponente bedeutet (Shulman, 2004). Zwischen 1990 und 1994 formierte sich über *bottom-up* Prozesse, dh. über politische Clubs und öffentliche und informelle Organisationen, ein Multiparteiensystem in der Ukraine (*Razumkov Centre*, 2017a, S. 5). Die sozioökonomische²⁵ und die außenpolitische Dimension fielen in der Regel zusammen und strukturierten das Parteiensystem nach dem „Links-Rechts-Schema“. Die meisten der bis 1994 formierten Parteien konzentrierten sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums (*Razumkov Centre*, 2017a, S. 6ff). Dort gab es sowohl nationalistisch Rechte (radikale) Parteien als auch Mitte-Rechts (nationaldemokratische) Parteien. Zwischen 1996 und 1999 etablierten sich auch Parteien mit sozialdemokratischem und liberalem Profil, die sich selbst als das Zentrum verstanden (S. 9).

Kuzio (2001) erkennt in den 1990ern vier politische Gruppen: die radikale Linke, die nationalistische Rechte, Mitte-Rechts Parteien (Nationaldemokrat:innen) und die Zentrumsparteien. Da die radikalen Pole (links – rechts) mit ihren antagonistischen und jeweils extremen Konzeptualisierungen der nationalen Identität das Fundament der Idee einer entzweiten Ukraine (*two Ukraines*) (vgl.

²⁵ Die sozioökonomischen Aspekte als materielle Grundlage für verschiedene Interessen im Osten und Westen werden in dieser Arbeit nicht diskutiert. Allerdings sind diese in der Tat eng mit regionalen Identitäten verwoben (siehe dafür Kubicek 1997, Yurchenko, 2018)

Riabchuk, 2001) legten, werden deren ideologische Hintergründe im Folgenden ausführlicher skizziert. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Auffassungen von einenden und abgrenzenden Merkmalen einer ukrainischen nationalen Identität, der Vereinbarkeit ukrainischer und russischer Identitäten und der angemessenen innen- und außenpolitischen Politiken für die weitere Entwicklung einer ukrainischen nationalen Identität (Shulman, 2004).

Die radikale Linke formierte sich aus Parteien, die aus der *Kommunistischen Partei der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik* (USSR) nach ihrem Verbot 1991 hervorgingen. Dazu zählte die *Kommunistische Partei der Ukraine* (KPU) als direkte Nachfolgerin, die *Sozialistische Partei der Ukraine* (SPU) oder die *Bauernpartei der Ukraine* (*Selyanska Partiya Ukrayiny*, SelPU), aber auch kleinere noch radikalere Parteien wie die *Partei der Slawischen Einheit der Ukraine* (vgl. Razumkov Centre, 2017a, S.6).²⁶ Parteien wie die SPU oder SelPU, die später eine Allianz (SPU-SelPU) bildeten, entwickelten sich im Verlauf der 1990er in eine Mitte-Links Richtung. Nichtsdestotrotz vertraten sie ideo-logisch ähnliche Ansichten, wie die neu gegründete KPU. Diese Masterarbeit geht davon aus, dass die radikale Linke ideologisch innerhalb des *Eastern Slavic Nationalismus* (nach Stephen Shulman, 2004) liegt. Diese Form der ethnischen nationalen Identität hängt der imperialen russischen und sowjetischen Historiographie an und Narrativen des gemeinsamen Ursprungs Russlands, Belarus und der Ukraine als „Kleinrussland“ (Shulman, 2004, S. 40). *Eastern Slavic Nationalist:innen* sehen die Ukraine durch zwei verwandte und ebenbürtig einheimische Gruppen verbunden – ethnische Ukrainer:innen und ethnische Russ:innen, deren Kultur, Sprache und Weltsicht über Jahrhunderte zusammenwuchsen. Demnach sieht die radikale Linke ethnische Russ:innen nicht als Minderheit (wie in der Verfassung 1996 definiert), sondern als die andere Hälfte der Kern-Nation. Die Präsenz des Russischen sei wertzuschätzen und die Ukraine bilingual, bi-ethnisch und bikulturell zu konzeptualisieren (S. 40). Die außenpolitische Implikation der *Eastern Slavic* Ideologie ist die tiefere Verflechtung von Beziehungen mit Russland und eurasischen Regionalismen wie der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (*Commonwealth of Independent States*, CIS) (ebd.). Dabei identifizieren *Eastern Slavic Nationalist:innen* westliche Mächte als die „Anderen“ und glorifizierten die Sowjetunion und ihre Geschichtsnarrative (Kuzio, 2001).

Parteien der nationalistischen Rechten wie die *Ukrainische Republikanische Partei (Sobor)*, der *Kongress Ukrainischer Nationalisten* oder die *Allukrainische Vereinigung (Swoboda)* werden in dieser Arbeit ideologisch als *Ethnisch Ukrainische Nationalist:innen (ethnic Ukrainian nationalists)* identifiziert (in Anlehnung an Shulman, 2004). Sie betrachten alle Russ:innen innerhalb und außerhalb der Ukraine als das „Andere“ (Kuzio, 2001). Zwar sehen sie die Ukraine im Westen, verfolgen jedoch als

²⁶ Die KPU wurde im Jahr 2015 verboten, die SPU im Jahr 2022.

Gegner:innen der liberalen Demokratie eine exklusive ethnische Sichtweise auf Zugehörigkeitskriterien des ukrainischen Staates.²⁷ Die nationalistische Rechte argumentiert mit der Idee des „Heimatlandes“ im Sinne eines historischen Territoriums, das die Gemeinschaft – dh. das sogenannte „verwurzelte Volk“ (*korinnii narod*) – in Raum und Zeit verortet (vgl. Wilson, 1997, S. 149ff). Entsprechend hätten nur ethnische Ukrainer:innen, aber auch Ethnien wie die Krim-Tatar:innen, historisches Anrecht auf Priorisierung, während andere Minderheiten (insbesondere Russ:innen) keinerlei Ansprüche auf eine gleiche Behandlung hätten (Shulman, 2004, S. 38). Dies gelte insbesondere für Minderheiten, die in ihr Territorium zurückkehren könnten.

Diese Perspektive auf die ukrainische nationale Identität wurde durch das Erbe des sowjetischen Ethnoföderalismus genährt, der die Ukraine gesetzlich als die Heimat ethnischer Ukrainer:innen lokalisierte (Brubaker, 1994, 2011). Darüber hinaus legitimier(t)en postsowjetische Staaten (bspw. das Baltikum) die Neugestaltung des sozialen und politischen Lebens durch das Kolonialismusnarrativ und rechtfertig(t)en Handlungen der Inklusion und Exklusion darüber (Wolczuk, 2000). In diesem Sinne verstehen *Ethnisch Ukrainische Nationalist:innen* die Ukraine als einen postkolonialen Staat. Seit der Unabhängigkeit betonen sie das Opfernarrativ: aufgrund der Jahrhunderte der russischen Unterdrückung sei das Überleben und Fortdauern der ukrainischen Kultur und Sprache wichtig (Wilson, 1997, S. 151). Daher werben *Ethnisch Ukrainische Nationalist:innen* für die Privilegierung der ukrainischen Identität über Sprach- und Erinnerungspolitiken (Shulman, 2004, S. 38). Manche idealisieren die *Ukrainische Volksrepublik* (1917 – 1920), aber auch den Widerstand der OUN-UPA gegen die Sowjets als Befreiungskampf (1939 – 1945), was in der westlichen Ukraine ein Symbol der Mobilisierung wurde, in anderen Regionen jedoch die öffentliche Meinung spaltet (Wilson, 1997, S. 152). In den 1990er Jahren spielte die radikale Rechte eine ideologische Rolle bei der Herausbildung der gemäßigten Mitte-Rechts Parteien. Mitte-Rechts Parteien (Nationaldemokrat:innen) wie die Partei *Volksfront (Rukh)* oder die *Ukrainische Volkspartei (Ukrainska Narodna Partija)* erkennen in der UdSSR, aber auch in Russland und Russ:innen das „Andere“ (Kuzio, 2001). Die Sicht auf ethnische Russ:innen, die dauerhaft in der Ukraine leben, ist jedoch inklusiv, sofern sie die ukrainische Unabhängigkeit anerkennen, sowie die Tatsache, dass Ukrainer:innen sich von Russ:innen unterscheiden. Im Gegensatz zu der radikalen Rechten, haben Nationaldemokrat:innen eine ethno-territoriale bzw. *civic*-Vision des Staates (ebd.). Die Anlehnung der gemäßigten und radikalen Rechten an das ideologische ethnisch-nationalistische Gerüst bedeute eine westliche außenpolitische Ausrichtung, dh. Annäherung an die EU, die Vereinigten Staaten, aber auch an transatlantische Organisationen wie der NATO, bis hin zu einer möglichen Integration. Die zentristischen

²⁷ Der nationalistische Diskurs war sehr widersprüchlich, weil viele ukrainische Nationalist:innen sich gleichzeitig für einen *civic* Staat aussprachen (Wilson, 1997).

Parteien/Sozialdemokraten – die russophone *Demokratische Volkspartei (Narodno-demokratychna partiya)*²⁸ oder *Vereinte Sozialdemokratische Partei der Ukraine* – die in den 1990ern aus Russisch-sprechenden und früheren UdSSR Funktionären bestanden, definierten Russland ebenfalls als das „Andere“, jedoch primär territorial. Sie hatten keine klare Position zur sowjetischen Vergangenheit und deren Erbe, die diese ausschließlich verurteilt oder idealisiert.

Weil das Mitte-Rechts Lager und die zentralistischen Parteien sich in vielerlei Fragen (sowohl in Bezug auf ökonomische Reformen als auch Identitätspolitik) nicht einigen konnten, blieb die Mitte gespalten (Kubicek, 1997; Kuzio, 2001). Vor dem Hintergrund dieser gespaltenen Mitte und der Instabilität in den zwischenparteilichen Beziehungen konnten die zwei radikalen Lager ihre antagonistischen Konzeptualisierungen der nationalen Identität im Mainstream etablieren (*Razumkov Centre*, 2017a). Diese Polarisierung trug zur Verfestigung der Idee der entzweiten Ukraine bei. Die gegensätzlichen Auffassungen übertrugen sich in politische Debatten, bei denen sich Politiker:innen Argumente der radikalen Lager aneigneten und so versuchten mit der „nationalistischen Karte“ (in beide Richtungen) Wahlen für sich zu entscheiden. So förderten die Regierung und die politischen Parteien die Unterstützung einer nationalen Identität entlang eines *ethnic*-Verständnisses (Shulman, 2004, S. 41). Über die Betonung kultureller, sprachlicher und historischer Aspekte versuchten weiters regionale Eliten, deren Interessen oftmals eine materielle Grundlage hatten, ihre politischen Profile zu differenzieren (Yurchenko, 2021, S. 103). Vor allem Politiker:innen und politische Allianzen in östlichen und südlichen Teilen des Landes betonten regionale Unterschiede „to retain their sway in the densely populated eastern Ukraine, rather than to widen their geographical base“ (Wolczuk, 2006, S. 622). Politische Parteien instrumentalisierten identitätspolitische Aspekte mit dem Ziel, die jeweiligen Bevölkerungsgruppen oder Regionen zu mobilisieren, um Einfluss auf die nationale Politikebene zu erlangen, wie im Folgenden detaillierter gezeigt werden soll.

Herrschende Eliten und die Konstruktion der nationalen Identität

Noch vor der Unabhängigkeit der Ukraine wurde Ukrainisch mit dem *Gesetz zur Sprache in der USSR* (Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik) (1989) zur alleinigen offiziellen Staatssprache (N 8311-XI, §1, Artikel 2). Die Präambel des Gesetzes hält sogar fest, dass das Ukrainische „einer der entscheidenden Faktoren für die nationale Identität der ukrainischen Nation (*ukrainskyi narod*)“ sei (in Anlehnung an die Begrifflichkeiten der Verfassung 1996 bedeutet das „Bürger der Ukraine aller Nationalitäten“). Gleichzeitig, so Wolczuk (2006), hatte bereits diese Entscheidung mehr mit den Interessen der Eliten als mit den Rechten und Pflichten der ukrainischen Bürger:innen zu tun (S. 532). Deren Unterstützung für das Ukrainische rührte aus der Bestrebung, eine diskursive Distanz zu Russland zu

²⁸ Nicht mit der *Ukrainischen Volkspartei* (Mitte-Rechts) zu verwechseln.

schaffen, um so die Entstehung einer unabhängigen Ukraine zu legitimieren (Shevchuk, 2006, zit. nach Wolczuk, 2006, S. 532).

Im Zusammenhang mit dem *Gesetz zur Sprache in der USSR* (N 8311-XI)²⁹ gingen auch Bestimmungen einher, die Ukrainisch als Amtssprache in allen Sphären des öffentlichen Lebens machen – in staatlichen, parteilichen, öffentlichen Organen, Institutionen und Organisationen (§1, Art. 2). Auch erklärte das Gesetz das Ukrainische zur Sprache der Behörden (siehe §2, Art. 10-14), der vorschulischen Einrichtungen (§3, Art. 26), des Hochschulwesens (§3, Art. 28) und der Wissenschaft (§3, Art. 30). Allerdings erwähnten diese Bestimmungen stets Ukrainisch und Russisch nebeneinander, sodass die in der Praxis dominierende Rolle des Russischen unangetastet blieb. Das Gesetz spezifizierte die zur Umsetzung der sprachlichen Ukrainisierung (die bspw. im Hochschulbereich bis zur Jahrtausendwende erreicht werden sollte) notwendigen Mechanismen nicht weiter, was eine systematische Implementierung von Beginn an erschwerte (Arel, 2017, S. 247). Es fehlten Bestimmungen zur Umsetzung und Sanktionierung, wenn beispielsweise Staatsbedienstete, die die ukrainische Sprache nicht in der vorhergesehenen Zeit erlernten. Da das Gesetz also weder eine Kontrollinstitutionen noch Prüfungsklausel enthielt, hatte es eine eher symbolische Wirkung.

Unter dem Präsidenten Leonid Krawtschuk (1991-1994), der bis 1990 noch hochrangiges Parteimitglied der *Kommunistischen Partei* war, wurde die Nomenklatur³⁰, die überwiegend aus ehemaligen UdSSR Funktionären bestand, zur herrschenden Elite der unabhängigen Ukraine. Wie viele ehemalige Funktionäre der *Ukrainischen Kommunistischen Partei* war auch Krawtschuk bis zu den Präsidentschaftswahlen 1994 (zumindest offiziell) parteilos. Die aus der UdSSR stammende Nomenklatur sah davon ab, Ukrainisch als die dominante Sprache in allen öffentlichen Domänen durchzusetzen (Kulyk, 2009, S. 18). Dies lag vor allem an der Befürchtung, Proteste von Sprecher:innen anderer Sprachen – allen voran den Russischsprecher:innen – auszulösen. Stattdessen wurde in den Jahren 1991 und 1992 einerseits versucht, die Implementierung der Ukrainisierung durch separate staatliche Programme zu fördern, andererseits wurden parallel hierzu Regulierungen verabschiedet, welche die Effekte der Ukrainisierungsagenda neutralisierten (ebd.). Das *Gesetz über nationale Minderheiten (Gemeinschaften) in der Ukraine* (1992)³¹, basierend auf der *Deklaration über die Rechte aller*

²⁹ Das *Gesetz zur Sprache in der USSR* blieb bis zur Verabschiedung des neuen Sprachgesetzes 2012 in Kraft.

³⁰ Nomenklatur war ein zentrales Instrument sowjetischer Politik und kann im Kontext der jüngst unabhängigen Ukraine als politisches Erbe der UdSSR verstanden werden. Lewytskyj (1961) nach, ist die Nomenklatur (*nomenklatura*) eine „Liste von Personen und Posten, auf welche die Partei Verfügungsanspruch erhebt: gewisse Schlüsselstellungen in Wirtschaftsapparaten, Streitkräften, gesellschaftlichen Organisationen und sogar in örtlichen Verwaltungsorganen“. Im Kontext der Sprach- und Erinnerungspolitik sind damit also nicht nur Politiker:innen, sondern u.a. auch Jurist:innen und Verwaltungbeamte:innen gemeint.

³¹ Das Gesetz wurde im September 2023 überarbeitet und enthält einige Änderungen.

Nationalitäten der Ukraine (1991) versprach das Recht auf den freien Gebrauch des Russischen auf der Grundlage des Rechts aller ukrainischer Bürger:innen auf gleiche politische, ökonomische, soziale und kulturelle Rechte.³² Personen, die einer nationalen Minderheit oder Gemeinschaft angehören, hatten demnach das Recht auf freien und ungehinderten Gebrauch der Sprache ihrer nationalen Minderheit – privat und öffentlich (N 2827-IX, § 2, Art. 10, Abs. 1). Ferner erlaubte das Gesetz es diversen nationalen Gruppen, ihre jeweilige Minderheitensprache neben dem Ukrainischen zu verwenden, wenn sie bei öffentlichen Veranstaltungen zusammenkamen (Abs. 2). Entsprechend konnte das Russische als eine der diversen Minderheitensprachen in den meisten Lebenssphären frei gewählt werden. Entsprechend stellte sich der Prozess der Ukrainisierung als schleppend heraus (Wilson, 1997, S. 156). Im Jahr 1993 war nicht mehr als die Hälfte (49,3 Prozent) der Kinder auf ukrainischen Schulen, was eine Steigerung um weniger als 2 Prozent zum Jahr 1989 bedeutete. Ferner waren im Jahr 1993 lediglich 36 Prozent der zirkulierenden Bücher, und im Jahr 1994 nur 27 Prozent der Zeitungen ukrainischsprachig. Entsprechend war das Angebot an ukrainischsprachigen Medien spärlich, sodass vor allem russische Sender konsumiert wurden. So konnte die Markliberalisierung der Produktion kultureller Güter, die unmittelbar nach dem Fall der Sowjetunion einsetzte, nicht die Hierarchie der ukrainischen und russischen Kulturen aufheben, sondern zementierte gar die Dominanz russischer Bücher, Filme, Fernsehserien, Populärmusik auf dem ukrainischen Markt (Zhurzhenko, 2021, S. 1450). Zhurzhenko hält (2021) fest:

Russian products profited from the weakness of Ukrainian mass culture, which was due, most of all, to the limited demand from the Ukrainian-speaking urban middle class. At the same time, many Ukrainian authors, popular singers and actors were switching to Russian to gain access to the much more lucrative Russian cultural market and to continue their careers in Russia. (S. 1450)

Obwohl Russisch in vierlei Hinsicht dominierte, sahen viele Russischsprecher:innen vor allem in südlichen und östlichen Regionen die fehlende symbolische Legitimierung ihrer Identität kritisch (Kulyk, 2009, S. 19). Aus der Perspektive von Russischsprechenden war die inkrementelle Herabsetzung des Russischen im Laufe der 1990er problematisch (Arel, 1995, S. 610). So sorgte die Bildungspolitik aufgrund ihrer Aufteilung der Schulen in Sprachen über die ethnische und nicht die sprachliche regionale Bevölkerungskomposition für Unmut (ebd.). Dieser Unmut war aber auch materiellen Faktoren geschuldet, nämlich vor allem sinkenden Lebensstandards, die aus staatlichem Missmanagement der Transition zur Marktwirtschaft hervorgingen. Entsprechend fühlten sich viele in der ukrainischen

³² Wohlgerichtet mit der Unterstützung der ukrainischen Nationalist:innen verabschiedet (Wilson, 2017).

Unabhängigkeit, die sie im Dezember 1991 noch unterstützt hatten, enttäuscht, insbesondere vor dem Hintergrund einer sich vergleichsweise schnell erholenden russischen Wirtschaft (Khmelko und Wilson, 2015, S. 71). Linke Parteien und regionale Eliten, die Einfluss auf nationaler Ebene anstrebten, thematisierten diese Unzufriedenheit. Neben dem materiellen Argument, waren kulturelle Faktoren bedeutend, da sich die russischsprachigen Ukrainer:innen um die Entwicklung und Aufrechterhaltung ihrer Kultur und Sprache sorgten (ebd.). So konnten Politiker:innen die Wähler:innenschaft im Osten und Süden mit Wirtschaftskritik an der Regierung und dem Diskriminierungsvorwurf in Präsidentschafts- und Parlamentswahlen mobilisieren.

Bereits bei den Parlamentswahlen im Jahr 1994 traten die historischen, geographischen und politischen Differenzen zwischen den vier Hauptregionen der modernen Ukraine – dem Westen, der Mitte, dem Süden und dem Osten – hervor (Khmelko und Wilson, 2015, S. 64)³³. Hierbei wurden nicht nur gegensätzliche regionale Muster der Unterstützung deutlich. Auch ließ sich darauf schließen, dass die starke regionale Polarisierung vor allem entlang von Themen nationalpolitischer und weniger soziökonomischer Orientierungen verlief (ebd.). In den darauffolgenden Präsidentschaftswahlen 1994 wurde das Ausmaß der regionalen Polarisierung noch deutlicher. Denn der erste Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, verlor die Wahl gegen den pro-russischsprachigen Leonid Kutschma. Diese Wahl verschaffte russophonen, regionalen Eliten mehr Einfluss auf der nationalen Ebene (Kulyk, 2009, S. 20). So verweisen Khmelko und Wilson (2015) auf die Korrelation zwischen der regionalen Verteilung von Stimmen für Krawtschuk und Kutschma und der Verteilung der ukrainisch- oder russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine in der Wahl 1994 (S. 72). Vor allem im Westen, gefolgt vom Zentrum, aber kaum im Süden und Osten der Ukraine wurde für Krawtschuk gestimmt. Die Bedeutung der Sprachenfrage wurde dann auch bei Kutschmas Antrittsrede deutlich, in der er ankündigte, Russisch per Gesetz zur Amtssprache zu machen (Arel, 2017, S. 247).

In beiden Regierungsperioden (1994-2005) konzentrierte sich Kutschma allerdings mehr auf politische und wirtschaftliche Reformen, statt auf identitätspolitische Themen (vgl. Wilson, 1997). Das angekündigte Sprachgesetz wurde also fallengelassen, nachdem der Präsident realisierte, dass er für die Verabschiedung wirtschaftlicher Reformen die Unterstützung westukrainischer Abgeordneter brauchte (Arel, 2017). So verfolgte Kutschma während seiner Regierungszeit eine multivektorale Strategie sowohl in der Außenpolitik, die ausbalancierte Beziehungen zu westlichen und östlichen Partnern anstrebte, als auch innenpolitisch (Yurchenko, 2018, S. 90). Insbesondere in Bezug auf

³³ Zur Erklärung der Parteienlandschaft bei dieser Wahl: "The main parties of the left were the Communist Party, the Socialist Party, and the Peasant Party; the main parties of the right were the Ukrainian National Assembly, the Congress of Ukrainian Nationalists, the Ukrainian Conservative Republican Party, the Ukrainian Republican Party, and Rukh; centrist political parties are relatively weak in Ukraine" (Kuzio, 2015, S. 64).

identitätspolitische Auseinandersetzungen bzgl. der Sprach- und Erinnerungspolitiken schien Kutschma eine Gratwanderung zu unternehmen, die beide Lager zu befrieden versuchte.

Diese multivektorale Strategie ukrainischer Politiker:innen zeigt sich an der Uneindeutigkeit in identitätspolitischen Belangen wie Sprache und Erinnerung. Zum Beispiel bekräftigt die Ukrainische Verfassung (*Konstytucja Ukrainy*, 1996) die Sprach- und Minderheitengesetze der vorherigen Jahre und übernimmt die Bestimmung zur Nutzung der „komfortablen Sprache“ (siehe weiter oben *Gesetz über nationale Minderheiten (Gemeinschaften) in der Ukraine* (1992)). Die Verfassung erweitert diese Bestimmung aber um das Recht auf die freie Anwendung und Entwicklung von Minderheitensprachen, unter die das Russische fällt (Art. 10). Zugleich erkannte sie dem Staat die Aufgabe zu, „die umfassende Entwicklung und das Funktionieren der ukrainischen Sprache in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auf dem gesamten Territorium der Ukraine“ zu gewährleisten (Art. 10). So wie die Sprachgesetze der Jahre 1989 und 1992 keine Mechanismen zur praktischen Umsetzung oder Sanktionierung enthielten, wurden auch die Bestimmungen der Verfassung nicht von weiteren Regulierungen zur Ukrainisierung begleitet. Während Kutschmas beiden Regierungsperioden (1994-2005) hatte der Enthusiasmus für Ukrainisierungspolitiken nachgelassen und sich zugleich eine de-facto Akzeptanz der bilingualen Sprachsituation eingestellt (Wilson, 1997, S. 156). Auch im Bereich der Erinnerungspolitik wurde ein pragmatisch orientierter Zugang zur Nationenbildung eingenommen (ebd.). Kutschma hatte sich darum bemüht, die kollektive Identität mit der neuen politischen Realität zu harmonisieren. Dabei vereinte die Historisierung der nationalen Identität verschiedene Narrative, die sowohl nationalistische als auch (post)sowjetische Elemente der Geschichtserzählung vermischten (Wolczuk, 2000, S. 680). Dabei wurde die nationale Geschichte als eine Abfolge nationaler Befreiungskämpfe um einen unabhängigen Staat dargestellt: demnach wäre die Kyjiwer Rus der Ursprung ukrainischer Staatlichkeit; das Kosakenheer der erste Versuch, die unterbrochene Staatlichkeit wiederherzustellen; die *Ukrainische Volksrepublik* (1917-1921) der zweite gescheiterte Versuch; und die im Jahr 1991 erklärte Unabhängigkeit der Ukraine der dritte Versuch, einen unabhängigen ukrainischen Staat ins Leben zu rufen (Wolczuk, 2000, S. 680). Gleichzeitig konzentrierte sich die Regierung auf die Vergangenheit, die weiter zurücklag statt auf die Periode der Sowjetherrschaft (S. 681). Denn die Sowjetperiode war insofern problematisch, als sie bei vielen Menschen persönliche Lebenserfahrungen und Erinnerungen hinterlassen hatte. Entsprechend wurden die jahrhundertelangen Befreiungskämpfe glorifiziert, während zugleich an der Verherrlichung des *Großen Vaterländischen Krieges* gegen die Nazis (1941-1945) festgehalten worden ist (S. 682). Ferner ordnete die Kutschma-Regierung die UdSSR als Trittbrett zur unabhängigen Ukraine ein, weshalb sie von einer ausdrücklichen Verurteilung der Sowjetherrschaft und einer offenkundig anti-russischen Rhetorik absah (S. 681ff).

Der ukrainische Historiker Yaroslav Hrytsak (2011) bezeichnet die Geschichtspolitik unter Kutschma als eine „bewusst praktizierte Ambivalenz“, welche versuchte politische Antagonismen zu umgehen (S. 407). Diese Geschichtspolitik gewährte regionale Unterschiede in den Erinnerungskulturen innerhalb der Ukraine und tolerierte Abweichungen von offiziellen Narrativen. Kutschma erkannte (wie sein Vorgänger, aber auch seine Nachfolger) die Notwendigkeit eines gemeinsamen historischen Gedächtnisses für die nationale Identität und damit auch für den Zusammenhalt des Landes (Shevel, 2011, S. 155).

Im Jahr 1998 wurden die Reden zum Anlass des achtzigsten Jahrestags der *Ukrainischen Volksrepublik* in Lwiw nicht in den Medien anderer Regionen der Ukraine übertragen, was auf das Nebeneinander verschiedener Erinnerungstraditionen deuten lässt (Wolczuk, 2000, S. 683). Dieser Kurs der Vermeidung ging für Kutschma in seinen zweiten Präsidentschaftswahlen 1999 auf (Hrytsak, 2011, S. 409). Bei diesen Wahlen konnte er auf die Unterstützung der russophonen zentralistischen Parteien zählen, die den *Unsere Wahl – Kutschma Bloc* bildeten (Razumkov Centre, 2017).³⁴ Ähnlich wie in seiner ersten Regierungsperiode, betonte er auch im Laufe der Präsidentschaftskampagne seine politische (poly-ethnische) Konzeptualisierung der ukrainischen Nation. Mithilfe dieser liberalen Position konnte er Stimmen sowohl im Osten als auch dem Westen des Landes für sich gewinnen (vgl. Hrytsak, 2011, S. 411).

Diese Ambivalenz in Bezug auf Geschichte beschränkte sich nicht nur auf die Politik, sondern zog sich durch die Bevölkerung, wie verschiedene repräsentative Umfragen deutlich machten. Hrytsak (2011) verweist auf eine 2002 durchgeführte Umfrage zu historischen Erinnerungen, welcher nach Held:innen und Antiheld:innen des ukrainischen Geschichtsbewusstseins in einer Reihe erfolgten, die sowjetische Figuren und Figuren des ukrainischen Widerstands vermischt (S. 411). So lässt sich auf die Vermischung von Elementen verschiedener Erinnerungskulturen (*Eastern Slavic nationalistisch* und *ethnisch nationalistisch*) schließen. Ferner betont Hrytsak (2011), dass es sich um eine Ambivalenz handelt und nicht um eine regionale Aufteilung und argumentiert mit dem Verweis auf Antworten zu der Frage „Wie stellen Sie sich die Zukunft der Ukraine vor?“. Denn mindestens jede:r fünfte der Befragten wählte zwei sich eigentlich ausschließende Szenarien – nämlich sowohl die Option „in der Europäischen Gemeinschaft“ als auch die „in einer ostslawischen Union mit Russland“ (die bei der Möglichkeit der Doppelnennung beide um die 69 Prozent erhielten) (ebd.).

³⁴ Die fluide Parteiensituation (Parteiwechsel durch Abgeordnete, Änderungen der Fraktionen) sorgte dafür, dass es zwischen 1996-1999 keine permanente parlamentarische Mehrheit im Parlament gab. Regierungen wurden auf einer non-partisan Grundlage gebildet. Zugleich partizipierten politische Parteien und Parteiblöcke aktiv an den Präsidentschaftswahlen und nominierten Kandidat:innen.

3.3. Die *Orangene Revolution* (2004) und die Spaltung des Landes

Die Uneinigkeiten hinsichtlich der Ausgestaltung einer nationalen Identität resultierten aus divergierenden ethnolinguistischen Profilen und historischen Entwicklungen verschiedener Regionen. Jedoch war die Langlebigkeit dieser Unterschiede die Folge aus den Bemühungen politischer Eliten, die jeweilige Wähler:innenschaft zu mobilisieren, um für die persönlichen (oft ökonomischen) Interessen auf nationaler Ebene einzutreten (Yurchenko, 2018). Wie im Folgenden skizziert, wuchsen diese Bemühungen während und nach der *Orangen Revolution*. Aus der Retrospektive lässt sich festhalten, dass die *Orangene Revolution* die Büchse der Pandora – der Identitätspolitik – öffnete und regionale Spaltungen vertiefte (Zhurzhenko, 2014, S. 255).

Die Parteienlandschaft in der Zeit um die Jahrtausendwende war tripolar (Links-Rechts-Zentrum) (*Razumkov Centre*, 2017a). Vor den anstehenden Wahlen 2004 positionierte sich die Kutschma-Regierung, die einen insgesamt moderaten identitätspolitischen Kurs vertrat, als die zentristische und stabile Alternative zu den „Radikalen“ auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums (Wolczuk, 2006). Die fünf russophonen zentristischen Parteien, die überwiegend auch in dem pro-Kutschma Block während der Präsidentschaftswahlen 1999 vertreten waren, formierten sich 2000 zu der *Partei der regionalen Wiederbelebung der Ukraine (Za Yedynu Ukrainu!)*, wenig später umbenannt in die *Partei der Regionen*, welche die nächsten vierzehn Jahre eine wichtige Rolle in der ukrainischen Politik spielen sollte.

Das Problem mit der Linken, das zentristische Parteien als „Linke Bedrohung“ rahmten, war durchaus real. Linke politische Kräfte (die der KPU der USSR beziehungsweise der seit 1991 formierten radikalen Linken entstammen) strebten auch über die 1990er hinaus die Rückkehr zur alten Gesellschaftsordnung an (*Razumkov Centre*, 2017a, S. 11). Die nach wie vor präsente radikale Linke versuchte innerhalb des parlamentarischen Systems ihre Ziele zu verfolgen: die Abkehr von Markt-reformen, Bildung einer Allianz mit Russland, Belarus und anderen Nachfolgestaaten der UdSSR (S. 12). Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Situation zwischen 1994 und 1998, wuchs die Unterstützung für linke Kräfte (wie die KPU, den SPU-SelPU Block und die PSPU³⁵). Auch wenn diese Mächte keine permanente Mehrheit in der *Werchowna Rada* hatten, dh. keine eigene Regierung bilden konnten, hatten sie die Möglichkeiten, Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess und die Aktivitäten der Exekutive auszuüben (*Razumkov Centre*, 2017a, S. 12). Die Popularität der radikalen Linken

³⁵ Progressive Sozialistische Partei der Ukraine – eine Splittergruppe der SPU

und die Befürchtung vor deren weiterem Aufstieg zählten zu den Gründen, warum sich die Kutschma-Regierung zögerlich in identitätspolitischen Fragen verhielt.

Radikal rechte Parteien hatten weder bei den Wahlen 1998 noch 2002 nennenswerte Erfolge verbucht. In den Parlamentswahlen 1998 war das Wahlbündnis *Nationale Front* unter den radikalen Parteien das erfolgreichste mit 2,71 Prozent der Stimmen. Erfolg hatte die weit gemäßigtere Mitte-Rechts Partei *Volksfront (Rukh)*, die jedoch weit hinter den Kommunisten lag: Die KPU war stärkste Macht mit 24,65 Prozent der Stimmen, mit großem Abstand folgte dann *Rukh* als zweitstärkste Partei mit 9,4 Prozent.³⁶ Darüber hinaus – und viel wichtiger – hat sich der nationaldemokratische Mitte-Rechts Flügel noch während Kutschmas Amtsperiode gewandelt (Wolczuk, 2006, S. 535). Der bei den Parlamentswahlen 2002³⁷ angetretene Block bzw. Wahlbündnis *Unsere Ukraine (Nascha Ukraina)* war Mitte-Rechts zu verorten, versammelte zehn Parteien, darunter diverse Mitte-Rechts Parteien wie die *Volksfront (Rukh)*, aber auch Mitte Parteien (wie die *liberale Partei der Ukraine*) und rechts-nationale Parteien wie den *Kongress Ukrainischer Nationalisten*.³⁸ Der *Unsere Ukraine* Block zeigte sich als der erfolgreichste Kandidat des nationaldemokratischen Spektrums, was Wolczuk (2006) nach offenbart, dass die alte nationaldemokratische Strömung ausgedient hatte (S. 536). Überdies wurden die Kommunisten (KPU) das erste Mal von ihrer Stellung als stärkste parlamentarische Kraft vom Wahlbündnis *Unsere Ukraine* verdrängt.

Der Erfolg des diversen Blocks *Unsere Ukraine* war darauf zurückzuführen, dass sich ihre Interessen und Ziele von früheren nationaldemokratischen Parteien unterschieden – und wesentlich moderater waren. Sie gaben identitätspolitische Aspekte wie Sprache und Kultur auf, fokussierten stattdessen Themen, die der Wähler:innenschaft näher lagen: Demokratie, Wirtschaft und Bekämpfung der Korruption (Wolczuk, 2006, S. 536). So konnte *Unsere Ukraine* den nationaldemokratischen *Julija Tymoschenko Block* (Wahlbündnis) bei den Wahlen 2002 weit überholen.³⁹ Da Kultur und Sprache bereits in den Parlamentswahlen 2002 eine mindere Rolle spielten, ließ sich die rechte Bedrohung, die Kutschmas Regierung identifizierte, eher anhand des Wahlerfolgs von *Unsere Ukraine* erklären. Die russophone „Machtpartei“ *Partei der regionalen Wiederbelebung der Ukraine (Za Yedynu*

³⁶ Zu den Wahlergebnissen der 1998 Wahl (auf Ukrainisch): [Website der Zentralen Wahlkommission \(1998\)](#)

³⁷ Zu den Wahlergebnissen der 2002 Wahl (auf Ukrainisch): [Webseite der Zentralen Wahlkommission \(2002\)](#)

³⁸ Der Block *Unsere Ukraine* wurde seit 2005 von dem Kern der *Partei Unsere Ukraine* mit dem Fraktionsvorsitzenden Wiktor Juschtschenko dominiert.

³⁹ Der *Julija Tymoschenko Block* bestand aus einer Allianz liberaler und nationaler Parteien, deren Kern Tymoschenkos liberale *Vaterlandspartei (Batkivshchyna)* bildete, die eine wichtige Rolle in der ukrainischen Politik nach 2004 spielen sollten. Das Wahlbündnis vertrat auch die links-liberale *Ukraine – Vorwärts!*, aber auch rechtsnationale Parteien wie der *Ukrainischen Republikanischen Partei (Sobor)*.

Ukrainu!) lag bei der Wahl 2002 zwar nach dem Verhältniswahlrecht mit 12,23 Prozent der Stimmen weit hinter den Kommunisten und Nationaldemokraten, konnte jedoch über zahlreiche Direktmandate mit 101 Mandaten nach *Unsere Ukraine* (113 Mandate) die zweitstärkste Kraft werden.

Konstruierte Differenzen und deren Instrumentalisierung

Die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2004 fanden vor dem Hintergrund einer moderaten innenpolitischen Auseinandersetzung mit Identität und einer Entfernung der Nationaldemokraten von klassischen Themen der Identitätspolitik hin zu Themen, welche die Wähler:innenschaft mehr sorgten – nämlich der sinkende Lebensstandard, Korruption und Ungleichheit – statt.

Die Hauptkonkurrenten (Wiktor Janukowytsch und Wiktor Juschtschenko) standen für entgegengesetzte Ausrichtungen in innen- und außenpolitischen Hinsichten. Nach zehn Jahren Präsidentschaft nominierte Kutschma nun Janukowytsch als seinen potenziellen Nachfolger. Wiktor Janukowytsch, der zum Zeitpunkt seiner Kandidatur Ministerpräsident war, war der einzige Präsidentschaftskandidat, der von der Parlaments- und Regierungskoalition aufgestellt wurde. Dieser russophone Kandidat stand für eine Wiederannäherung an Russland und von Moskau angeführten eurasischen Regionalismen – in wirtschaftlichen und (außen)politischen Fragen.

Der Nationaldemokrat Wiktor Juschtschenko, Fraktionsvorsitzender von *Unsere Ukraine*, war der Gegenkandidat. Im Gegensatz zu der pro-russischen außenpolitischen Orientierung in Janukowytschs Wahlkampagne, war Russland in Juschtschenkos Wahlkampagne das signifikante „Andere“ der Ukraine (vgl. Kuzio, 2012, S. 49). Juschtschenko stand für eine politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Integration mit dem Westen – dh. der EU und NATO. Entsprechend war er für viele der Kandidat, der die Ukraine nach Europa führen würde (ebd.). Gleichzeitig baute Juschtschenko auf der Unzufriedenheit mit der Kutschma-Regierung auf, die unter anderem an anti-Regierungsprotesten *Ukraine ohne Kutschma* (2000-2001) deutlich wurde.⁴⁰ Juschtschenko eröffnete seine Wahlkampagne mit einer Rede im Juli 2004, in der er das Establishment, insbesondere aber die Oligarchen anfeindete (Shukan, 2010, zit. nach Kuzio, 2012, S. 45). Entsprechend positionierte die Kampagne Juschtschenkos ihn selbst als den Kandidaten des Volkes, der den Gegenpol zur „verbrecherischen“ Regierung (*bandytska vlada*) darstellen würde (ebd.).

Während der Nationaldemokrat Juschtschenko und seine *Unsere Ukraine* sich seit der Jahrtausendwende von Identitätspolitik weg bewegten, war es der Kandidat der Mitte, Janukowytsch, der vor der Wahl 2004 die „nationalistische Karte“ ausspielte. Nachdem Janukowytsch in

⁴⁰ Ukraine ohne Kutschma wurde von der politischen Opposition organisiert (*Ukrainiska Pravda*, 2010). Vor allem Studierende und junge Menschen bildeten das Protestpublikum. Gefordert wurde der Rücktritt Kutschmas und die Untersuchung der Entführung und Ermordung des Journalisten Georgiy Gongadze (die Forderungen nach der Aufklärung wurden laut, weil zuvor veröffentlichte Kassetten nahelegten, dass Kutschma selbst den Mord in Auftrag gab).

Meinungsumfragen schlechter als sein Gegner abschnitt, begann er in seiner Wahlkampagne identitätspolitische Fragen aufzuheizen und sich von seiner zentristischen Positionierung während seiner Zeit als Premierminister abzuwenden (Kulyk, 2009, S. 22). Dabei brachte er insbesondere das heikle Thema der Einstellungen gegenüber Russland auf und sprach sich für die doppelte Staatsbürgerschaft aus. Auch sprach Janukowytsch die Forderung aus, Russisch einen offiziellen Status zu verleihen, dies in der Hoffnung, die Stimmen der Wähler:innenschaft der radikalen Linken (KPU, SPU-SelPU) zu bekommen. Die Wahlkampagne Janukowytschs, hinter dem die noch regierende Elite um Kutschma stand, richtete sich explizit gegen Juschtschenkos Person (Yurchenko, 2018, S. 132).⁴¹ So durchzogen Zensur und einseitige Berichterstattung, die einen „systematischen Bias“ zuungunsten Janukowytschs Konkurrenz prägte, den Wahlkampf (ebd.). Die staatlich kontrollierte Medienlandschaft porträtierte Juschtschenko als „*Naschist*“ – ein Wortspiel zwischen den Wörtern „*Nazi*“ und „*Naschi*“ (angelehnt an den Parteinamen von *Nascha Ukraina*) (Wolczuk, 2006, S. 536). Ferner wurde die Auseinandersetzung zwischen Juschtschenko und Janukowytsch als ein Konflikt zwischen der Ost- und Westukraine präsentiert (ebd.). Teilweise verschmolz Janukowytschs Kampagne den anti-faschistischen Diskurs mit anti-Amerikanismus, der neben Juschtschenko auch seine Ukrainisch-Amerikanische Ehefrau adressierte (Kuzio, 2015, S. 161).

Die Polarisierung erfolgte über die in der Ostukraine geschichtlich verankerte negative Stereotypisierung von Westukrainer:innen als anti-russische radikale Nationalist:innen (ebd.). Neben der „faschistischen Bedrohung“ durch die Westukraine, wurde die Idee des „entnazifizierten Donbas“, der eine sowjetische Identität hätte, verlautbart (Zhurzhenko, 2014, S. 255). In diesem Sinne positionierte sich die *Partei der Regionen* als anti-faschistische Kraft (ebd.). Dies erfolgte insbesondere auf lokaler Ebene, wo die Identitätspolitik auf einer Reihe von Bausteinen aufbaute: neo-sowjetischen Symbolen und Narrativen, konservativen russisch-orthodoxen Werten, dem kommunistischen Ethos der hart arbeitenden Menschen, die „den Rest der Ukraine ernähren“, sowie auf der Vorstellung, dass die russische Sprache und Kultur „Schutz vor den ukrainischen Nationalisten“ bräuchte (Zhurzhenko, 2014, S. 255). Dabei war Janukowytschs Strategie der Ausspielung regionaler Unterschiede an Kutschmas erfolgreiche Wahlkampagne 1994 angelehnt (vgl. ebd.), jedoch in einer deutlich zugespitzten Form. In diesem Zusammenhang argumentiert Wolczuk (2006), dass regionale Differenzen in der Ukraine zwar immer existierten, aber in Wahrheit sowohl intensiviert als auch abgemildert werden konnten (S. 537). Dies hing demnach vor allem von dem Interesse und dem Kalkül des blauen Lagers, dh. der herrschenden Elite um Kutschma, herum ab: Der *Partei der regionalen*

⁴¹ Siehe dazu: Marta Dyczok (2004) in „Breaking Through the Information Blockade: Elections and Revolution in Ukraine 2004“. Dyczok nannte die Kampagne der herrschenden Elite „*Stop Yushchenko*“ (Yurchenko, 2018, S. 132).

Wiederbelebung der Ukraine (Za Yedyu Ukrainu!) (umbenannt in *Partei der Regionen*) als „Partei der Macht“, die 2002 „von oben“ formiert wurde und in welcher der Premierminister, Leiter der Präsidialverwaltung, Ministerpräsident und Stellvertreter, Minister, Leiter staatlicher Institutionen vertreten waren (*Radio Svoboda*, 2002).⁴² Das Kalkül hinter Janukowytschs Wahlkampagne war es aber, das Szenario des Jahres 1994 zu wiederholen, nach dem der russischsprachige Osten gegen den ukrainischsprachigen Westen siegen würde (Hrytsak, 2011, S. 412).

Juschtschenko büßte infolge des an ihn gerichteten Vorwurfs einer radikalen nationalistischen Agenda im Osten Stimmen ein (Wolczuk, 2005, S. 537). Gleichzeitig hatte Janukowytschs Ziehen der „nationalistischen Karte“ die Wähler:innenschaft der Zentralukraine nicht davon abgehalten, für Juschtschenko zu stimmen (ebd.). Ebenso wenig ließ sich (nicht unterwartet) auch der Westen des Landes nicht hiervon beeindrucken. Die erste Runde der Wahl am 31. Oktober 2004 ergab ein sehr gespaltenes Bild mit 39.90 Prozent für Juschtschenko und 39.26 Prozent für Janukowytsch.⁴³ In der Stichwahl konnte Juschtschenko auf die Unterstützung der Wähler:innen zählen, deren favorisierte Kandidat:innen es nicht in die Stichwahl schafften (Plokhy, 2015, S. 378). Daher waren die meisten ukrainischen Wähler:innen überrascht als die staatlich kontrollierte Wahlkommission die offiziellen Ergebnisse der Wahl verkündete (ebd.). Offiziellen Angaben nach fiel die Stichwahl⁴⁴, wenn auch knapp zugunsten von Janukowytsch aus. Die *internationale Wahlbeobachtungskommission*⁴⁵ (IEOM) dokumentierte schwere Manipulationen, Einschüchterungsversuche, die weniger im Osten des Landes auftraten als bspw. im Westen und Fälschungen (OSZE, November, 2004). Ferner belegten geakte Telefonmitschnitte zwischen Mitgliedern von Janukowytschs Wahlteam Manipulationen des Servers der staatlichen Wahlkommission (Plokhy, 2015, S. 378).

Bereits kurz nach der Ergebnisverkündung rief die orangene Opposition – bestehend aus Wiktor Juschtschenko und seiner Partei *Unsere Ukraine* und Julia Tymoschenko und ihrem *Julija Tymoschenko Block* – zu Protesten auf. Beispiellose Massenproteste entflammten sich zunächst in der Innenstadt von Kyjiw und wurden als die *Orangene Revolution* bekannt (Wolczuk, 2005, S. 538). Die meisten Unterstützer:innen des orangenen Blocks in Wahlen, aber auch während der Revolution,

⁴² Die *Partei der Regionen*, die zunächst als *Partei der Regionalen Wiederbelebung* 2002 gegründet wurde, kann als "Partei der Macht" bezeichnet werden, weil diese keine politische Kraft war, welche die Parlamentswahlen frei gewann, sondern „ein komplexes Konglomerat von Vertretern der höchsten Staatsbürokratie, finanzieller und politischer Clans“, das sich um das Staatsoberhaupt Kutschma herum bildete und sich sowohl verfassungsmäßige als auch außerkonstitutionelle Befugnisse aneignete [eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen] (*Radio Svoboda*, 2002).

⁴³ Offizielle Wahlergebnisse zu der ersten Wahlrunde am 31.10.2004 ([Internetarchiv](#))

⁴⁴ Offizielle Wahlergebnisse zu der Stichwahl am 21.11.2004 ([Internetarchiv](#))

⁴⁵ *Internationale Wahlbeobachtungskommission* (IEOM) ist eine Kooperation des OSZE Büros für *Demokratische Institutionen und Menschenrechte*, der *Parlamentarischen Versammlung des Europarats* (PACE), des *Europäischen Parlaments* (EP) und der *Parlamentarischen Versammlung* der NATO.

stammten aus dem Westen und der Zentralukraine (ebd.). Beispielsweise nahmen alleine in Kyjiw etwa 40 Prozent der Bürger:innen an den Protesten teil (Kuzio, 2010, S. 294). Denn nur ein Viertel der Kyjiwiten war offen gegen die *Orangene Revolution* (*Ukrayinska Pravda*, 2005, zit. nach Kuzio, 2010, S. 294). Dies verdeutlichte das Ausmaß der Mobilisierungskraft der ukrainischsprachigen nationalen Identität und Zivilgesellschaft (Kuzio, 2012, S. 47). Der *Eastern Slavic Nationalismus* der Janukowitsch-Basis dagegen blieb schon während der Unabhängigkeitsbewegung der späten Sowjetperiode bis zur und während der *Orangen Revolution* eher passiv (Kuzio, 2010, S. 294).

Trotz der dominanten Rolle der West- und Zentralukraine während der *Orangen Revolution* und der anti-orangen Tendenzen im Osten und Süden, war die regionale Aufteilung nicht exakt. Der *civic-Funke* der *Orangen Revolution*, ebenso wie die innewohnende Hoffnung auf Besserung, sprang auch auf Städte außerhalb der Zentral- und Westukraine über. Wenn auch in geringerem Ausmaß, fanden auch im Süden, wie etwa der historisch russischsprachigen Stadt Odesa, wochenlang Protestaktionen statt, die bis hin zur Errichtung von Camps vor Regierungsgebäuden reichten. Nicht nur die Reden orangener Repräsentant:innen, sondern auch die Parolen, auf welche die (in diesem Fall russisch-sprachige) Zivilgesellschaft zurückgriff, erfolgten in Ukrainisch. Während Sprüche wie etwa „Freiheit kann nicht aufgehalten werden“ (*svobodu ne spiniti*) oder „Juschtschenko – ja!“ auf Ukrainisch gerufen wurden, wurde weiterhin die russische Sprache im alltäglichen Miteinander der Protestierenden verwendet.

Es offenbarte sich nicht nur die Mobilisierungskraft der ethnisch ukrainischen und ukrainischsprachigen Teile der Gesellschaft (Kuzio, 2012; Wolczuk, 2006). Auch trat eine Entwicklung zutage, die ukrainische Sprache von der offiziellen Sprache der Bürokratie und Institutionen zu der Sprache des zivilgesellschaftlichen Widerstandes zu erheben (Kulyk, 2022, S. 239). Ebenfalls schien die Rolle des Ukrainischen von Mitgliedern diverser ethnolinguistischer Hintergründe akzeptiert zu werden (ebd.).

Trotz hoher Mobilisierungsfähigkeit des orangenen Lagers bekam Janukowitsch nach den Wahlbetrugsvorwürfen und der gegen ihn gerichteten *Orangen Revolution* im wiederholten Wahl durchgang am 26. Dezember 44,2 Prozent der Stimmen, während Juschtschenko 51,99 Prozent erreichte.⁴⁶ In dieser Wahl attestierte die *Internationale Wahlbeobachtungskommission* (IEOM), dass sich der Wahlprozess der Ukraine substantiell an OSZE Wahlverpflichtungen, die Standards des Europarats und an andere europäische Standards annäherte (OSZE, Dezember, 2004). Die Präsidentschaftswahlen 2004 wurden grundsätzlich von einem Wettbewerb um nationale Identität (Shulman, 2005) innerhalb eines regional gespaltenen Landes begleitet (Kuzio, 2012, S. 48). Dies der Tatsache

⁴⁶ Offizielle Wahlergebnisse zur wiederholten (Stich-) Wahl am 26.12.2004 ([Internetarchiv](#))

zum Trotz, dass im Laufe der *Orangen Revolution* Fragen der nationalen Identität, wie zum Beispiel Sprache nicht thematisiert wurden (Kulyk, 2009). Im Gegenteil wurde wiederholt erklärt, dass die Ukraine, für welche die Menschen auf die Straßen gehen, Menschen aller Nationalitäten, Sprachen, Regionen und Religionen einen würde (ebd.). Statt der Betonung einer an ukrainischsprachige Ukrainer:innen angelehnten *ethnic*-Identität, wurden also inklusive *civic*-Kriterien unterstrichen. Es wurde für die Vision einer Ukraine geworben, in der die diversen sozialen Gruppen gleichberechtigt wären und in Würde und Wohlstand leben würden (ebd.). Auch war der orangene Mobilisierungserfolg nicht nur den Wahlbetrugsvorwürfen zu verdanken, sondern auch politischen und wirtschaftlichen Aspekten, zum Beispiel der Unzufriedenheit mit der bisherigen Regierung, dem großen Ausmaß an Wut auf uneingeschränkte Korruption und illegale Maßnahmen zur Interessendurchsetzung der Eliten, die nicht zur Rechenschaft gezogen wurden (Kuzio, 2012, S. 43).

Jedoch vermochte das sich nun in der Opposition befindende blaue Lager – bestehend aus der *Partei der Regionen* mit Janukowytsch als Vorsitzendem – den Sieg des orangenen Lagers als Niederlage der russischsprachigen Regionen gegen Juschtschenkos ukrainischsprachige Wähler:innen-schaft im Westen und Zentrum des Landes zu nutzen:

This has instilled a sense of exclusion from ‘Orange-controlled’ political processes in eastern Ukraine. The electorate that stayed loyal to Yanukovych throughout the presidential elections has refused to accept the popular uprising in Kiev, the results of the repeated round and the legitimacy of the new ‘Orange’ authorities. As far as they were concerned, Yushchenko did not—and could not—represent them. (Wolczuk, 2006, S. 540)

Janukowytsch und die *Partei der Regionen* stellten die *Orangene Revolution* im Sinne von „unüberwindbaren Differenzen“ der verschiedenen Regionen dar, sodass sie insbesondere im Osten das Vertrauen der Wähler:innenschaft weiterhin aufrechterhalten konnten (S. 542).

Dies zeigte sich zwei Jahre nach den Präsidentschaftswahlen. Auch bei den Parlamentswahlen im Jahr 2006 hielt Janukowytsch an der Strategie von 2004 fest – und zog erneut die nationalistische bzw. sprachliche Karte. So verlautbarte er erneut die Forderung danach, Russisch zur offiziellen zweiten Landessprache der Ukraine zu erheben (Bloom und Shulman, 2010, S. 415). Dementsprechend bestand die Abgrenzung zwischen den politischen Kräften zum Zeitpunkt der Wahlen vor allem darin, welchen der beiden Hauptkandidaten (Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowytsch) man im Wahlkampf 2004 unterstützte (*Razumkov Centre*, 2017a, S. 21). Die Polarisierung schien geblieben, da die *Partei der Regionen* in den Regionen Erfolge erzielte, die Janukowytsch auch 2004 in den Wahlen für sich gewinnen konnte: jeweils über 70 Prozent der Stimmen in Donezk und Luhansk; zwischen 50 und 60 Prozent in Sewastopol, der Krim, Charkiw, Saporischschja und Mykolajiw; um die

40 bis 50 Prozent in Odesa, Dnipropetrowsk und Cherson.⁴⁷ Die zweitstärkste Macht – der in der *Orangen Revolution* bekannt gewordene *Julija Tymoschenko Block* – erreichte die meisten Stimmen im Westen und Zentrum. So auch Juschtschenkos *Unsere Ukraine*, die massiv an Stimmen verloren und sich weit hinter der *Partei der Regionen* und dem *Julija Tymoschenko Block* reihte. Folglich zeigten die Parlamentswahlen 2006 eine ähnliche regionale Aufteilung in „orangene“ und „blaue“ Wahlkreise wie die Präsidentschaftswahlen vor der *Orangen Revolution* zwei Jahre zuvor.

3.4. Konstruktionsprozesse nationaler Identität im Wandel: 2004 – 2013/14

Die Vorhaben der Juschtschenko-Regierung bezüglich der Ukrainisierung der Sprachpolitik wurden nicht umgesetzt. Selbst als Juschtschenko noch die Kontrolle über die Regierung und die Mehrheit der Stimmen im Parlament hatte, unternahm er nicht viel, um der ambivalenten Politik seines Vorgängers ein Ende zu setzen (Kulyk, 2010, S. 397). So hatte Juschtschenko einerseits kein neues Sprachgesetz initiiert, das die mehrdeutigen Bestimmungen des Gesetzes aus dem Jahr 1989 ablösen und Mechanismen für eine umfassende Durchsetzung des Ukrainischen etablieren würde. Vor allem überging er dabei die Forderungen ukrainischsprachiger Eliten nach einer hartnäckigeren Sprachpolitik, dh. nach Sanktionsmechanismen für die Nicht-Umsetzung der Ukrainisierung im öffentlichen Leben (ebd.). Auch initiierte Juschtschenko keinerlei Gesetze, welche das Ukrainische und andere Minderheitensprachen privilegieren würden, um den „Wettbewerbsnachteil dieser Sprachen gegenüber dem Russischen auszugleichen – etwa Steuernachlässe für Buch- und Zeitungsverlage oder Fernseh- und Rundfunkanstalten“ (Kulyk, 2010, S. 398). Andererseits ging er ebenso wenig auf die Forderungen der Befürworter des Bilingualismus ein (Kulyk, 2009, S. 35). So unterzeichnete Juschtschenko nicht die Bestimmung zu dem Recht der Bürger:innen, Russisch und andere Minderheitensprachen bei der Kommunikation mit den Behörden in den Gebieten des Landes zu verwenden, in denen diese Sprachen mehrheitlich gesprochen wurden (S. 26). Eine solche Bestimmung hätte Umfragen zufolge während und auch nach Juschtschenkos Regierungszeit Zustimmung gefunden. Laut einer repräsentativen Umfrage des *Kyiv International Institute of Sociology* (KIIS) haben im Juni 2006 nicht nur 37,4 Prozent den offiziellen Status des Russischen neben dem Ukrainischen, sondern auch etwa 36,8 Prozent für den offiziellen Status des Russischen in russischsprachigen Regionen ausgesprochen (KIIS, 2006b). Andererseits waren 19,7 Prozent der Meinung, dass Russisch aus der offiziellen Verwendung der gesamten Ukraine verbannt werden soll (KIIS, 2006b).

Das Anliegen der Sprache polarisierte weiterhin, was sich auch daran zeigte, dass sich Parlamentsabgeordnete beider Seiten mit diversen Gesetzentwürfen für die Aufhebung der Ambivalenz

⁴⁷ Zu den Wahlergebnissen der 2006 Wahl (auf Ukrainisch): [Webseite der Zentralen Wahlkommission \(2006\)](http://www.cvk.gov.ua)

in der Sprachpolitik einsetzen. Allein im Juni 2005 standen etwa 13 verschiedene Entwürfe zu einem neuen Sprachgesetz auf der Tagesordnung der *Werchowna Rada* (Kulyk, 2010, S. 398).⁴⁸ Letztendlich wurde die Debatte ohne Angabe von Gründen abgesetzt, während die orangene Elite in der Sprachpolitik weiterhin eine tendenziell ambivalente Politik einschlug. Kulyk (2010) nach lag dies nicht nur daran, dass die Regierung das Lager der russischsprachigen Wähler:innen nicht verärgern wollte. Vielmehr ging es darum, dass die führenden Vertreter:innen der *Orangen Revolution*, vor dem Hintergrund der zahlreichen anderen (hauptsächliche wirtschaftlichen) Probleme, die das Land plagten, der Sprachpolitik weniger Bedeutung zumaßen (ebd.).

Juschtschenko setzte in seiner Regierungszeit (2005-2010) bei dem Versuch der Bildung einer starken ukrainischen nationalen Identität auf Erinnerungspolitik (Plokhy, 2015, S. 381). Die Identitätspolitik sollte die ukrainische westliche Orientierung bekräftigen, aber vor allem der postsowjetischen Ambiguität ein Ende setzen (Zhurzhenko, 2014, S. 254). Für den Nationaldemokraten Juschtschenko war die Ukraine, so Zhurzhenko (2014), eine postkoloniale Nation, die sich mitten im Prozess der Emanzipation von russischen politischen und kulturellen Auswirkungen befand. In diesem Sinne unternahm Juschtschenko den Versuch, den ukrainischen Nationalismus zu rehabilitieren, welcher zu Sowjetzeiten unterdrückt und in der jüngst unabhängigen Ukraine nicht viel beachtet wurde (ebd.). Zu Juschtschenkos Bemühungen zählte unter anderem die Errichtung des Museums der sowjetischen Besetzung und die Gründung des *Ukrainischen Instituts für Nationale Erinnerung* (UINP). Das im Jahr 2006 gegründete Institut war dem Ministerkabinett unterstellt und wurde als staatliche Einrichtung mit einem Sonderstatus versehen, mit dem Anliegen das nationale Gedächtnis der Ukraine wiederherzustellen und zu wahren (Ministerkabinett der Ukraine, 2006, N 927). Zu den Bestrebungen, die neue Erinnerungspolitik zu institutionalisieren, zählte auch die Betrauung des *Ukrainischen Sicherheitsdienstes* (SBU) mit zusätzlichen Aufgaben (Yurchuk, 2017, S. 122). Diese neuen Funktionen des SBU umfassten die Kontrolle von Archiven, Ausführung historischer Forschungsaufträge und die Popularisierung eines neuen Ansatzes zur Geschichtserinnerung (ebd.; Zhurzhenko, 2014, S. 254). Dabei konzentrierte sich Juschtschenkos Erinnerungspolitik auf zwei große Themen: auf die Erinnerung der großen ukrainischen Hungersnot (*Holodomor*) der Jahre 1932/33 und auf deutlich umstrittenere Erinnerungen an die Kämpfer:innen der *Ukrainischen Aufständischen Armee* (UPA) (vgl. Plokhy, 2015, S. 381).

Manche von Juschtschenkos Bemühungen waren erfolgreich: Im November 2006 erließ die *Werchowna Rada* das Gesetz *Über den Holodomor von 1932-1933 in der Ukraine* (2006, N 376-V).

⁴⁸ Die Entwürfe und Namen ließen sich nicht recherchieren.

Das Gesetz klassifiziert den *Holodomor* 1932/33 als an der ukrainischen Nation (*ukrainskyj narod*) verübten Genozid (Artikel 1). Die öffentliche Leugnung des Genozides wird als Beleidigung des An- denkens an Millionen von Opfern und als Demütigung der Würde der ukrainischen Nation angesehen und daher als illegal verurteilt (Artikel 2). Zugleich verurteilt das Gesetz das UdSSR-Regime für die Organisation der Hungersnot, „die zur Vernichtung von Millionen von Menschen, zur Zerstörung der sozialen Grundlagen der ukrainischen Nation, ihrer jahrhundertealten Traditionen, seiner spirituellen Kultur und seiner ethnischen Identität führten“ (Präambel).⁴⁹ Die Formulierung „ukrainische Nation“ (*ukrainskyj narod*), welche bereits in der Verfassung 1996 verwendet wird, ist inklusiv, da sie Bürger:innen *aller* Nationalität umfasst. Wie in der Präambel des Gesetzes wird dieses *civic*-Verständnis der Nation, mit einer expliziten *ethnic*-Betonung „der ukrainischen ethnischen“ Identität in den Artikeln vermischt. So beinhaltet der Artikel 3 einerseits die Verpflichtung des Staates, sich an der Wiederherstellung und Wahrung des nationalen Gedächtnisses der ukrainischen Nation (*ukrainskyj narod*) zu beteiligen. Zugleich wird im selben Satz auf die Konsolidierung der ukrainischen ethnischen Nation (*natsiia*) und die Förderung ihres historischen und kulturellen Bewusstseins verwiesen (Artikel 3). Darüber hinaus verpflichtet das Gesetz den Staat, Bedingungen zur Durchführung von Forschung sowie die Verewigung der Erinnerungen an die Opfer zu garantieren (Artikel 4). Dafür sieht das Gesetz ein aus dem ukrainischen Staatshaushalt finanziertes nationales Programm vor. Im Jahr 2007 folgten weitere Erlasse des Präsidenten, welche die Umsetzung des Gesetzes (insbesondere den Aspekt der Forschung) fördern sollten (*Werchowna Rada*, 2007).⁵⁰

Das Gesetz *Über den Holodomor von 1932-1933 in der Ukraine* veränderte die Wahrnehmung der Gesellschaft. Einer KIIS-Umfrage des Jahres 2007 nach wuchs die Zahl jener, die den *Holodomor* als Völkermord bezeichnen von 39 Prozent auf 63 Prozent (Hrytsak, 2011, S. 413).⁵¹ Diese Wahrnehmung manifestierte sich über den Westen hinaus auch im russischsprachigen Süden (72 Prozent), weniger aber im Osten des Landes (35 Prozent). Während die Rolle des *Holodomor* einen nahezu einenden Charakter hatte, sorgten andere Themen für Unmut und unterfütterten die existierende regionale Polarisierung.

Die Frage nach der Stellung der UPA und OUN wurde zwischen 2000 und 2010 etwa durch dreizehnundzwanzig legislative Versuche der *Werchowna Rada* adressiert (Shevel, 2011, S. 151). Dabei wurde versucht, ihren Beitrag zum nationalen Befreiungskampf anzuerkennen, ebenso wie ihre Rolle als

⁴⁹ Eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen.

⁵⁰ Eigene Recherche, siehe Erlasse und Verordnungen des Präsidenten im Jahr 2007: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/main/ji10y2007>

⁵¹ Hrytsak verweist auf eine Umfrage vom November 2007 des KIIS „Die Haltung der Bevölkerung der Ukraine zur Anerkennung der Hungersnot von 1932/33 als Genozid“. Diese lässt sich allerdings nicht im Archiv des KIIS recherchieren.

Verteidiger:innen im Zweiten Weltkrieg, mit der Folge, dass sie den Veteranenstatus erhalten würden (ebd.). Allein sieben der legislativen Versuche sind auf das Jahr 2005 zurückzuführen, als Juschtschenko das Präsidentschaftsamt übernahm (Shevel, 2011, S. 151). Vor dem Hintergrund Juschtschenkos positiver Einstellung gegenüber der OUN und UPA sei dies, Shevel (2011) nach, wenig überraschend. Gegen Ende Juschtschenkos Amtsperiode, am 19. November 2009, erließ der noch amtierende Präsident den Erlass (2009, N 946) über „zusätzliche Maßnahmen zur Anerkennung der ukrainischen Befreiungsbewegung des 20. Jahrhunderts“, welche insbesondere die Würdigung und Rehabilitierung der *Ukrainischen Aufständischen Armee* (UPA), der *Organisation der Ukrainischen Nationalisten* (OUN) und des *Ukrainischen Befreiungshauptrates* (UHVR) implizierte (Werchowna Rada, 2009). Als Ziel hinter der Anerkennung dieser sogenannten Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts wurde die Wiederherstellung des nationalen Gedächtnisses und historischer Gerechtigkeit sowie die „Förderung des Prozesses der nationalen Versöhnung und des gegenseitigen Verständnisses“ genannt (Werchowna Rada, 2009).

Bereits im Jahr 2007 berührte Juschtschenko eine sensible Stelle der ukrainischen Erinnerungspolitik als er eine äußerst umstrittene Figur, den „Nachtigall“ und UPA Anführer Roman Schuchewytsch, postum zum Nationalhelden kürte (Golczewski, 2011, S. 319). Mindestens ebenso heikel war die postume Ernennung des noch kontroverseren Stepan Bandera zum Nationalhelden im Jahr 2009, der als Anführer des rechtsextremen Flügels der OUN (nämlich der OUN-B) den radikalen Nationalismus der 1930er und 1940er Jahre verkörperte (Plokhy, 2015, S. 381). Infolge dieser Erinnerungspolitik sank in Umfragen die Zahl derer, die die UPA negativ bewerten von 52 auf 46 Prozent, auch wenn diese Veränderung zugunsten der UPA sich vor allem in der Westukraine zeigte (Hrytsak, 2011, S. 412).

Juschtschenkos Präsidentschaft markierte den Anfang der Normalisierung der OUN-UPA Erinnerung durch diskursive und institutionelle Mittel (Yurchuk, 2017, S. 122). Gleichzeitig hatte seine Amtsperiode tiefe „kulturelle Brüche hervorgebracht (Golczewski, 2011, S. 320). So wurden, wie der ukrainische Historiker Kasianov (2014) zeigt, physisch ausgetragene Auseinandersetzungen über Erinnerungsfragen zur Routine (zit. nach Zhurzhenko, 2014, S. 255). Dies zeigt die sich vertiefende ideologische Kluft zwischen ethnischen Nationalist:innen und *Eastern Slavic Nationalist:innen* (deren Ideologien in 3.2. erläutert wurden).

Eastern Slavic Nationalismus nach der Orangen Revolution

Dieser kulturelle Konflikt wurde von Eliten initiiert und aufgeheizt und konnte sich in eine gesellschaftliche Polarisierung übertragen (Hrytsak, 2011, S. 412). Die Art und Weise in der Juschtschenko Grundfragen ukrainischer Identität auslegte, entfremdete einen erheblichen Teil der Öffentlichkeit,

welche unter anderem die Verherrlichung der UPA ablehnte (Zhurzhenko, 2014, S. 255). Daher konnten Juschtschenkos kontroverse Entscheidungen von der oppositionellen *Partei der Regionen* instrumentalisiert werden, die sich als erbitterte Gegnerin von Juschtschenkos Identitätspolitik positionierte.⁵² In dem Anliegen, die Ukrainisierung und das ukrainische nationale Projekt aufzuhalten, konnte sich die *Partei der Regionen* auf die Unterstützung der radikalen Linken verlassen.

Certainly, Yushchenko's politics were permanently under attack, but the criticism by his political opponents came mainly from the left, pro-Russian and Soviet-nostalgic perspective and was dismissive of the whole phenomenon of Ukrainian nationalism by indiscriminately labeling all UPA fighters 'fascists', 'Nazi collaborators', and 'traitors'. (Yurchuk, 2017, S. 124)

Die Einmischung Russlands in Fragen ukrainischer Identität spielte eine große Rolle. Der Kreml bemühte sich zwischen 2005 und 2010 darum, die westlich orientierten Eliten und selbst die moderate und demokratische Ausprägung eines ukrainischen Nationalismus als „Faschismus“ zu framen, der die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine und Russ:innen gefährden würde (Zhurzhenko, 2014, S. 255). Dabei setzte der Kreml dem „gefährlichen“ ukrainischen Nationalismus und der Existenz einer nationalen Identität der Ukrainer:innen alternative Identitäten entgegen. Vor allem das ambivalente Konzept der von Russland geführten „Russischen Welt“ (*Russkij Mir*) entfaltete sich im Laufe der 2000er zum Synonym für die russische/slawische Zivilisation (ebd.). Dies geschah im Sinne einer über-nationalen Gemeinschaft, deren Identität auf der russischen Sprache und Kultur, aber auch gemeinsamen Werten, Erinnerungen, der orthodoxen Religion und Loyalität beruhen würde (ebd.). Das von Russland in die Ukraine medial übermittelte Narrativ baute dabei auf dem folgenden Geschichtsverständnis auf:

(...) that the three East Slavic nations - Russia, Ukraine and Belarus - constitute the core of Russkiy mir, with its spiritual and cultural fundament going back to Prince Vladimir's baptism of Kyiv. From this perspective, Ukraine is part of a thousand-year-old Russian Orthodox civilization with ties far deeper than any recent "artificial" construction of national identity. (Zhurzhenko, 2014, S. 258)

Diese geschichtliche Interpretation, welche Russland mit der Hilfe der blauen Opposition und anderen ideologischen Satelliten (Kommunisten, etc.) verbreitete, verfestigte den *Eastern Slavic Nationalismus* und vertiefte die Polarisierung im Land.

⁵² Dabei nahm die *Partei der Regionen* die Rolle ein, welche die *Kommunistische Partei* in den 1990er Jahren von der Opposition aus einnahm (Zhurzhenko, 2014, S. 255).

Auch erhöhte Moskau in Folge der *Orangen Revolution* die gezielte Unterstützung für pro-russische Gruppierungen, insbesondere solche, die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung schützten und den pro-westlichen Kurs der Regierung ablehnten (Zhurzhenko, 2014). Durch diese Unterstützung konnten von pro-russischen politischen Parteien (wie den Kommunisten) bis hin zu Verbänden sowjetischer Veteran:innen, diverse Akteure unter einer geteilten „anti-orange“ Agenda vereint werden (ebd.). Deren Aktivismus hatte verschiedene Facetten: von anti-NATO Protesten, über Demonstrationen gegen die Glorifizierung der UPA oder Stepan Bandera, zum Schutz der russischen Sprache bis hin zum Vandalismus „nationalistischer“ Denkmäler. Im Grunde bildete diese Vereinigung gegen Juschtschenkos Politik und dessen Vorstellung von einer ukrainischen Identität ein heterogenes, aber in Teilen aggressives Milieu (ebd.). Dieses bereitete den Nährboden für den Separatismus 2014 vor, wie später in diesem Kapitel gezeigt werden soll. Entsprechend war es nicht nur die orangene Identitätspolitik, welche die öffentliche Meinung spaltete, sondern auch das Zutun der parlamentarischen Opposition und Russlands. Dennoch sorgte Juschtschenkos Erinnerungspolitik nicht nur im Osten und Süden für negative Reaktionen, sondern auch bei den Liberalen in Kyjiw und Lwiw sowie bei den europäischen Freunden der Ukraine (Plokhy, 2015, S. 381). Insbesondere der EU-Nachbarstaat Polen, der eine Erinnerungskultur an die Gräueltaten der OUN/UPA in Polen pflegte, sah die Rehabilitierung ukrainischer Figuren aus dem Zweiten Weltkrieg kritisch.

Abschließend ist zu fragen, ob die *Orangene Revolution* bzw. die orangene Regierungsperiode tatsächlich dem eigenen Anspruch, alle ukrainischen Bürger:innen zu vereinen, gerecht wurde. Shekovtsov (2013) verweist darauf, dass die über die *Orangene Revolution* proklamierte inklusive Identität in Wahrheit exklusive, ethno-kulturelle Kriterien der Mitgliedschaft enthielt (Shekovtsov, 2013, S. 740). Kulyk (2016) mildert diese Feststellung ab und verweist auf den Versuch des orangenen Lagers, eine starke *civic*-Identität zu schaffen (S. 593). Es wäre die starke Verflechtung des *civic*-Anliegens mit einer *ethnic*-Basis, welche die Mitgliedschaft für viele Mitglieder anderer ethnolinguistischer Gruppen erschwerte (ebd.).

Die starke Akzentuierung ethnisch nationaler Aspekte in der orangenen Periode war exklusiv und begünstigte damit die Polarisierung in der Zivilgesellschaft. Dies schuf den Nährboden für das Gedeihen der *Eastern Slavic* Ideologie. Nichtsdestotrotz trug die orangene Politik zur Veränderung der Mainstream Sichtweise auf die nationale ukrainische Identität bei, da sie diejenigen Inhalte des ukrainischen Nationalismus akzentuierte, die in der UdSSR tabuisiert wurden. Auf diesem Wandel konnten die Entwicklungen auf dem *Maidan* aufbauen.

Die blaue Episode von 2010 bis 2013: Umkehr der orangenen Politiken

In der Präsidentschaftswahl 2010 reichte es für Juschtschenko nicht einmal in die Stichwahl gegen seinen Herausforderer Janukowytsch. Diese Unpopularität war sowohl der Erinnerungspolitik geschuldet als auch der Enttäuschung über die politischen Kämpfe innerhalb des orangenen Camps und den Auswirkungen der globalen Rezession (Bloom und Shulman, 2010, S. 414). In seiner Wahlkampagne knüpfte Janukowytsch an den identitätspolitischen Versprechen seiner Wahlkampagne 2004 an, so auch an dem Versprechen, Russisch zur zweiten offiziellen Sprache in der Ukraine zu machen. Am 7. Februar 2010 gewann Janukowytsch mit 49 Prozent der Stimmen die Stichwahl gegen Julija Tymoschenko (46 Prozent), die als eine der Anführer:innen der *Orangen Revolution* und Ministerpräsidentin bekannt war (Wahlkommission der Ukraine, 2010).⁵³ Nicht nur die knappe Wahlentscheidung, sondern auch die regionale Wahlaufteilung bestätigte die Polarisierung. Während Ostukrainer:innen Janukowytsch wählten, lag Tymoschenko in fast allen Regionen der Westukraine vorn.

Präsident Janukowytsch verfolgte den Kurs der wirtschaftlichen⁵⁴ und politischen Annäherung an Russland. Innenpolitisch sollte die Ausrichtung seines Vorgängers verändert werden. Gleichzeitig vermochte es die *Partei der Regionen* aber nicht, auf der nationalen Ebene eine kohärente Identitätspolitik voranzubringen (Zhurzhenko, 2014, S. 255). Dies lag daran, dass diese Regierung der Bevölkerung der Zentral- und Westukraine inhaltlich wenig zu bieten hatte und stattdessen weiterhin die eigene Stammwähler:innenschaft im Osten und Süden adressierte (ebd.). Hierbei wurden weiterhin Narrative über die nationalistische Westukraine verbreitet, sodass sich die *Partei der Regionen* als die Beschützerin der russischsprachigen Bevölkerung vor dem radikalen ukrainischen Nationalismus positionieren konnte (ebd.). Bereits bei seinem Antrittsbesuch in Moskau versprach Janukowytsch dem damaligen russischen Präsidenten Dmytro Medwedew, die Erlasse Juschtschenkos in Bezug auf die Einordnung der OUN und UPA rückgängig zu machen (Golczewski, 2010, S. 319). Dies bestätigt, dass die Einordnung der OUN und UPA nicht bloß ein historisches, sondern vielmehr ein politisches Problem war, das zentral für das Verständnis der ukrainischen nationalen Identität blieb (ebd.). Das *Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung* (UINP) verlor seinen exekutiven Charakter als staatliche Behörde mit Sonderstatus und wurde zu einer Forschungseinrichtung herabgestuft

⁵³ Zu den offiziellen Wahlergebnissen (2010): [Webseite der Wahlkommission](#).

⁵⁴ Entsprechend verhandelte er ein neues Abkommen über den Zugang der russischen Schwarzmeerflotte zum Hafen von Sewastopol im Gegenzug zu niedrigeren Erdgaspreisen und des Erlasses für angebliche Geldstrafen der Ukraine an Russland (Herron, 2011). Die Unterzeichnung des Abkommens, das die anvisierte wirtschaftliche Annäherung an Russland offenbarte, provozierte breite Ablehnung der Opposition, welche sich in deren öffentlichen Protestaktionen zeigte (ebd.). Die Opposition zeigte sich nämlich überaus besorgt über die russische Einmischung in die ukrainische Innenpolitik, infolge derer die Aushöhlung der ukrainischen Souveränität befürchtet wurde (ebd.).

(Yurchenko, 2017, S. 124). Als Direktor wurde ein Historiker mit sowjetischer Ausbildung eingesetzt, der zugleich Mitglied der *Kommunistischen Partei* war (ebd.). Das Thema OUN-UPA verschwand in dieser Zeit aus dem politischen Diskurs und wurde den nationalistischen Parteien wie *Swoboda* überlassen, deren exklusiver radikaler Nationalismus die *Partei der Regionen* als das geringere Übel darstehen ließ (ebd.).

Andere historische Ereignisse wurden ebenfalls umgedeutet. Im Mai 2010 wurde die Militärparade zum Sieg im Zweiten Weltkrieg das erste Mal mit der Beteiligung des russischen Militärs in Kyjiw durchgeführt (Yurchuk, 2017, S. 124). Ebenfalls feierte die sowjetische Bezeichnung als *der Große Vaterländische Krieg* ein Comeback (ebd.). Auch in Bezug auf die Erinnerung des *Holodomor* bezog Janukowytsch eine zur orangenen Regierung antagonistische Stellung. Im April 2010 warf ihm *Unsere Ukraine* Leugnung des *Holodomor* vor, dies infolge seiner Aussagen vor der *Parlamentarischen Versammlung des Europarates* (*Parliamentary Assembly of the Council of Europe* (PACE)), die Hungersnot sei kein Genozid gewesen (Bowring, 2014, S. 69). Zwar wurde den Opfern des *Holodomor* weiterhin auf staatlicher Ebene gedacht, jedoch eben die Klassifizierung als Genozid gemieden (Zhurzhenko, 2014, S. 256). Nach Janukowytsch war der *Holodomor* vielmehr eine gemeinsame Tragödie des sowjetischen Volkes, was auch im Kreml und von der ukrainischen radikalen Linken so gesehen wurde/wird. Aus der Resolution des PACE geht hervor, dass der *Holodomor* durch die grausamen und bewussten Handlungen und Politiken des Sowjetregimes verursacht wurde. Jedoch hält die Resolution in gleichem Zuge fest, dass das Sowjetregime für Millionen von Toten verantwortlich war, nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Belarus, Kasachstan, Moldau und Russland (PACE, 2010, zit. nach ebd.). Somit schien das Erbe Juschtschenkos Erinnerungspolitik endgültig verblasst zu sein.

Präsident Wiktor Janukowytschs Sprachpolitik

Hinsichtlich der Sprache musste Janukowytsch von seinem Wahlversprechen, Russisch zur zweiten Amtssprache zu erheben, absehen. Dafür wäre eine Verfassungsänderung notwendig gewesen, die wiederum mindestens 300 Stimmen im Parlament voraussetzte, auf die Janukowytsch keinesfalls zählen konnte (vgl. Savin und Stein, 2012). Jedoch konnte er den Status des Russischen über einen anderen Weg angehen und brachte sein Vorhaben innerhalb der Implementierung der *Europäischen Charta zum Schutz von regionalen und Minderheitensprachen* ein. In diesem Sinne initiierte die *Partei der Regionen* im Februar des Jahres 2012 das *Gesetz über die Grundsätze der staatlichen Sprachenpolitik* (N 5029-VI), welchem zufolge das Russische den Status einer „regionalen Sprache“ bekam. Dies war seit dem sowjetischen *Gesetz zur Sprache in der USSR* aus 1989 (siehe 3.1.) nicht nur

das erste verabschiedete Sprachgesetz, sondern löste die Gesetzgebung aus 1989 auf.⁵⁵ Während das Sprachgesetz aus 1989 zwar keine angemessenen Mechanismen zur Implementierung beinhaltete, aber zumindest formell auf die Ukrainisierung der Sprache zielte (siehe weiter oben), schlug das Sprachgesetz 2012 einen deutlichen Wechsel ein. Das neue Sprachgesetz (2012) ermöglichte die Verwendung des Russischen in Gerichten, Schulen und anderen Regierungsinstitutionen, wo nationale Minderheiten die zehn Prozent Marke überschritten (N 5029-VI, §1, Art. 7, Abs. 3). Dementsprechend wurde eine Sprache zur Regionalsprache, wenn mindestens 10 Prozent der Bevölkerung eines Gebiets sie als Muttersprache sprachen. Unter Rückgriff auf die *Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen* beinhaltete das Gesetz formell zahlreiche Minderheitensprachen: Russisch, Belarussisch, Bulgarisch, Armenisch, Gagausisch, Jiddisch, Krimtatarisch, Moldauisch, Deutsch, Neugriechisch, Polnisch, Romanes, Rumänisch, Slowakisch, Ungarisch, Rusynisch, Karaitisch, Krymtschak (N 5029-VI, §1, Art. 7, Abs. 2). So hätte das Krimtatarische auf der Krim oder das Ungarische in den Transkarpaten zu einer Regionalsprache avancieren können. Allerdings war von Beginn an klar, dass beispielsweise das Krimtatarische aufgrund „der wenig kompakten Siedlung der krimtatarischen Bevölkerung und wegen des politischen Widerstandes innerhalb der Autonomen Republik [Krim] nur wenig Chancen auf eine Aufwertung“ hätte (Savin und Stein, 2012). Es ließ sich von Beginn an erahnen, dass das Gesetz auf die Aufwertung des Russischen innerhalb der Ukraine zielte. Dies bestätigte sich infolge der Implementierung des Gesetzes und der Erhebung des Russischen zur Regionalsprache in 12 der 27 Verwaltungseinheiten der Ukraine (Savin und Stein, 2012).

Inwiefern das Russische einer Aufwertung bedurfte, war mit Blick auf den de-facto gesellschaftlichen Status und Gebrauch der Sprache fragwürdig. Zum einen war der Schutz von Minderheitenrechten, darunter auch die freie Entfaltung von Minderheitensprachen, Bestandteil der ukrainischen Verfassung seit 1996. Zudem genoss das Russische – anders als andere Minderheitensprachen – eine Priorisierung im öffentlichen Leben. So zeigt eine Untersuchung von *Texty.org.ua* und *Prostir Swobody* zum „Stand der ukrainischen Sprache 2011“, dass etwa 10 Prozent der Zeitschriften und 30 Prozent der Zeitungen auf Ukrainisch veröffentlicht wurden (Savin und Stein, 2012). Bei den herausgegebenen Büchern war die Rede von 56,3 Prozent auf Russisch, während der Verkauf ukrainischsprachiger Bücher nur 13 Prozent der statistisch notierten Verkäufe ausmachte (ebd.). Des Weiteren wurde die gesetzliche Vorgabe eines Ukrainisch-Anteils von 75 Prozent von den größeren Fernsehsendern missachtet, sodass nur 22,2 Prozent in Ukrainisch, dagegen ganze 46,8 Prozent in Russisch, und der Rest zweisprachig ausgestrahlt wurden (ebd.). Dass Russisch keiner Aufwertung infolge einer

⁵⁵ Das Sprachgesetz aus 1989 blieb bis 2012 in Kraft, während die Sprachenfrage bis 2012 über zusätzliche Gesetze, Erlasse des Präsidenten, Interpretationen des Verfassungsgerichts zu Themen wie Fernsehen und Radio, Printmedien, öffentlicher Dienst und Bildung adressiert wurde (Bilaniuk, 2022, S. 50).

Art Diskriminierung bedürfte, zeigte sich nicht nur an dieser ungestörten Präsenz, die weit über den alltäglichen Sprachgebrauch hinausging.

Janukowytsch und die *Partei der Regionen* nahmen sich der Sprachpolitik vor dem Hintergrund der im selben Jahr stattfinden Parlamentswahlen (2012) an und verfolgten damit bekannte Muster ukrainischer Wahlkämpfe, in denen identitätspolitische Fragen vor bevorstehenden Wahlen künstlich aufgeheizt werden. Janukowytsch, der seinen Wahlerfolg unter anderem der Rezession infolge der Finanzkrise zu verdanken hatte und sich als wirtschaftlicher Hoffnungsträger durchsetzen konnte (Bojcen, 2011), kam die Debatte um das Sprachgesetz sehr gelegen. Denn in seiner Regierungszeit hatte er keineswegs eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und der Lebensqualität herbeigeführt. Stattdessen hatte Janukowytsch die unpopulären und während des Wahlkampfs mehrfach kritisierten IWF-Kredite aufgenommen, sie sowohl Verschuldung als auch sinkende Lebensstandards infolge der Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen zur Folge hatten. Vor diesem Hintergrund konnte Janukowytsch das Sprachgesetz als Ventil nutzen, „um wenigstens einen Teil der Versprechungen aus dem Wahlprogramm der Präsidentschaftswahl 2010 umzusetzen“ (Savin und Stein, 2012).

Auch für das politische Lager *Tymoschenko Block* und *Unsere Ukraine* kam die identitätspolitische Debatte gelegen. So bot das Gesetz den Nationaldemokraten Anhaltspunkte, um der *Partei der Regionen* und anderen Parteien wie der *Kommunistischen Partei* oder SPU, anti-ukrainische Einstellungen und die Spaltung des Landes vorzuwerfen (Savin und Stein, 2012). In diesem Sinne beklagte die Opposition, dass das Gesetz die ohnehin heikle sprachliche Balance zugunsten des Russischen umkehrte und eine de-facto Diskriminierung der ukrainischsprachigen Minderheiten im Osten und Süden bedeutete (Zhurzhenko, 2014, S. 255). Während die Auseinandersetzung zwischen Abgeordneten der regierenden *Partei der Regionen* und der parlamentarischen Opposition sogar zur körperlichen Auseinandersetzung eskalierte, protestierten nur wenige Tausend Anhänger:innen beider Seiten für oder gegen das Gesetz (Savin und Stein, 2012). Im Falle der Unterstützer:innen der *Partei der Regionen* wurden Teile der Anhängerschaft für ihren Protest bezahlt (ebd.). Mit Blick auf die erfolgslose Mobilisierung durch beide politischen Lager schienen die „Kalkulationen beider Seiten“ auf eine Aktivierung ihrer Stammwähler:innenschaft kaum aufzugehen (ebd.). Stattdessen unterstrich die Auseinandersetzung wieder einmal, dass es sich um einen Konflikt zwischen den politischen Lagern handelte.

Abschließend soll noch festgehalten werden, dass das Gesetz, das nicht nur trotz der massiven Proteste der Opposition, sondern auch unter Missachtung der parlamentarischen Geschäftsordnung verabschiedet wurde (Kulyk & Nagel, 2014, S. 228).

4. Ukrainische Identitätsbildung 2013/14 bis 2022

4.1. *Maidan* (2013/14) – Momentum der überwundenen „Spaltung“?

Die Annäherung an die EU über die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und des Freihandelsabkommens zwischen der Ukraine und der EU, die für das Ende des Jahres 2013 angesetzt waren, schien den Westen der Ukraine und die Janukowytsch-Regierung temporär zu versöhnen (Zhurzhenko, 2014, S. 256). Die Stimmung hielt allerdings nicht lange an. Am 24. November verkündete die ukrainische Regierung, das Assoziierungsabkommen mit der *Europäischen Union* nicht zu unterzeichnen. Die Absage ließ eine Kehrtwende in Richtung regionaler Reintegration mit Russland vermuten.

Vor diesem Hintergrund entstand die Protestbewegung – *Euromaidan*, *Maidan* oder *Revolution der Würde*. Zunächst als Protest gegen die außenpolitische Entscheidung angelegt, wandelte sich dieser zu Anti-Regierungsprotesten. Diese erstreckten sich von dem Unabhängigkeitsplatz (im Ukrainischen „*Maidan*“) in Kyjiw in andere Städte. Die Hauptschauplätze des Protests waren die gleichen wie während der *Orangen Revolution*, darüber hinaus fanden auch im Osten und Süden kleinere *Maidans* statt (Onuch, 2014). Mit zunehmender Polizeigewalt und staatlichen Repressalien gegen die Protestierenden kehrte sich der Fokus des *Maidan* nach innen – auf das als korrupt und skrupellos erachtete Regime und die gefühlte Rechtlosigkeit im Land. Die Gewaltspirale erreichte ihren Hoch- und Wendepunkt am 18. Februar 2014 als die Regierung versuchte, den *Maidan* zu räumen. Trotz des verhandelten Waffenstillstands zwischen Regierung und Opposition kam es immer wieder zu Eskalationen der Gewalt, dem Einsatz von Schusswaffen durch die Polizei und immer mehr Verletzten und Toten auf beiden Seiten. Die Morde an Protestierenden am 18. Februar durch bis heute unbekannte Scharfschütz:innen bildete den Höhe- und Wendepunkt. Die Eskalation kumulierte in die Flucht Janukowytschs am 22. Februar 2014 und dem Sturm der Protestierenden auf den Regierungssitz. Damit endete der „blutige Winter“ (Yurchenko, 2018)⁵⁶ – vorerst.

Es folgte ein noch blutigerer Frühling. Die innenpolitische Krise wurde von Russland genutzt, um die Autonome Republik Krim, auf der mehrheitlich russischstämmige und -sprachige Bevölkerung lebt(e), im März 2014 zu annexieren und ein völkerrechtswidriges Referendum über deren Angleichung an Russland durchzuführen. Im April 2014 erklärten separatistische pro-russische Gruppierungen die Unabhängigkeit der sogenannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk. Daraus resultierte die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen ukrainischen Sicherheitskräften und pro-russischen Separatisten, die finanzielle und militärische Unterstützung aus Russland bekamen. Die Beteiligung russischer Truppen auf dem Donbas zwang Kyjiw dazu, die Situation eines „eingefrorenen

⁵⁶ Yurchenko (2018) kritisiert die romantisierende Wahrnehmung des *Maidan* und erkennt nichts Würdevolles (in Ablehnung des Begriffs der *Revolution der Würde*) an den Ereignissen des „blutigen Winters 2013/14“.

Konflikts“ zu akzeptieren, während die Risiken einer weiteren militärischen Eskalation mit Russland hoch blieben (Zhurzhenko, 2014, S. 260). Russlands militärischer Eingriff unter dem Deckmantel einer Rettungsaktion hatte nicht nur für die Ukraine desaströse Auswirkungen, sondern auch für den Kreml (Riabchuk, 2015, S. 148). Russland traf auf dem Donbas auf starken Widerstand von sowohl ukrainischen Truppen als auch von Freiwilligenbattalions, welche nicht nur aus ukrainischsprachigen Ukrainer:innen bestanden, sondern auch aus russischsprachigen Ukrainer:innen, Russ:innen. Armenier:innen, Juden:Jüdinnen und anderen Ethnien (Davidzon 2014; Sherr, 2014, zit. nach Riabchuk, 2015, S. 148).

Identitätspolitische Einordnung der *Maidan*-Proteste?

Über die Geschehnisse des *Maidan* bildeten sich zwei Haupterzählstränge heraus: Auf der einen Seite stand die Darstellung des *EuroMaidan* oder der *Revolution der Würde*, die als Ausdruck einer *civic* Bewegung für EU-Annäherung und demokratische Werte stand; auf der anderen Seite der *Maidan* als Schauplatz für rechtsradikale Gruppierungen und Neo-Nazis. Beide Erzählstränge sind für die Einordnung ihrer Implikationen für die nationale Identität relevant.

Die *Maidan*-Bewegung durchlief diverse zeitliche Phasen von Repressionen und Gewalt, in denen sich Akteurskonstellationen ebenso wie Protestformen und -forderungen veränderten (Onuch, 2015, S. 9). Die Protestteilnehmenden unterschieden sich hinsichtlich ihrer Werte, politischen Ansichten und ideologischen Präferenzen (Onuch und Sasse, 2016). Die Bewegung teilte sich nahezu organisch in verschiedene Zonen des Unabhängigkeitsplatzes auf, in denen Akteure mit unterschiedlichem Protest-Repertoire agierten (ebd.). Gruppen, die unterschiedliche Ansätze und Ziele verfolgten, konnten ihre Perspektiven auf den *Maidan* aufrechterhalten (Onuch, 2015, S. 9). So war beispielsweise das rechtsgelegene Gebiet des Unabhängigkeitsplatzes der radikalen Rechten vorbehalten (ebd.).⁵⁷ Während sich dort die meisten Auseinandersetzungen mit der Polizei abspielten, ging es auf anderen Teilen des Platzes ruhiger zu. So paradox es klingt, Rechte gaben den progressiven und liberalen Protestierenden Rückendeckung (ebd.). In diesem Sinne ermöglichte die Räumlichkeit die Gleichzeitigkeit von Gegensätzen auf dem *Maidan* die Koexistenz verschiedener Narrative und Auffassungen.

Das Nebeneinander der widersprüchlichsten Perspektiven wurde dadurch ermöglicht, dass der *Maidan* – anders als die *Orangene Revolution* – inmitten der Entfaltung sozialer Medien stattfand. Während die *Orangene Revolution* als (Fernseh-) Debatte zweier Seiten über Massenmedien abgehalten wurde, spielten virtuelle Netzwerke (*Facebook*, *VKontakte*, *Twitter* etc.) eine zentrale Rolle für die *Maidan* Bewegung (Yurchenko, 2018, S. 169). Dies ermöglichte eine Koordination der

⁵⁷ Die Partei „Rechter Sektor“, die später entstand, hatte in dieser räumlichen Aufteilung ihre Wurzeln.

Zivilgesellschaft „von unten“ (*bottom-up*) und verlieh dieser eine Stimme. Manche beklagten, dass Plattformen wie *Twitter* vor allem für progressive Kräfte als Sprachrohr dienten, und hierbei *Maidan*-kritische Stimmen, die mit den Entwicklungen unzufrieden waren, nicht gehört wurden (Siehe dafür Mejias und Vokuev, 2017). Allerdings wird in dieser Arbeit angenommen, dass soziale Medien verschiedenen Stimmen – *Maidan*-kritischen, aber auch pro-separatistischen – als Sprachrohr dienten. Dies vor allem vor dem Hintergrund russischen Einflusses auf den (virtuellen) Informationsraum, wo das Narrativ der „faschistischen Gefahr“ durch Bots und Trolls breitflächig gestreut wurde (Yurchenko, 2018, S. 169). *Eastern Slavic* Narrative wurden im digitalen Zeitalter nicht mehr bloß „von oben“ (*top-down*) durch politische und kulturelle Eliten verbreitet, sondern es waren oft die User:innen sozialer Netzwerk, die zur Verbreitung pro-russischer Einschätzungen beitrugen (Kulyk, 2016, S. 294).

Der Informationsraum war zwar anfällig für Desinformationen und Manipulation, aber viele verschiedene Stimmen konnten gehört werden. Die Stimmen der Zivilgesellschaft während des *Maidan* waren lauter, was den Boden für die Stärkung einer *civic* Identität der ukrainischen Nation vorbereitete (Zhurzhenko, 2014, S. 261). Die Spaltung der Opposition verhinderte eine Koordination zwischen Parteien, Politiker:innen, Aktivist:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, sodass der *Maidan* eine non-partisan Bewegung blieb (Onuch, 2015, S. 16). Während die *Orangene Revolution* eine Massenmobilisierung eines politischen Lagers gewesen war, kann der *Maidan* als Aufstand der Zivilgesellschaft betrachtet werden, den keines der politischen Lager vereinnahmen konnte.

Ebenso wie die politische Ausrichtung ließen sich auch ethno-linguistische Faktoren nicht eindeutig festmachen. Im Vergleich zur *Orangen Revolution* zeigte der *Maidan* ein diverseres Bild der Protestteilnehmenden und derjenigen, die das Geschehen unterstützten. Das Russische war deutlich präsent, während die ethnische ukrainische Identität in den Hintergrund rückte. Nach Onuch (2015) hatte die ethno-linguistische Identität einen größeren Einfluss auf die Ziele der Protestierenden in 2004 als 2013/14. Ferner zeigt der Vergleich von Protestplakaten von 2004 und 2013/14, dass im Zuge des *Maidan* weniger Referenzen zu Anliegen der Sprache und ethnischen Identität auftauchten (Onuch, 2015, S. 18). Das Narrativ „der entzweiten Ukraine“ und damit einhergehende Antagonismen zwischen Ost und West, der russischen und ukrainischen Sprache, pro-westlichen und pro-sowjetischen Identitäten, wurde dabei von den Protestierenden selbst als artifiziell bewertet (Zhuravlev und Ishchenko, 2020). Dies geschah Jahrzehntelangen Bemühungen politischer Eliten zum Trotz, der Gesellschaft eine Rhetorik ethnischer, linguistischer und regionaler Differenzen aufzuerlegen (ebd.). Im Februar 2014 fanden Massenproteste im überwiegend russischsprachigen Osten und Süden gegen die Janukowitsch-Regierung und gegen den pro-russischen Separatismus statt (Zhurzhenko, 2014, S. 262), was auch für die Unterstützung durch Teile der russischsprachigen Bevölkerung

spricht. Pro-ukrainische Mächte konnten sich in dieser Zeit im Osten und Süden der Ukraine konsolidieren:

A new alliance of local business, civil society and former counter-elites has emerged around the basic agenda of providing peace, stability and security, and this agenda has turned out to be de facto pro-Ukrainian. Especially telling is the case of Dnipropetrovsk, where the local oligarch Ihor Kolomoyskyi is using his financial and organizational resources not only to prevent an armed pro-Russian separatist coup according to the Donetsk and Luhansk scenario, but has also helped the active pro-Ukrainian minority to change the atmosphere in the city. (Zhurzhenko, 2014, S. 262)

Die radikale Rechte hatte Einfluss auf die ideologische Ausrichtung des *Maidan* (Ishchenko, 2014). Als die radikale Rechte können diverse Gruppierungen zusammengefasst werden: die Anhängerschaft der rechten Partei *Swoboda*, Gruppierungen wie die Banderisten, aber auch während des *Maidan* neu geformte Gruppen wie der *Rechte Sektor*. In den ersten Wochen der friedlichen Proteste dominierten EU- und Ukraine-Flaggen (Yurchuk, 2017, S. 125). Infolge der zunehmenden Gewalt an den friedlichen Demonstrierenden richteten sich die Proteste nicht nur zunehmend gegen die Regierung, es wurden auch mehr Referenzen zum ukrainischen Kosakentum sichtbar, das den nationalen Befreiungskampf symbolisierte (Jilge, 2014). Darüber hinaus tauchten nationalistische Symboliken der OUN/UPA auf, Bilder von Stepan Bandera und rot-schwarze Fahnen, die (für manche) den Befreiungskampf im 20. Jahrhundert symbolisierten (Jilge, 2014, S. 243).

Obwohl die Symboliken und damit verbundene historische Mythen der radikalen Rechten umstritten waren, konnten diese nicht von den progressiven Protestierenden kategorisch abgelehnt werden, weil dies die Bewegung geschwächt hätte (Yurchuk, 2017). Während manche Protestierende es verhinderten, dass beispielsweise ein Bandera Portrait auf der Bühne des Unabhängigkeitsplatzes in Kyjiw platziert wurde, verloren andere demokratiepolitisch problematische Symboliken ihre negative Bedeutung (Jilge, 2014, S. 243). So kamen die historischen Slogans „*Slava Ukrayini!* – „*Heroiam Slava!*“ (Ruhm der Ukraine! – Ruhm den Helden!) – ein Markenzeichen der Banderisten – im Mainstream an. Zhurzhenko (2014) schreibt, dass sich der Mainstream zunehmend symbolische Elemente des ukrainischen Nationalismus aneignete, diese Symbole aber mit neuen Bedeutungen versah. Jilge (2014) hält fest, dass von dem *Maidan* zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für Juden:Jüdinnen, Russ:innen oder Russischsprachige ausging (S. 241). Auch Lucan Way (2019), der die symbolpolitischen Entwicklungen in der Ukraine nach 2014 kritisch betrachtet, stimmt zu, dass rechts-nationale Symboliken kein Indikator der Ziele der Protestierenden war (S. 51). Die partielle Unterstützung für Symbole des rechten Milieus sollte nicht als Massenidentifikation mit der ideologischen

Ausrichtung des radikalen ukrainischen Nationalismus gesehen werden, sagt Andrij Portnov (2014, zit. nach Zhurzhenko 2014).⁵⁸ Portnov zufolge sollte diese als Ausdruck einer defensiven Identität gegenüber der aggressiven russischen Propaganda gesehen werden (ebd.).

Der Historiker Vasyl Rasevych (2014) schlussfolgert, dass mit dem Beginn des *Maidan* eine neue Geschichtsschreibung einer politischen Nation begann, die nicht mehr auf dem spaltenden Erbe an Erinnerungen, sondern auf der Erzählung von der ermächtigten Zivilgesellschaft aufbaute (S. 68). Ähnlich schreibt Bertelsen (2017), dass der *EuroMaidan* das politische Leben der Ukraine grundlegend umstrukturiert, das patriotische Gefühl gefördert und das *civic*-Bewusstsein gestärkt hatte. Shapovalova und Burlyuk (2018) betonen, dass der *EuroMaidan* die ukrainische Zivilgesellschaft revolutioniert hätte, während sowohl Patriotismus als auch Nationalismus sich im *civic*-Engagement und Aktivismus verankerten. Diese Arbeit hingegen nimmt eine vorsichtige Haltung gegenüber dem *Maidan*, genauer gesagt dessen Rolle für die ukrainische Zivilgesellschaft ein, und stimmt Zhuravlyev und Ishchenko (2020) darin zu, dass diese Narrative die sozialen Dynamiken nur teilweise wiedergeben. Außerdem wurden Effekte des *Maidan* 2013/14 auf die Herstellungsprozesse der nationalen Identität von dem Eintreten der externen Bedrohung durch Russland (seit Anfang 2014) überschattet.

Zusammenfassend: Die Proteste waren keine „faschistische Gefahr“, wie es russische Medien, Politiker:innen und deren Trolls und Bots im Internetraum propagierten, weil die Protestteilnehmenden sehr heterogen waren, ebenso wie ihre politischen Ansichten, Ziele und Mittel. Der *Maidan* war ethno-linguistisch heterogener als die *Orangene Revolution*; die Protestierenden lassen sich weder politisch noch in Bezug auf ihre Werte und ideologischen Präferenzen festlegen (Onuch und Sasse, 2016). Jedoch hatte die radikalen Rechte einen ideologischen Einfluss während der *Maidan* Proteste (Ishchenko, 2014). Dabei müssen ethnisch konnotierte, nationalistische Narrative und Symbole wie der *Slava Ukraini!* Gruß, die im Verlauf des *Maidan* Eingang in den Mainstream fanden, in Bezug auf ihr Erbe betrachtet werden (Zhuravlyev und Ishchenko, 2020, S. 234). Dies trifft insbesondere für den militärischen Konflikt mit Russland und der Identitätspolitik nach 2014 zu.

⁵⁸ Die Originalquelle (das Video „Ukrainiskij Spagat“ von Andrij Portnov) ist nicht mehr abrufbar bzw. auf der Webseite, auf der das Video veröffentlicht wurde, nicht mehr zu finden.

4.2. Wahl- und parteipolitische Situation nach dem *Maidan*

Bei den Wahlen 2014 spielten identitätspolitische Anliegen, wie „zwei offizielle Staatssprachen“, keine Rolle (Riabchuk, 2015, S. 140). Die Präsidentschaftswahlen im Mai des Jahres 2014 brachten mit Petro Poroschenko zum ersten Mal einen klaren Sieger aus dem pro-westlichen Lager hervor. Poroschenko gewann im ersten Wahldurchgang mit 54,7 Prozent der Stimmen (mit großem Abstand folgte die ebenfalls westlich orientierte Kandidatin Julija Tymoschenko).⁵⁹ Jedoch fand die Wahl aufgrund des militärischen Konflikts unter besonderen Bedingungen statt: auf der besetzten Krim fanden ebenso keine Wahlen statt, wie in den separatistischen, selbsternannten „Volksrepubliken“ Luhansk und Donezk. In den ukrainisch kontrollierten (westlichen) Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk fanden die Wahlen zwar statt, jedoch mit einer deutlich geringeren Wahlbeteiligung als im Westen der Ukraine.⁶⁰ Die klassisch pro-russisch wählenden Regionen waren also weniger als bei vorherigen Wahlen repräsentiert. Gleichzeitig verdankte Poroschenko seinen Wahlerfolg auch südlichen und östlichen Regionen wie Odesa, Cherson oder Poltawa, die ihre Stimmen in der Vergangenheit kaum Kandidaten mit einem pro-westlichen und ethnisch-kulturell ukrainischem Profil gaben (2014 erreichte Poroschenko zwischen 40 und 55 Prozent der Stimmen in diesen Gebieten).

Poroschenko löste per Dekret die *Werchowna Rada* auf und veranlasste zeitnahe Parlamentswahlen. Im Oktober 2014 bestätigte sich die regionenübergreifende Unterstützung für moderate pro-westliche Parteien. Jedoch war auch bei diesen Wahlen die Wahlbeteiligung bzw. Repräsentation pro-russisch wählender Regionen, des Südens und Ostens aus den oben genannten Gründen niedrig. Der Wahlkampf sich drehte um folgende Themen: Wiederherstellung des Friedens, Umsetzung von Reformen zur Verwirklichung der EU-Orientierung, Korruptionsbekämpfung und Bekämpfung der Wirtschaftskrise (Razumkov Centre, 2017a, S. 42). Die im Jahr 2014 gegründete Mitte-Rechts Partei *Volksfront*, nicht zu verwechseln mit der weiter oben erwähnten *Volksfront (Rukh)*, erreichte mit 22,1 Prozent die meisten Stimmen.⁶¹ Die Mitte-Rechts Partei Poroschenkos, *Europäische Solidarität*⁶², folgte mit 21,8 Prozent der Stimmen (hatte aber über die Wahlkreismandate letztendlich die

⁵⁹ Zu den offiziellen Wahlergebnissen 2014 siehe [Internetarchiv](#).

⁶⁰ Während die nationale Wahlbeteiligung bei 60 Prozent lag, gab es regionale Abweichungen. Im Westen der Ukraine (Lwiw, Ternopil, Iwano-Frankiwsk) gingen über 70 Prozent der Wahlberechtigten wählen. Im Osten und Süden war die Beteiligung deutlich geringer: in der Region Donezk waren es in etwa 15 Prozent, in Luhansk 38,94 Prozent und in der Region Odesa 46,01 Prozent.

⁶¹ Die *Volksfront* entstand als Splitterpartei von Tymoschenkos *Vaterlandspartei (Batkiwschtschyna)*.

⁶² Die *Europäische Solidarität* ging aus Poroschenkos 2001 gegründeter Partei *Solidarität (Solidarnist)* hervor. Bei den Wahlen 2002 und während der *Orangen Revolution* war *Solidarität* Teil des Wahlbündnisses *Unsere Ukraine*. Seitdem trat die Mitte-Rechts Partei des Oligarchen Poroschenko in den Hintergrund. Erst 2014 - nach der Wahl Poroschenkos zum

meisten Sitze in der *Werchowna Rada*).⁶³ Dagegen schafften es weder radikal linke (*Kommunistische Partei*) noch rechtsradikale (*Swoboda oder der Rechte Sektor*) Parteien die Wahlhürde. Die *Partei der Regionen*, nun in *Oppositionsblock* umbenannt, erreichte nur neun Prozent der Stimmen, was einen Rückgang um 30 Prozentpunkte im Vergleich zu den Wahlen 2012 bedeutete. Nach Janukowytschs Flucht und Russlands militärischer Invasion implodierte das pro-russische politische Lager (Kuzio, 2015, S. 164).

Nach der Parlamentswahl entstand also die pro-westliche Koalition *Europäische Ukraine* bestehend aus *Volksfront*, Petro Poroschenkos *Europäische Solidarität* (*Yevropeiska Solidarnist*), Julija Tymoschenkos *Vaterlandpartei* (*Batkivschtschyna*), *Selbsthilfe* (*Samopomitsch*) und die rechtspopulistische *Radikale Partei Olej Ljaschko* (*Razumkov Centre*, 2017a, S. 41). Durch den Misserfolg der umstrukturierten *Partei der Regionen* und das Ausscheiden der *Kommunistischen Partei* (die weniger als 4 Prozent der Stimmen erhielt) veränderte sich die politische Debatte um das ukrainische nationale Projekt. Es soll jedoch an dieser Stelle hervorgehoben werden, dass es dem Nationaldemokraten Petro Poroschenko erheblich zugutekam, dass die Parlamentswahlen vorverlegt wurden und unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen stattfanden. Die Kämpfe für die Ukrainisierung nach 2014 fanden also vor dem Hintergrund einer veränderten politischen Landschaft statt. Im Folgenden wird die Politik der Poroschenko-Regierung, ebenso wie zivilgesellschaftliche Initiativen zur Ukrainisierung erläutert.

4.3. Prozesse der Herstellung nach 2014

Da Moskau den „hybriden Krieg“ fortsetzte (*Razumkov Centre*, 2017b), also separatistische Kräfte unterstützte, Verschwörungstheorien und Fake News verbreitete und historische Narrative und Symbole für pro-russische Mobilisierung instrumentalisierte, wurde die Versichertheitlichung von historischen Erinnerungen, Kultur und Identität zum neuen Mainstream (Zhurzhenko, 2021, S. 1452). Durch die politischen und sozialen Transformationsprozesse wurde also „eine Neubewertung des kommunistischen Regimes in der Ukraine verstärkt Thema, für die politischen Eliten wie auch die Bevölkerung“ (Klymenko, 2019, S. 2). Die Ausgangslage für die Poroschenko-Regierung schien also vor einem Gelegenheitsfenster der Konsolidierung einer ukrainischen nationalen Identität zu stehen. Im Folgenden wird erörtert, welche Vorstellung der nationalen Identität die nationaldemokratische Regierung in Bereichen Erinnerung, Kultur und Sprache verfolgte.

Präsidenten - wurde die Partei als *Europäische Solidarität* wiederbelebt. Da sie über unzureichende Strukturen verfügte, verbündete sie sich mit der Mitte-Rechts-liberalen Partei *Udar!* für die Parlamentswahlen 2014.

⁶³ Zu den offiziellen Wahlergebnissen der Parlamentswahl 2014 ([Zentrale Wahlkommission](#))

Konstruktion des Ukrainischen nach 2014: Erinnerungspolitik

Bereits im November des Jahres 2014 stellte das Ministerkabinett per Verordnung den Sonderstatus des staatlichen *Ukrainischen Instituts für Nationale Erinnerung* (UINP) als zentrales Exekutivorgan wieder her (*Ministerkabinett der Ukraine*, 2014, N 684, Art. 1). Im Grunde knüpfte die neue Regierung an einer Erinnerungskultur an, die bereits Juschtschenkos Regierung einleitete. Aufgrund der neuen politischen Situation hatte die Poroschenko-Regierung jedoch die Möglichkeit, diese Erinnerungskultur systematisch zu verfolgen. Der neue Direktor des UINP wurde Wolodymyr Wjatrowytsch, der bereits zwischen 2005 und 2010 einer der Motoren von Juschtschenkos Erinnerungspolitik war (Yurchuk, 2017, S. 127). Nun gestaltete er die Erinnerungspolitik der Poroschenko-Regierung mit und war am Aufbau eines ihrer zentralen Eckpfeiler beteiligt – dem Gesetzespaket zur Entkommunisierung.

Die *Werchowna Rada* verabschiedete im April 2015 vier Gesetze zur Entkommunisierung:

- *Gesetz über den Rechtsstatus und die Erinnerung an die Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert* (N 314-VIII),
- *Gesetz über die Verewigung des Sieges über den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg von 1939–1945* (N 315-VIII),
- *Gesetz über den Zugang zu den Archiven der Repressionsorgane des kommunistischen totalitären Regimes von 1917-1991* (N 316-VIII),
- *Gesetz zur Verurteilung der kommunistischen und nationalsozialistischen (nazistischen) totalitären Regime in der Ukraine und zum Verbot der Propaganda ihrer Symboliken* (N 317-VIII).

Die Gesetze zur gleichzeitigen Verurteilung der Sowjet- und Naziregime verfolgen einen europäischen Ansatz, den auch östliche und mitteleuropäische EU-Staaten praktizieren. Denn die Erinnerung an den Nationalsozialismus wurde zur moralischen Messlatte für neue Mitgliedstaaten seit der EU-Osterweiterung 2005 (Assman, 2014, S. 552). Die von der Poroschenko-Regierung angestrebte Annäherung an die europäische Erinnerungstradition wird an der Zusammenführung der Betrachtung sowohl der nationalsozialistischen und kommunistischen Regimes deutlich (wie aus dem Gesetz 317-VIII hervorgeht). Wie aus dem Gesetz 315-VIII hervorgeht, wurde die Ukraine Opfer beider Regime, da auf ihrem Territorium sowohl von den Nationalsozialisten als auch von dem kommunistischen totalitären Regime Gräueltaten an der ukrainischen Nation (*ukrainskyj narod*) verübt wurden.

Das Gesetz ersetzt die sowjetische Formulierung *Großer Vaterländischer Krieg* durch *Sieg über den Nazismus* (Yurchuk, 2017, S. 127). Auch eine neue Symbolik verkörpert den Sieg: die rote

Mohnblume mit dem Slogan „1939 – 1945. Nie mehr“ statt dem sowjetischen Sankt-Georgs-Band, das mit dem imperialistischen Regime Russlands assoziiert wird (S. 128). Auch die Etablierung des 8. Mai als *Tag der Erinnerung und Versöhnung* entspricht europäischen Praktiken zur Feier der Kapitulation der Nazis (Shevel, 2016, S. 260).⁶⁴ Der 9. Mai wurde zwar beibehalten, jedoch umbenannt in *Feiertag des Sieges über die Nazis* (anstelle der Feier des *Großen Vaterländischen Krieges*) (Olszański, 2016). Somit scheint die Veränderung der Gedenkpraxis die Ukraine endgültig von der UdSSR, aber auch der fortwährenden *Eastern Slavic* Ideologie der radikalen Linken abzugrenzen.

Die Schlussbestimmungen zum Propagandaverbot nazistischer und kommunistischer Symbole beinhalteten Pläne zur Umbenennung von „Städten, Plätzen, Boulevards, Straßen, Gassen, Durchgängen, Alleen, Plätzen, Dämmen, Brücken“ vor (N 317-VIII, Art. 7). Ferner sieht das Gesetz die Demontage von Denkmälern kommunistischer Führungspersonen vor, die für politische Repressionen und/oder den *Holodomor* 1932/33 verantwortlich waren (Klymenko, 2019, S. 2). Wie vom UINP resümiert, wurden im Zuge der Umbenennungen bis 2016 bereits 51.493 Straßen und 987 Städte und Dörfer umbenannt, 1.320 „Lenins“ und weitere 1.069 totalitäre Idole demontiert (UINP-Webseite). Es wurden neue Namen gewählt, die an bekannte Persönlichkeiten der ukrainischen Diaspora, religiöse orthodoxe Namen und Figuren der jahrhundertlangen Befreiungskämpfe der Ukraine angelehnt waren. So wurden Straßen nicht nur nach Persönlichkeiten aus bspw. dem Kosakentum, sondern auch Namen umstrittener Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts gewählt. Einige kleine, außerhalb des Zentrums gelegene Straßen wurden sogar nach OUN und UPA Mitgliedern benannt, ungetacht deren ambivalenter Geschichte, die nicht nur durch den Kampf gegen die Sowjets, sondern auch durch Gräueltaten gekennzeichnet war (Klymenko, 2019).

Der Umgang mit den problematischen Aspekten der ukrainischen Geschichte (Aufarbeitung der Kollaboration mancher Organisationen, etc.) demonstriert Tendenzen eines ethnisch nationalistischen Geschichtsverständnisses. Die Gesetze verurteilen zwar beide totalitäre Regime, jedoch thematisierten sie nicht problematische Aspekte ukrainischer Geschichte. So adressiert das das *Gesetz über den Zugang zu den Archiven der Repressionsorgane des kommunistischen totalitären Regimes von 1917-1991* (316-VII)) die Aufarbeitung der sowjetischen Periode, während es kein Gesetz gibt, um die Kollaboration ukrainischer Organisationen (bzw. der radikalen Flügel) mit den Nazis aufzuarbeiten, oder deren Beteiligung an Gräueltaten gegen die Juden:Jüdinnen, andere Minderheiten und die polnische Bevölkerung zu untersuchen. Im Gegenteil: die Rolle von verbrecherischen Organisationen wie der UPA und OUN und Figuren wie Stepan Bandera wurde weiter glorifiziert.

⁶⁴ Was in Westeuropa als Tag der Befreiung gefeiert wird, kann in Ost- und Mitteleuropa vor dem Hintergrund der eintretenden Sowjetherrschaft keineswegs als Befreiung erinnert werden.

Aus einem der Gesetze (315-VIII) geht hervor, dass es die Pflicht des ukrainischen Staates und dessen Bürger:innen sei, die Erinnerung an den Sieg, die Kriegsveteranen und die Opfer – aber auch an Teilnehmende der ukrainischen Befreiungsbewegung – zu wahren (Artikel 1). Dabei ist die sogenannte ukrainische Befreiungsbewegung nicht weiter spezifiziert, sodass ihre heterogenen Akteur:innen nicht differenziert behandelt werden. Entsprechend wurden auch im *Gesetz über den Rechtsstatus und die Erinnerung an die Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert* (N 314-VIII) keine Differenzierungen der Partisanenbewegungen und aufständischen Organisationen vorgenommen. Auch die OUN und UPA wurden offiziell zu Befreiungsbewegungen erkoren (N 314-VIII, Art. 1, Abs. 1), während deren Geschichte, durchzogen von Rivalitäten, radikalen Splittergruppen, Kollaboration mit den Nazis und Gräueltaten, unerwähnt blieb. Trotz all der problematischen Aspekte verbot das Gesetz, öffentlich eine „respektlose Haltung“ gegenüber sogenannten anerkannten Unabhängigkeitskämpfer:innen einzunehmen (vgl. Shevel, 2016, S. 261). Ferner wurde die öffentliche Leugnung der Legitimität des Unabhängigkeitskampfes der Ukraine im zwanzigsten Jahrhundert kriminalisiert (ebd.).

Die Anerkennung dieser Gruppierungen wurde bereits von der Juschtschenko-Regierung mit mehreren Gesetzentwürfen angegangen, die damals allerdings im Parlament keine Mehrheit fanden. Vor dem Hintergrund der hybriden Bedrohung durch Russland konnten die Poroschenko-Regierung und das UNIP die Erinnerungspolitik als Frage der nationalen Sicherheit positionieren (Yurchuk, 2017, S. 126). Zugleich zeichneten sich noch vor den beiden Wahlen 2014 *bottom-up* Prozesse in der Zivilgesellschaft ab, von denen die Poroschenko-Regierung hätte annehmen können, dass sie eine (zumindest partielle) Unterstützung für die beschriebenen Erinnerungspolitiken bieten. Das UINP hält fest, dass „die Verabschiedung der ‚Entkommunisierungsgesetze‘ im 25. Jahr der Unabhängigkeit durch eine Reihe dramatischer Ereignisse in den Jahren 2013-2014 ermöglicht wurde, die das Überdenken des totalitären kommunistischen Erbes durch einen großen Teil der ukrainischen Bürger beschleunigten“ (UINP Webseite). In der Tat folgten unmittelbar auf die *Maidan* Proteste zivilgesellschaftlich organisierte Demontagen von Lenin-Statuen, die zunehmend mit Janukowytchs Regime, aber auch russlandorientierter Identitätspolitik assoziiert wurden (Yurchuk, 2017). Yurchuk (2017) ist der Ansicht, dass diese *bottom-up* Bewegung zur Entfernung sowjetischer Symboliken nicht nur unter (radikalen) Nationalist:innen, sondern auch unter Liberalen Sympathien fanden. Abgesehen von den Demontagen durch die Zivilbevölkerung, normalisierten sich – wie bereits während des *Maidan* – Symboliken wie der *Slava Ukraini!* Gruß der Banderisten im Mainstream immer weiter. So argumentiert Yurchuk (2017), dass die Bedeutung des Grusses sich insbesondere seit dem Eintreten des Krieges 2014 veränderte (S. 125). Der *Slava Ukraini!* Gruß wäre nun „a symbol of courage, devotion to Ukraine and willingness to fight, now came to stand for grief, self-sacrifice, and gratitude of

the living to the dead" (ebd.).⁶⁵ Nationalistische Grüße bzw. Parolen wurden zunehmend mit der Erinnerung an gefallene ukrainische Soldaten verbunden, schlussfolgert Yurchuk (2017, S. 126).

So zeigten sich Tendenzen eines Konstruktionsprozesses der ukrainischen nationalen Identität „von unten“, die nicht nur Russland und die damit assoziierte *Eastern Slavic* Identität ablehnten, sondern sich Elementen zuwandten, die aus dem ethnisch nationalen bzw. rechten Spektrum stammten. Die Vorgaben zur Entkommunisierung, die Demontage von Denkmälern und die Umbenennung von Straßen, erhielten nur bedingten Zuspruch. Nicht alle Stadtverwaltungen waren gewillt diese Prozesse zu implementieren und argumentierten mit Kosten und/oder lehnten die ideologischen Überlegungen hinter dem Vorhaben ab (so stellte sich bspw. der Bürgermeister des ostukrainischen Poltawa quer) (Klymenko, 2019). Hale und Kulyk (2021) nach zeigten in einer repräsentativen Umfrage des Frühjahrs 2017 44 Prozent der Befragten Ablehnung gegenüber der Entkommunisierung des öffentlichen Raums (während nur 42 Prozent dafür waren) (S. 719). Umfragen des *Instituts Rating Group Ukraine* (2016) zeigten, dass mit 57 Prozent ein überwiegender Anteil beispielsweise die Umbenennungen nicht guthieß, die in dem Paket zur Entkommunisierung enthalten waren (während nur 35 Prozent sich aktiv dafür aussprachen) (Klymenko, 2019).

Betrachtet man die Einstellungen zu den sogenannten Freiheitskämpfern ergibt sich ein Bild mit großen regionalen Unterschieden. Eine Umfrage des KIIS aus dem Jahr 2017 zeigt, dass im Osten und Süden der Umgang mit der OUN/UPA Vergangenheit problematisch betrachtet wurde. Während landesweit 41 Prozent der Befragten die Anerkennung der OUN/UPA als Freiheitskämpfende befürworteten und 27 Prozent dagegen/eher dagegen waren, offenbarte die regionale Aufteilung ein altes Schema (KIIS, 2017): So ergab sich die höchste Unterstützung für die Anerkennung der OUN/UPA als Freiheitskämpfer mit 66 Prozent im Westen der Ukraine, gefolgt vom Zentrum mit 39 Prozent. Dagegen erhielt das Gesetz im Süden mit 29 Prozent und Osten (in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten) mit 13 Prozent die niedrigste Unterstützung. So erscheint die Kritik nicht ungerechtfertigt, dass die Glorifizierung der umstrittenen OUN/UPA das Potential berge, existente politische Spaltungslinien verschärfen zu können und den Osten und Süden des Landes zu entfremden (Umland, 2016). Die Kritik kam nicht nur von den Russischsprechenden im Osten und Süden. Den Symbolen des radikalen Nationalismus, mit denen die Poroschenko-Regierung sympathisierte, standen auch Minderheiten wie Juden:Jüdinnen, internationale Partner der Ukraine, aber auch ukrainische liberale Intellektuelle kritisch gegenüber (Umland, 2016). Shevel (2016) bringt die Kritik, welche nun nicht mehr aus der *Eastern Slavic*, sondern aus der liberalen Ecke kam (bestehend aus intellektuellen

⁶⁵ Auch wenn es keine Studien zu explizit diesem Phänomen gibt, nimmt auch diese Arbeit an, dass die Verbreitung des *Slava Ukraini!* Grußes kein Indiz für einen Rechtsruck der ukrainischen Mehrheitsgesellschaft steht. Viele Menschen der Mehrheitsgesellschaft sind nicht mit den Hintergründen des Grußes vertraut. In progressiven, linken Kreisen wird der Gruß jedoch gemieden. Für all das gibt es keine Belege, es handelt sich um eine Beobachtung.

Kreisen der Ukraine und des Westens), auf den Punkt: "critics have noted that the laws have the potential to stifle open debate over history by introducing legal punishment for publicly expressing 'wrong' opinions about the communist period or about fighters for Ukraine's independence" (2016, S. 261). Mit den Gesetzen der *Werchowna Rada* stand auch das UINP unter Kritik. So schreibt Umland (2016), dass infolge dieser Erinnerungspolitik und irreführenden Publikationen und Erklärungen des UINP viele Ukrainer:innen nicht darüber informiert sind, dass einige die OUN-B (Bandera-Fraktion) an antijüdischen Pogromen beteiligt waren, obwohl dies inzwischen sowohl von westlichen als auch von ukrainischen Historikern ausführlich dokumentiert ist (Umland, 2016).

Zusammenfassend: Die Gesetze enthielten eine Reihe von Bestimmungen, die das ukrainische Gedächtnis von *Eastern Slavic* Narrativen über den Zweiten Weltkrieg und die Sowjetperiode weglassen sollten. Damit sollte einerseits eine Grenze zur radikalen Linken und zu Russland gezogen werden und andererseits die Annäherung an den europäischen Erinnerungsrahmen geschehen. Jedoch erfolgte die Auseinandersetzung mit der ukrainischen Vergangenheit – ähnlich wie zwischen 2005 und 2010 – auf eine selektive Art und Weise, die eher in einer ethnisch nationalistischen Auffassung des Ukrainischseins mündete (siehe 3.2.). Es erscheint fragwürdig, inwiefern die Entkommunisierung des nationalen Gedächtnisses die gewünschte Wirkung auf die nationale ukrainische Identität erzeugte (Shevel, 2016).

Konstruktion des Ukrainischen nach 2014: Kultur

Nach 2014 wurde neben der Geschichte auch Kultur zu einem der zentralen Schauplätze für politisches Handeln und zunehmend versichertheitlicht (Zhurzhenko, 2021). Nach Zhurzhenko (2021) ging es bei diesem „Kulturkampf“ um die Definition der Ukraine (S. 1441). In diesem Sinne hatten die Geschehnisse 2013/14 dazu geführt, dass die in der Kultursphäre vorhandene traditionelle Hierarchie bzw. der Hegemonialstatus der russischen Kultur hinterfragt wurden. Wie im Kontext der Erinnerungspolitik, knüpfte die Poroschenko-Regierung auch hier an Ideen an wie es die Juschtschenko-Regierung (2005-2010) tat. Die Juschtschenko-Regierung hatte erkannt, dass die Kultur einer affirmativen Politik bedurfte, um den Hegemonialstatus des Russischen anzufechten (Zhurzhenko, 2021, S. 1450). Die Kulturpolitik der Poroschenko-Regierung verfolgte eine Reihe an Maßnahmen.

Im Jahr 2015 blockierte die Regierung 14 staatliche Fernsehsender, über die der Kreml anti-ukrainische Propaganda verbreitete (Way, 2019, S. 53). Die Quote für ukrainische und ukrainisch-sprachige Inhalte im Rundfunk und Fernsehen wurde angehoben (Zhurzhenko, 2021, S. 1441). Das 2015 verabschiedete Gesetz *Zum Schutz des Informations-, Fernseh- und Radioraums der Ukraine* sollte das Land vor "allen Formen der Propaganda des eindringenden Staates" schützen (Way, 2019, S. 53). Das Gesetz verbot zahlreiche russische Bücher, Filme und Fernsehsendungen mit russisch

nationalistischen Nachrichten (ebd.). Darüber hinaus erfolgte auch eine massive Eindämmung der digitalen russischen Welt. Im Jahr 2017 wurden russische (und in der Ukraine populäre) Plattformen und soziale Medien wie *Vkontakte* und *Odnoklassniki* verboten, ebenso wie die Suchmaschine *Yandex* (S. 54). Der unabhängige und vermeintlich Putin-kritische Sender *Dozhd* wurde ebenfalls verboten, nachdem dieser eine Karte zeigte, auf der die Krim als Teil russischen Territoriums markiert war (ebd.). Ferner erfolgte eine Einschränkung von Tourneen russischer Schauspieler:innen, die Einfuhr russischer Bücher oder die Ausstrahlung russischer Filme und Musik (Zhurzhenko, 2021, S. 1441).

Die seit dem Jahr 2015 getroffenen Maßnahmen zielten auf das Eindämmen des russischen Einflusses ab und hatten jedoch zugleich autoritären Charakter. Während die Poroschenko-Regierung die Maßnahmen vor dem Hintergrund des Krieges als Sicherheitsfrage positionierte, lagen manchen Maßnahmen Verletzungen der Meinungs- und Redefreiheit zugrunde. Way (2019) nach wäre es beispielsweise legitim, das russische Staatsfernsehen zu verbieten, das die ukrainische territoriale Integrität in Frage stellt (S. 53). Jedoch seien Verbote (infolge des Gesetzes *Zum Schutz des Informations-, Fernseh- und Radioraums der Ukraine*) vieler russischer kultureller Produkte, Institutionen und Künstler:innen gegen Russland als Ganzes gerichtet (S. 54). Dabei wurden sogar Werke verboten, die weder eine sichtbare Relevanz für den Konflikt hätten noch als kommunistisch angesehen werden können (Dronova, zit. nach Way, 2019, S. 54). Es fand eine Verbannung der Produkte von Künstler:innen statt, die sich zu einer pro-russischen Haltung bekannten, weshalb Way (2019) kritisiert, dass transparente Beurteilungskriterien fehlten.

In Bezug auf die Zivilgesellschaft argumentiert Zhurzhenko (2021), dass diese Politiken zwar vor dem Hintergrund der kulturellen und informationellen Sicherheit stattfanden, sich jedoch hielten, weil sie mit der Zivilgesellschaft resonierten (S. 1453). Das impliziere eine aktive Rolle von Künstler:innen, Kulturschaffenden und Aktivist:innen bei Reformen, sowie die Neubewertung der ukrainischen Kultur als Instrument für Soft Power (Zhurzhenko, 2021, S. 1442). Way (2019) hingegen spricht von einer gewissen Akzeptanz für die Politiken durch manche Teile der Bevölkerung, sieht diese jedoch als Akzeptanz für Zensur. Way (2019) verweist auf *bottom-up* Initiativen wie die Webseite *Myrotvorets*, welche die persönlichen Daten von Journalist:innen veröffentlichten, die eine Akkreditierung in der Donbas-Region hatten (S. 55). Ob die Akkreditierung, welche die Journalist:innen (eigenen Angaben zufolge) für die Berichterstattung benötigen, Grund für Schikane war, lässt sich an dieser Stelle hinterfragen. Way (2019) erkennt auch Polarisierung unter Intellektuellen als eine Entwicklung nach 2013/14. Dabei verweist er auf einen offenen Brief an den Philosophen und Historiker Mykhailo Minakow, der für seine Kritik an der Poroschenko-Regierung (sie sei korrupt und nationalistisch) mit

einem pro-russischen Separatistenführer verglichen wurde (S. 55). Way (2019) sieht all diese Entwicklungen innerhalb und außerhalb der Regierung kritisch und erklärt die eingeschränkte Redefreiheit als Konsequenz von Kriegen (S. 51).

Der von der Poroschenko-Regierung verfolgte Ansatz in Kulturfragen ähnelt dem Ansatz, der in der Erinnerungspolitik verfolgt wurde, sodass fraglich ist, ob und inwiefern die restriktive Kulturpolitik zur Herstellung einer nationalen Identität im *civic* Sinne beitragen konnte.

Konstruktion des Ukrainischen nach 2014: Sprachpolitik

Auch Veränderungen in der Sprachpolitik folgten einer ähnlichen Dynamik wie Geschichte und Kultur. Während das *Gesetz über die Grundsätze der staatlichen Sprachenpolitik* (N 5029-VI) aus 2012 vorerst in Kraft blieb, dämmte die Poroschenko-Regierung dessen Wirkung über separate Gesetze ein. Die bereits skizzierten Verbote russischer Medien, Fernsehsender etc. erhöhten die Quoten ukrainischer Medien (Simon, 2017). Ferner sieht die 2017 verabschiedete Regulierung elektronischer Massenmedien vor, dass diese 75 Prozent der Zeit in ukrainischer Sprache senden, während die regionalen Radio- und Fernsehstationen über eine Quotenregelung zu 50 Prozent Sendezeit in Ukrainisch verpflichtet sind (ebd.). Ebenfalls im Jahr 2017 verabschiedete die *Werchowna Rada* das Gesetz *Über die Bildung* (N 4145-VIII), welches die intensivierte Förderung des Ukrainisch-Unterrichts an Minderheitenschulen (Schulen, an denen in Minderheitensprachen unterrichtet wird) vorsieht (Artikel 7). Minderheiten und indigene Völker dürfen demnach in kommunalen Bildungseinrichtungen in ihren eigenen Sprachen neben dem Ukrainischen als Staatssprache unterrichten (Art. 7, Abs. 2). Das Gesetz bekennt sich auch zur staatlichen Förderung der internationalen Kommunikationssprachen, insbesondere von Englisch, in Bildungseinrichtungen (Art. 7, Abs. 3). So dürfen Bildungseinrichtungen neben der Staatssprache auch in Englisch oder einer der Amtssprachen der *Europäischen Union* unterrichten (Art. 7, Abs. 4).

Im Jahr 2018 wurde die umstrittene Sprachregulierung des Jahres 2012 vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben und im Jahr 2019 verabschiedete die *Werchowna Rada* das Gesetz *Zur Gewährleistung des Funktionierens der ukrainischen Sprache als Staatssprache* (2019, N 2704-VIII). Das neue Sprachgesetz erkennt die ukrainische Sprache als die einzige staatliche (offizielle) Sprach der Ukraine an (Artikel 1). Dabei wird der „staatliche Status der ukrainischen Sprache“ nicht nur als „ein integraler Bestandteil der Verfassungsordnung der Ukraine als Einheitsstaat“ festgehalten. Die ukrainische Sprache, wird, wie die bereits diskutierten Aspekte Geschichte und Kultur, als ein Thema nationaler Sicherheit positioniert. So hält das Gesetz fest, dass die ukrainische Sprache „die Sprache der interethnischen Kommunikation“, den Schutz ukrainischer Bürger:innen unabhängig der

ethnischen Herkunft garantiert und einen „Faktor der Einheit und der nationalen Sicherheit der Ukraine“ konstituiert (Art. 1, Abs. 8). Bilaniuk (2021) interpretiert dies als Ablehnung der aus der Sowjetperiode stammenden vorherrschenden Idee, Russisch sei die Sprache interethnischer Kommunikation, während andere Sprachen sich auf ihre Nationalitäten bzw. ethnische Gruppen begrenzen (S. 66). Diese Formulierung, so Bilaniuk (2021), wurde die *civic*-Funktion des Ukrainischen betonen, welche alle Bürger:innen ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft einen könne (ebd.).

Das Russische wurde in dem Gesetz nicht ausdrücklich benannt, EU-Sprachen und Englisch dagegen schon (Bilaniuk, 2021, S. 60), Russisch ist somit implizit eine der "Sprachen nationaler Minderheiten", die bspw. das Recht haben, in der Vorschul- und Grundschulbildung neben Ukrainisch auch in ihrer eigenen Sprache unterrichtet zu werden (Artikel 21). Dagegen wird das Krimtatarische als Sprache im Gesetz explizit anerkannt: es wird acht Mal auf das Krimtatarische verwiesen, auch wird es im Kontext der indigenen Sprachen spezifisch hervorgehoben (S. 70).

Das Gesetz hat praktische Konsequenzen: Ukrainisch als Staatssprache ist verpflichtendes Kommunikationsmittel des öffentlichen Lebens, dies nicht nur in staatlichen Behörden und lokalen Selbstverwaltungsorganen (§1, Art. 1; § 1, Art. 7). Besonders relevant für die praktische Umsetzung ist die Bestimmung, dass das Ukrainische im Bereich der Verbraucherdienstleistungen zu verwenden sei (§ 5, Art. 30). Mittels der Regulierung werden Beschäftigte im Dienstleistungsbereich dazu verpflichtet, Kund:innen auf Ukrainisch zu adressieren (Auf Wunsch der Kund:innen darf jedoch in einer anderen Sprache gewechselt werden).

Das Sprachgesetz von 2019 enthält Maßnahmen zur Förderung der ukrainischen Sprache, eingebettet in ein System von Kontrollmechanismen, einschließlich der Ernennung eines Beauftragten bzw. „Kommissars“, der Beschwerden von Bürger:innen entgegennimmt (siehe §13, Art. 55). Weitere Unterstützungsmaßnahmen beinhalteten kostenlose Ukrainischkurse für Bürger:innen (§ 2, Art.3, Abs. 3).

Infolge der militärischen Aggression Russlands zeigen sich auch in der Sprache *bottom-up* Bewegungen für die Ukrainisierung, die auch dem Sprachgesetz 2019 vorausgingen. Einige Umfragen legen nahe, dass für viele ukrainisch- aber auch russischsprachige Ukrainer:innen das Russische zunehmend zur „Sprache des Besetzers“ (*mowa okkupanta*) bzw. zur „Sprache des Aggressors“ (*mowa agresora*) wurde (Kulyk, 2016 und 2019, basierend auf Umfragen des KIIS). Es zeichnete sich eine Entwicklung ab, nach der (manche) Russischsprechende sich bereit zeigten, ins Ukrainische zu wechseln, bzw. das Ukrainische zumindest teilweise zu erlernen und zu verwenden. Teile der Zivilgesellschaft sahen das Russische als das signifikante „Andere“ und als unvereinbar mit dem Ukrainischsein. Andere sahen das Russische als die Sprache der Verteidigung, weil Russischsprechende

(Ukrainer:innen, Russ:innen aber auch Juden:Jüdinnen und andere Ethnien) im Osten der Ukraine gegen Russland kämpften und für die Ukraine starben (Kuzio, 2015, S. 164).

Onuch und Hale (2023) halten nach einer Auswertung verschiedener Meinungsumfragen fest, dass das Sprachgesetz 2019 auf mehr gesellschaftliche Akzeptanz stieß als Maßnahmen in den Bereichen der Kultur und Geschichte (S. 130). Nach Umfrageergebnisse scheinen russischsprachige Ukrainer:innen die Ukrainisierung zu befürworten und zwar eher über die staatliche Förderung des Ukrainischen in verschiedenen Sphären und weniger durch einen radikalen Wechsel ihrer eigenen Sprachpraxis (Kulyk, 2018, S. 78).

Abschließend lässt sich festhalten: Das Gesetz garantierte die Verwendung des Ukrainischen im öffentlichen Leben und im Dienstleistungssektor und könnte damit auf der einen Seite als „Motor nationaler Identität und gesellschaftlicher Integration“ gesehen werden (Kostiučenko, 2021). Gleichzeitig handele es sich um eine restriktive Maßnahme, welche neue Identitätsfragen für die Bevölkerung aufwarf (ebd.). Die Adressierung von EU-Sprachen legt die angestrebte europäische Ausrichtung nahe. Dennoch leistet das Gesetz tendenziell keinen *civic*-, sondern eher einen *ethnic*-Ansatz in Bezug auf Sprache. Die hierbei verfolgte Konstruktion des Ukrainischseins entspricht den Kriterien der ideologischen ethnisch ukrainischen nationalistischen Ausrichtung, welche mit dem ukrainischen Territorium verwurzelte Menschen (ethnische Ukrainer:innen oder Krimtatar:innen) priorisiert. Die Priorisierung des Krimtatarischen gegenüber den Sprachen anderer Minderheiten im Sprachgesetz 2019 basiert auf dieser Begründung der historischen Verwurzelung mit der Ukraine. Insbesondere die Nicht-Benennung des Russischen im Gesetz impliziert die Exklusion der zweitgrößten linguistischen Gruppe des Landes. Die Poroschenko-Regierung verfolgte über Sprache, Kultur und Erinnerung die politische Distanzierung vom Erbe der UdSSR und dem gegenwärtigen, Krieg führenden Russland. Viele der Maßnahmen hatten einen *ethnic*-Charakter und eine exklusive Wirkung.

4.4. Präsident Wolodymyr Selenskyj und die *imagined* ukrainische nationale Identität

Bereits kurz vor den Präsidentschaftswahlen 2019 versuchte Poroschenko die anti-russische Sache zum Hauptthema zu machen (Onuch und Hale, 2023, S. 134). Seine Kampagne unter dem Slogan „Armee, Sprache, Glaube“ (*armiya, mova, vira*) stellte Anliegen mit einem eher kulturellen und weitgehend symbolischen Kern in den Vordergrund (S. 170). Im Wahlprogramm versprach Poroschenko die Politik „der Unterstützung der ukrainischen Sprache als einzige StaatsSprache“ fortzusetzen und diese Unterstützung auf kulturelle Projekte „Kino, Musik, Bücher und andere Bereiche“ auszuweiten (Poroschenko, 2019). Seine Reden enthielten vermehrt eine „wir gegen sie“ Rhetorik und stellten Begriffe wie „Russischer Aggressor“ in den Vordergrund (Siehe Kryvenko, 2021, zit. Onuch und Hale,

2023, S. 134). Die meisten anderen Kandidat:innen sahen von ambitionierten Sprachpolitiken ab (Masenko, 2019).

Die Unterstützung der Wähler:innen, die konservative und nationalistische Ansichten zu identitätspolitischen Themen hatten bzw. Poroschenkos Bemühungen der letzten Jahre guthießen, war begrenzt. Der politische Newcomer Wolodymyr Selenskyj erreichte fast 74 Prozent der Stimmen in der ersten Wahlrunde und vermachte Wähler:innen im Zentrum, Süden, Osten und überwiegend auch im Westen für sich zu gewinnen (mit der Ausnahme Lwiws). Die stärkste Unterstützung fand Selenskyj im Südosten der Ukraine mit über 80 Prozent der Stimmen. Im Vergleich zur Wahl 2014 stieg die Wahlbeteiligung im Südosten um 10 Prozent (Way, 2019). Die Präsidentschaftswahl 2019 zeigte, dass Poroschenkos Akzent auf identitätspolitische Fragen nicht mit den Wünschen der Bürger:innen übereinstimmte (ebd.). Viele Wähler:innen waren enttäuscht von Poroschenkos Amtszeit und insbesondere Wähler:innen im Südosten des Landes unterstützten nicht die sie exkludierende Identitätspolitik (Way, 2019). Auch bei den Parlamentswahlen desselben Jahres schnitt der *Petro Poroschenko Block* mit nur 8,1 Prozent der Stimmen schlecht ab. Die zahlreichen rechtsradikalen Parteien konnten die 5 Prozent Hürde nicht passieren. Dagegen konnte die neu gegründete Partei Wolodymyr Selenskyjs, *Sluha Narodu*, die absolute Mehrheit in der *Werchowna Rada* erringen.

Der Erfolg des russischsprachigen politischen Neulings Selenskyjs und seiner Partei *Sluha Narodu* lässt sich durch diverse Faktoren erklären. Die Identitätspolitik spielte eine wichtige Rolle. So verhinderte das Wahlprogramm, die Sprachenfrage bzw. ihre „Lösung“ zu akzentuieren (Selenskyj, 2019). Die Hauptthemen waren neben der Konfliktlösung mit Russland und die Annäherung an die EU und NATO⁶⁶, die Korruptionsbekämpfung, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Aufschwung. In seinen Ansprachen adressierte der eigentlich russischsprachige Selenskyj die Wähler:innen abwechselnd auf Russisch und Ukrainisch. Zum Sprachgesetz der Poroschenko-Regierung äußerte sich Selenskyj eher kritisch und erklärte, dass das Land Gesetze bräuchte, welche die Gesellschaft konsolidieren, statt sie zu spalten:

Russische Aggression, langsame wirtschaftliche Entwicklung, Massenauswanderung von Ukrainern ins Ausland, Korruption – das sind Probleme, die jeden von uns und die Gesellschaft als Ganzes betreffen. Deshalb müssen wir solche Gesetze und Entscheidungen initiieren und verabschieden, die die Gesellschaft festigen und nicht umgekehrt. (Selenskyj, 2019)

⁶⁶ Alle Kandidat:innen (einschließlich Poroschenko) akzentuierten die Beendigung des Konfliktes in der Donbas-Region und die Rückgewinnung der besetzten Gebiete, wenn auch die Ansätze zur Erreichung dieser Ziele unterschiedlich waren sowie die Annäherung an die EU/NATO.

Da das Sprachgesetz im Jahr 2019 unter der neuen Präsidentschaft in Kraft treten sollte, stellte sich auch für Selenskyj die Frage, wie mit dieser Sprachreform umzugehen sei. Dazu äußerte Selenskyj, dass Ukrainisch die Staatssprache sei, doch jedermann das sprechen solle wonach ihm:ihr beliebe (Onuch und Hale, 2023, S. 177). In der Antrittsrede betonte Selenskyj (2019) die Einheit aller Ukrainer:innen als Quelle der Stärke – unabhängig davon ob sie aus dem Westen, Zentrum, Süden oder Osten kommen, Russisch oder Ukrainisch sprechen. Dabei kritisierte er die exkludierende Identitätspolitik der Poroschenko-Regierung, indem er betonte, dessen Administration täte nichts dafür, den Menschen der besetzten Regionen das Gefühl zu geben, ukrainisch zu sein und zu verstehen, dass sie der ukrainischen Nation angehören. So griff Selenskyj die weiter oben umrissene gesellschaftliche Debatte darüber auf, ob Russisch die Sprache des Besetzers oder der Verteidigung sei, während er offenbar letzteres mit dem Russischen assoziierte.

Denn Ukrainer zu sein ist keine Zeile im Pass – Ukrainer zu sein ist hier [zeigt auf das Herz - Anm. d. Verf.]. Ich weiß das mit Sicherheit. Ich weiß das von den Soldaten, die jetzt die Ukraine verteidigen, unseren Helden, von denen einige ukrainischsprachig, während andere russischsprachig sind. (Selenskyj, Mai, 2019)⁶⁷

In Bezug auf Geschichte machte Selenskyj liberale Äußerungen. In der Neujahrsansprache 2019, die in der Einleitung dieser Arbeit zitiert wurde, fragte Selenskyj, ob es wirklich so wenig gäbe, das Ukrainer:innen eine. Wie bei seiner Antrittsrede verwies er auf die ukrainischen Pässe, die keinen Eintrag dazu enthielten, ob jemand „Patriot“, „Maloros“ [eine abfällige Bezeichnung für einen ukrainischen Staatsbürger ohne nationale Identität], „Vatnik“ [eine abfällige Bezeichnung für einen pro-russischen Bürger] oder „Banderivets“ [Bandera-Anhänger, abfällige Bezeichnung für einen ukrainischen Nationalisten] sei. Stattdessen betonte Selenskyj, es heiße „Bürger der Ukraine, der Rechte und Pflichten hat“. So schien Selenskyj der Bevölkerung ein Angebot zu unterbreiten, das von *ethnic*-Politiken (beider Richtungen) absah. In diesem Sinne siegte bei der Wahl 2019 ein Kandidat, dessen Programm sich von ethnolinguistischen, spaltenden Themen weg bewegte. Die „nationale Idee“ war *civic* (Onuch und Hale, 2023, S. 177). In der besagten Neujahrsansprache formulierte Selenskyj seine Vision:

Schließlich sehen wir es auf dieselbe Weise – ein erfolgreiches und wohlhabendes Land, in dem es keinen Krieg gibt, ein Land, das sein Volk und seine Gebiete zurückgewonnen hat. Wo der Name der Straße keine Rolle spielt, weil sie beleuchtet und gepflastert ist. Wo es

⁶⁷ Eigene Übersetzung aus dem Ukrainischen.

keinen Unterschied macht, an welchem Denkmal du auf das Mädchen wartest, das du liebst.
Wenn wir unsere Zukunft auf dieselbe Weise sehen, sollte uns das einen. (Selenskyj, Dezember, 2019)

Seit seiner Wahl zum Präsidenten vermied es Selenskyj sich auf dem Feld der Erinnerungs- oder Sprachpolitik zu betätigen. So focht er weder das Gesetzespaket zur Entkommunisierung noch das Sprachgesetz der Poroschenko-Regierung an, das kurz nach seiner Amtsübernahme in Kraft getreten war. In Bezug auf Geschichte und die Entkommunisierung schien Selenskyj zwar dem Kurs der vorherigen Regierung nicht zu widersprechen, bekannte sich zu den sogenannten Held:innen der ukrainischen Freiheit und erkannte damit Persönlichkeiten wie Bandera als legitim an, doch äußerte er zugleich, dass nicht jede Straße nach Bandera benannt werden sollte, dies aus dem Grund auch im Bereich der Geschichte die Spannungen im Land zu lindern, um das Land zu vereinen (Onuch und Hale, 2023, S. 178).

Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament nutzte Selenskyj für Reformen, die eher einer *civic-Praxis* entsprachen. In Bezug auf (symbolische) Politiken verfolgte Selenskyj (formale) Reformen zur Verbesserung der Rechtstaatlichkeit. So erreichte er die Verabschiedung des Gesetzes *Zur Änderung von Artikel 80 der ukrainischen Verfassung (die Immunität von Abgeordneten betreffend)* (2019, N 27-IX). Auch führte er das Gesetz *Über das gesamtukrainische Referendum* (2021, N 1135-IX) zur Einführung von Volksentscheiden ein. Als Selenskyjs Hauptthema kristallisierte sich die Bekämpfung der Korruption im Zusammenhang mit dem oligarchischen Einfluss auf Politik und Wirtschaft heraus. Eine seiner größeren Errungenschaften war das Oligarchengesetz (2021, N 1780-IX)⁶⁸, das Oligarchen definiert und als solche klassifizierten Personen bspw. verbietet, politische Parteien zu finanzieren oder an der Privatisierung großer Objekte zu partizipieren. Trotz der Kritik an der Implementierungsfähigkeit der Gesetze⁶⁹ und deren ungewissen Zukunft zeigen diese Reformen eine Abkehr von *ethnic*-Konstruktionen der ukrainischen nationalen Identität entlang der Themen Erinnerung, Kultur und Sprache hin zu *civic*-Themen.

⁶⁸ Gesetzname (2021, N 1780-IX): *Zur Verhinderung von Bedrohungen der nationalen Sicherheit im Zusammenhang mit dem übermäßigen Einfluss von Personen mit erheblichem wirtschaftlichem und politischem Gewicht im öffentlichen Leben (Oligarchen)*.

⁶⁹ Selenskyjs Gesetzesprojekte wurden u.a. dafür kritisiert, nur schwer umsetzbar und/oder unvollständig zu sein. Viele der Gesetze wurden formell verabschiedet, während deren reale Umsetzung nicht garantiert werden konnte. Zugleich befand sich Selenskyj trotz der anfänglichen Mehrheitverhältnisse in einer ungünstigen Lage angesichts des Verfassungsgerichtshofs, der noch mit von Janukowytsch ernannten Richter:innen besetzt war und viele Gesetzesvorhaben blockierte. So wurden bspw. am 27. Oktober 2020 zentrale Antikorruptionsgesetze (von EU und IWF gefordert) aus dem Jahr 2015 kassiert, was an dem Interessenkonflikt (der noch von Janukowytsch ernannten) Richter:innen lag, die von den Gesetzen selbst betroffen gewesen wären.

Im Gegensatz zu anderen ukrainischen Präsidenten seit der Unabhängigkeit war eine (polarisierende) Identitätspolitik *weder* Teil Selenskyjs Wahlkampagne 2019 *noch* seiner Amtszeit. Vielmehr gewann Selenskyj die Wahlen über die Betonung der nationalen Einheit, indem er regionale Unterschiede herunterspielte und *civic*-Aspekte des Ukrainischseins betonte.

5. Diskussion: Implikationen für die Theoretisierung der Konstruktionsprozesse einer ukrainischen nationalen Identität im Kontext des Krieges 2022

Nach ihrer Unabhängigkeit konnte die Ukraine, anders als beispielsweise die baltischen Staaten, nicht auf *eine* nationale Identität vor der Sowjetunion blicken. Der ukrainische Staat stand also vor der Herausforderung, die regionalen Identitäten mit ihren unterschiedlichen Kulturen, Sprachen und Erinnerungen innerhalb *einer* nationalen Identität zu einen. So konkurrierten seit 1991 verschiedene Vorstellungen der Nation (also *imagined communities*) und ihrer Identität miteinander. Im Zentrum der Auseinandersetzungen um das Ukrainischsein standen identitätspolitische Fragen der Erinnerungspolitik, Kultur und Sprache. Dabei bestimmten bis 2014 zwei radikale Pole die politische Debatte, die radikale Linke/*Eastern Slavic Nationalist:innen* und die nationalistische Rechte/*Ethnisch Ukrainische Nationalist:innen*, während die politische Mitte zwischen diesen Polen agierte. Die *Eastern Slavic Nationalist:innen* sehnten sich nach der Sowjetunion und sahen Ukrainer:innen und Russ:innen als eng verbundene Völker mit gemeinsamer Geschichte, Kultur und Sprache. Sie befürworteten eine neo-sowjetische Allianz für die ukrainische Zukunft. *Ethnisch Ukrainische Nationalist:innen* betonten hingegen das Recht der Ukrainer:innen auf kulturelle Dominanz, privilegieren die ukrainische Sprache und Traditionen. Sie lehnten Sowjetisches und Russisches ab und tendierten zu einer Annäherung an den Westen. Politiker:innen der Mitte griffen auf Rhetoriken der radikalen Pole zurück, um Wahlkämpfe zu gewinnen, während eine systematische und fundierte Auseinandersetzung mit der Beschaffenheit der ukrainischen nationalen Identität ausblieb. So ähnelte die identitätspolitische Ausrichtung der Ukraine nach 1991 einer Achterbahnfahrt, deren Kursänderungen, mal hin zur Linken, mal zur Rechten, die wechselnden politischen Mehrheitsverhältnisse widerspiegeln. Institutionen wie das *Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung* (UINP) können als politisierte Instrumente betrachtet werden, die meist die Geschichtsauslegung herrschender politischer Eliten unterstützten. So fand keine Vergangenheitsaufarbeitung statt, welche sich sowohl mit dem Sowjetregime als auch den Ereignissen während des Zweiten Weltkrieges beschäftigte. Identitätspolitische Variablen (als *erfundene Traditionen*) dienten stets politischen Zielen der Gegenwart, sei es für Wahlerfolge oder die Begründung einer außenpolitischen Orientierung etc.

Der Krieg 2014 und Konstruktionsprozesse nationaler Identität

Die Ereignisse 2013/14 können in vielerlei Hinsicht als Zäsur für die Geschichte der unabhängigen Ukraine aufgefasst werden. Im Folgenden sollen die Forschungsfragen dieser Arbeit aufgegriffen werden:

Welche Veränderungen in dem Konstruktionsprozess einer ukrainischen nationalen Identität lassen sich seit dem Krieg 2014 im Vergleich zu den Jahren seit der Unabhängigkeit (1991-2013) beobachten? Welche Veränderungen in den Instrumenten und Akteurskonstellationen kommen dabei zum Vorschein?

Während die ukrainische (Identitäts-)Politik zwischen 1991 und 2014 zwischen den linken und rechten Polen hin und hergerissen war, veränderte Janukowytschs Flucht, verstärkt durch den Krieg im Osten, die politischen Kräfteverhältnisse. Die radikale Linke (Parteien wie die KPU), aber auch die russophile zentristische *Partei der Regionen*, verloren nach 2014 aus diversen Gründen (siehe 4.2.) ihre parlamentarische Repräsentation, sodass die *Werchowna Rada* nun ohne pro-russische, sowjetische Nostalgist:innen operierte. Damit wurde das Jahrzehntlange politische Kräfteziehen über Nacht beendet, dies nicht nur in den Wahlen 2014, sondern auch bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019. Die *top-down* Konstruktion der ukrainischen nationalen Identität geschah also ohne eine bedeutende pro-russische Opposition.

Die Vision der ukrainischen nationalen Identität, die von der nationaldemokratischen Poroschenko-Regierung vertreten wurde, war keine Neuerung, sondern knüpfte am Ideal der *Ethnisch Ukrainischen Nationalist:innen* an, das bereits von der Juschtschenko-Regierung verfolgt wurde. Die eigentliche Veränderung hierbei waren die politischen Möglichkeiten der Poroschenko-Regierung, um identitätspolitische Reformen voranzubringen. Diese Möglichkeiten konstituierten sich nicht nur über die Mehrheitsverhältnisse in der *Werchowna Rada*, sondern auch darüber, dass die russische Aggression seit 2014 eine umfassende Ukrainisierung moralisch legitimierte. So konnten die Nationaldemokraten Identitätspolitik vor dem Hintergrund der russischen hybriden Kriegsführung als Anliegen nationaler Sicherheit positionieren. Die Bemühungen der Poroschenko-Regierung zur Identitätspolitik zielten darauf ab, die Ukraine von Russland zu unterscheiden, indem nicht nur problematische Narrative des *Eastern Slavic* Geschichtsverständnisses beseitigt, sondern auch problematische Narrative der *Ethnisch Ukrainischen Nationalistischen* Strömung etabliert wurden. Diese Differenzierung zu Russland, die sich auf *civic*-Merkmale hätte konzentrieren können, in deren Kern liberale demokratische Werte standen, endete letztlich in der Förderung einer *ethnic*-basierten Vorstellung der ukrainischen nationalen Identität.

Eine maßgebliche Veränderung nach 2014 zeigte sich jedoch im zivilgesellschaftlichen Engagement und Aktivismus in Bezug auf Identitätspolitik. Von 1991 bis 2013/14 war Identitätspolitik vor allem ein Anliegen der Politiker:innen, welche im Namen der Wähler:innen für die eine oder andere Vision der ukrainischen nationalen Identität kämpften. Während Prozesse „von unten“ allgemein schwerer zu greifen sind als die „von oben“, lässt sich festhalten, dass sich erst nach 2014 überhaupt erkennbare Herstellungsprozesse „von unten“ abzeichneten. Infolge der russischen Aggression und zunehmender Infragestellung des Existenzrechts der Ukraine zeichneten sich Tendenzen „von unten“ ab, die eine Ukrainisierung der Sprache – auch vor dem Sprachgesetz 2019 – forderten. Russisch, das in manchen Teilen der Westukraine seit 1991 als das „Andere“ betrachtet wurde, wurde seit 2014 von mehr Menschen – darunter auch Russischsprechenden – als die Sprache des Aggressors empfunden (Kulyk, 2018). Obwohl nur wenige sich bereit zeigten, ihre Sprachpraxis radikal zu ändern, wurde die Verwendung des Ukrainischen als „Staatssprache“ populärer (ebd.). Während einige Russischsprechende bereit waren, zum Ukrainischen zu wechseln, sahen andere das Russische jedoch als Sprache der Verteidigung, da auch Russischsprechende im Osten gegen Russland kämpften. Welche dieser Positionen in der Ukraine zwischen 2014 und 2022 mehr Zuspruch fand ist schwer festzustellen, jedoch ist diese eine der dominanten Debatten (insbesondere das Narrativ der Sprache des Aggressors).

Darüber hinaus gingen der durch die Regierung veranlassten Demontage von Denkmälern zivilgesellschaftlich organisierte Demontagen von Symbolen der Sowjetunion (bspw. Lenin-Statuen) voraus (Yurchuk, 2017). Die Politik in Bezug auf Kultur, die nicht mit der liberalen europäischen Praxis in Bezug auf Meinungsfreiheit vereinbar war, erfüllte die Forderungen mancher Teile der Zivilgesellschaft (Way, 2019). Darüber hinaus fiel diese Politik mit *bottom-up* Initiativen wie *Myrotvorets* zusammen, die über andere Kanäle ähnliche Ziele verfolgten. Als Poroschenko 2018 *Slava Ukraini!* zum offiziellen Militärgruß erklärte, war das offensichtlich keine Erfindung seiner Regierung, sondern die symbolische Legalisierung eines zivilgesellschaftlichen Trends.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die akademische Auseinandersetzung mit der ukrainischen nationalen Identität nach 2014 kritisch hinterfragen. Der westliche akademische Diskurs prägte verschiedene Narrative, welche die ukrainische Zivilgesellschaft gerade aufgrund und seit den Ereignissen 2013/14 als mehr *civic* darstellen. Dabei liegt für viele der Fokus auf dem *Maidan*, während im Zusammenhang mit dem Krieg 2014 viele auf den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt und das Engagement inmitten einer humanitären Katastrophe verweisen (Shapovalova und Burlyuk, 2018; Zhurzhenko, 2014). Manche sehen im Krieg sogar ein Gelegenheitsfenster für die Ukrainisierung: „The war, despite all its ugly or even deadly aspects, paradoxically creates a window of opportunity for the

Ukrainian government to thrust ahead all the much needed and badly delayed reforms“ (siehe Riabchuk, 2015).

Es erscheint zynisch, im Zusammenhang mit einem Krieg von politischen Möglichkeiten für Identitätspolitiken zu sprechen. In Bezug auf das zivilgesellschaftliche Engagement lässt sich hinterfragen, inwiefern zweckgebundene und emotionenbasierte Organisationen in nicht-militärische bzw. *civic*-Themen transformiert werden können (Worschech, 2017, S. 43). Dabei kann sich die Zivilgesellschaft sogar von dem Staat entfremden, wenn sie dauerhaft dessen Aufgaben übernimmt (ebd.). Darüber hinaus gab es keine wissenschaftliche Evidenz dafür, dass die Einstellungen der Zivilgesellschaft zu einer ukrainischen nationalen Identität sich in eine *civic*- (oder *ethnic*-Richtung) entwickelt hätte (Zhuravlev und Ishchenko, 2020).

Diese Entwicklung des wissenschaftlichen Diskurses könnte als eine Art Abwehrmechanismus bzw. Reaktion auf die Verbreitung russophiler Stimmen in westlichen medialen Diskursen verstanden werden, ist jedoch nicht unproblematisch. Die Ereignisse 2013/14 sollten nicht nur im Zusammenhang mit Anti-Regierungsprotesten, bzw. der europäischen Ausrichtung mancher Protestierenden betrachtet werden, während der Krieg 2014 nicht als Moment gedacht werden soll, der eine *civic*-Nation hervorbrachte. Die besagte Logik, der Krieg hätte zu mehr *civic*-Eigenschaften beigetragen, würde zu der Schlussfolgerung führen, dass militärische Konflikte (unter bestimmten Bedingungen) zu mehr Demokratie und liberalen Werten führen können. Infolge der Betrachtung der Herstellungsprozesse der ukrainischen nationalen Identität nach 2014 lässt sich schlussfolgern, dass die Kriegssituation, abgesehen von dem zivilen Engagement und Zusammenhalt, auch problematische Folgen für die nationale Identität hatte.

So wie Way (2019) die Tendenzen zu Einschränkungen der Redefreiheit innerhalb und außerhalb der Poroschenko-Regierung als eine typische Folge von Kriegen erkannte, lassen sich auch die aufkeimenden *bottom-up* Prozesse der Abgrenzung von Russland und allem Russischen als Konsequenz der militärischen Bedrohung durch Russland verstehen. Identitätsbildung, sei es individuell oder kollektiv, bedarf oft eines "Anderen", wodurch sich Gruppen und Individuen über Grenzziehungsprozesse definieren. Diese Dynamiken werden durch Unsicherheiten verstärkt: Äußere Bedrohung kann zu verstärkter Zusammengehörigkeit der Gruppe und gleichzeitig zum internen Druck führen, den Kriterien dieser kollektiven Identität gerecht zu werden. Der militärische Konflikt mit Russland verstärkte eine solche Unsicherheit, die nicht nur zu einer radikalen Abgrenzung vom russischen Staat, sondern auch von allem Russischen, wie beispielsweise der russischen Sprache, führte. Die Tatsache, dass diese Abgrenzung nicht nur den russischen Staat oder die *Eastern Slavic* Erinnerungskultur be traf, sondern auch Russischsprechende innerhalb der Ukraine, unterstreicht die Auswirkungen von

Konflikten und Unsicherheit auf die Gruppenidentität. Auch die Glorifizierung problematischer historischer Figuren und Organisationen ist innerhalb dieser Grenzziehungsprozesse in Zeiten von Krieg zu betrachten. Wie der Journalist Mikhailo Dubynianskyi (2016) es beschreibt: „Unser historischer Mythos ist an die Moderne angepasst, unsere Wahrnehmung des zwanzigsten Jahrhunderts hängt von den heutigen Realitäten ab. Wir wählen unseren Weg nicht auf der Grundlage von Helden aus der Vergangenheit, sondern von Helden, die unserer Vorstellung vom ukrainischen Weg entsprechen“.⁷⁰

Demnach sollte die *ethnic* Identitätspolitik der Poroschenko-Regierung im Kontext der externen Bedrohung, aber auch in Bezug auf ihre Wechselwirkungen mit (manchen) Teilen der Zivilgesellschaft betrachtet werden. Dies ist notwendig, weil einerseits die ukrainische nationale Identität und ihre *ethnic- und civic*-Herstellungsprozesse nur so in ihrer Komplexität adressiert werden können.

Der Erdrutschsieg Wolodymyr Selenskyjs bei den Präsidentschaftswahlen 2019 spricht dafür, dass sich ein großer Teil der ukrainischen Zivilgesellschaft für *civic*-Themen entschied. Selenskyj, der in seiner gesamten Wahlkampagne auf *civic*-Themen setzte, die Wähler:innen abwechselnd auf Ukrainisch und Russisch ansprach und sich allgemein liberal zu Themen der Geschichte, Kultur und Sprache äußerte, schien die ukrainische nationale Identität in eine *civic*-Richtung zu navigieren. Ob Selenskyj mit seinen Reformambitionen, der Bekämpfung der Korruption etc., tatsächlich Erfolg gehabt und in welche politische Richtung sich die Ukraine bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2024 entwickelt hätte, kann nur eine Sache der Spekulation sein. Während der Krieg 2014 sich mit der Zeit zu einem zwar nicht eingefrorenen, aber doch köchelnden Konflikt entwickelte und sich eine gewisse Normalisierung des „Donbas-Krieges“ einstellte, änderte sich die Betroffenheit von dem militärischen Konflikt am 24. Februar 2022 gewaltig. Nun fielen im gesamten Land – im Osten, Westen, Süden und im Zentrum – Raketen und Schüsse.

Seit dem 24. Februar 2022 scheinen sich die identitätspolitischen Tendenzen in Prozesse einzuschreiben, die bereits im Frühling 2014 losgetreten wurden. So werden die Narrative der „Sprache des Aggressors“ besonders laut, ebenso wie die Argumente der Russischsprechenden, dass auch Russischsprachige an der Front sind. Während weitaus mehr Ukrainer:innen aus dem Russischen ins Ukrainische wechseln als noch 2014, bleibt unklar, ob sie ihren Sprachgebrauch nachhaltig umstellen werden. Die symbolische Rolle des Ukrainischen hat jedoch eine unverkennbare Bedeutung als Staatssprache bekommen. Währenddessen demonstriert die Selenskyj-Regierung, die in den drei Jahren vor dem Krieg 2022 kein identitätspolitisches Engagement zeigte, Denkmäler sowjetischer

⁷⁰ Eigene Übersetzung aus dem Russischen.

Persönlichkeiten wie Puschkin oder Ekaterina der Großen und verabschiedet Gesetze, welche die Heldenhaftigkeit von Ukrainer:innen hervorheben, die Juden:Jüdinnen im Zweiten Weltkrieg versteckten.

Dabei zeigen sich die soeben erläuterten Prozesse der Abgrenzung zu Russland und allem Russischen, jedoch in einem enormen Ausmaß. Dies ist angesichts des Leids, das Russland und dessen Armee in der Ukraine verursachen, während die russische Zivilbevölkerung (mit wenigen Ausnahmen) dies resigniert hinnimmt oder gar gutheißt, eine naheliegende Dynamik. Der Angriffskrieg hat die ukrainische politische Elite, aber auch Zivilgesellschaft in eine enorme Situation der Unsicherheit gebracht, sodass radikalere Abgrenzungsprozesse und eine Verengung der Zugehörigkeitskriterien (mit Blick auf die Ukrainer:innen selbst) mögliche Folgen sind. Es steht fest, dass die *bottom-up* Tendenzen, die bisher als Randerscheinungen auftraten, sich seit 2022 in einem beispiellosen Ausmaß zeigen.

6. Quellenverzeichnis

Dubyanskyi, M. (2016). Heroi ne nashoho chasu. *Ukrainska Pravda* (zuletzt zugegriffen am 22.12.2023). <https://www.pravda.com.ua/articles/2016/10/13/7123567/>

Erlass des Präsidenten Juschtschenko. (2009). N 946. *Pro dodatkovyi zakhody shchodo vyznannia ukrainskoho vyzvolnoho rukhu XX stolittia*. Über zusätzliche Maßnahmen zur Anerkennung der ukrainischen Befreiungsbewegung des XX. Jahrhunderts.

<https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/946/2009#Text>

Kyiv International Institute of Sociology. (2003). *Omnibus KMIC 2003/09-10* [Datensatz].

<https://ukraine.survey-archive.com/data#user-research@showVar=87094>

Kyiv International Institute of Sociology. (2006a). *Omnibus KMIC 2006/02* [Datensatz].

<https://ukraine.survey-archive.com/data#user-research@showVar=113508>

Kyiv International Institute of Sociology. (2006b). *Omnibus KMIC 2006/06* [Datensatz].

<https://ukraine.survey-archive.com/data#user-research@showVar=115928>

Kyiv International Institute of Sociology. (2017, 13, Oktober). *Pidtrymka vyznannia OUN-UPA uchasykamy borotby za derzhavnu nezalezhnist Ukrayny* [Pressemeldung].

<https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=718&page=8>

Kyiv International Institute of Sociology. (2022, 16, August). *Indicators of national-civic identity*

of Ukraine [Pressemeldung]. <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1131&page=4&y=2022>

Kyiv International Institute of Sociology. (2023). *Kulturni praktyky naselennia Ukrayny: povedinka ta stavlennia. Rezulaty sotsiolohichnogo opytuvannia* [Report 02/2023].

https://kiis.com.ua/materials/news/20230320_d1/UCBI_Culture2023_rpt_UA_fin.pdf

Ministerkabinett der Ukraine (2006). N 927. *Pro zatverdzhennia Polozhennia pro Ukrainskyi instytut natsionalnoi pamiaty* [Zur Genehmigung der Verordnung über das UINP].

<https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/927-2006-%D0%BF#Text>

Ministerkabinet der Ukraine (2014). N 684 -2014-н. *Deiaki pytannia Ukrainskoho instytutu natsionalnoi pamiaty* [Einige Fragen zum UINP]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/684-2014-%D0%BF#Text>

Poroschenko, P. (2019). *Peredvyborna prohrama kandydata na post Prezydenta Ukrainy na vyborakh 2019 roku* [Wahlprogramm]. <https://uavote.com/2019-program-poroshenko/>

Rating Group Ukraine. (2022, 16, März). *Shoste zahalnonatsionalne optyuvannia: movne pytannia v Ukrainsi* [Pressemeldung]. https://ratinggroup.ua/research/ukraine/language_issue_in_ukraine_march_19th_2022.html

Selenskyj, W. (2019). *Peredvyborcha prohrama kandydata na post Prezydenta Ukrainy Volodymyra Zelenskoho* [Wahlprogramm]. <https://program.ze2019.com/>

Selenskyj, W. (2019). *Inavhuratsiina promova Prezydenta Ukrainy Volodymyra Zelenskoho* [Rede]. President of Ukraine – official website. <https://www.president.gov.ua/news/inauguracijna-promova-prezidenta-ukrayini-volodimira-zelensk-55489>

Selenskyj, W. (2019). *Novorichne pryytannia Prezydenta Ukrainy Volodymyra Zelenskoho* [Rede] [Video]. President.Gov.Ua (YouTube). <https://www.youtube.com/watch?v=O4OXFRUy-0kI&t=11s>

State Statistics Committee of Ukraine. (2001). National Census of Ukraine 2001. http://db.ukrcensus.gov.ua/PXWEB2007/Quicktables/KEY_IND/key_index.asp

Ukrainiska Pravda (2010, 5. Dezember). *Henprokuratura kopacie pid Shkilia ta inshykh orhanizatoriv "Ukrainy bez Kuchmy".* <https://www.pravda.com.ua/news/2010/12/15/5674619/>

UINP. *Dekomunisazija* (Webseite zuletzt abgerufen am 23.08.2023). <https://uinp.gov.ua/dekomunizaciya-ta-reabilitaciya/dekomunizaciya>

Verfassung der Ukraine (Konstitucija Ukrainskoy). (1996). 254к/96-BP. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/254%D0%BA/96-%D0%B2%D1%80#Text>

Werchowna Rada. (1989). N 8311-XI. *Pro movy v Ukrainskij RSR* [Gesetz zur Sprache in der USSR].

<https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/8312-11#Text>

Werchowna Rada. (1991). N 1771-XII. *Deklaratsiya Prav Natsionalnosti Ukrayiny* [Deklaration über

die Rechte aller Nationalitäten der Ukraine]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1771-12#Text>

Werchowna Rada. (1992). N 2827-IX. *Zakon Ukrayiny pro natsionalni menshyny Ukrayiny* [Das Gesetz

über nationale Minderheiten in der Ukraine]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2494-12#n2>

Werchowna Rada. (2006). N 376-V. *Pro Holodomor 1932-1933 rokiv v Ukrayini* [Über den Holodomor

von 1932-1933 in der Ukraine]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/376-16#Text>

Werchowna Rada. (2012). N 5029-IV. *Pro zasady derzhavnoi movnoi polityky* [Zu den Grundsätzen

der staatlichen Sprachenpolitik]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/5029-17#Text>

Werchowna Rada. (2015). N 314-VIII. *Pro pravovyi status ta vshanuvannia pamiaty bortsiv za*

nezalezhnist Ukrayiny u XX stolitti [Über den Rechtsstatus und die Erinnerung an die Kämpfer

für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert].

<https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/314-19#Text>

Werchowna Rada. (2015). N 315-VIII. *Pro uvichnennia peremohy nad natsyzmom u Druhii svitovii*

viini 1939-1945 rokiv [Über die Verewigung des Sieges über den Nationalsozialismus im Zwei-

ten Weltkrieg von 1939–1945]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/315-19#Text>

Werchowna Rada. (2015). N. 316-VIII. *Pro dostup do arkhiviv represyvnykh orhaniv komunistychnoho*

totalitarnoho rezhymu 1917-1991 rokiv [Über den Zugang zu den Archiven der Repressionsor-

gane des kommunistischen totalitären Regimes von 1917-1991]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/316-19#Text>

Werchowna Rada. (2015). N. 317-VIII. *Pro zasudzhennia komunistychnoho ta natsional-sotsialisty-*

chnoho (natsytskoho) totalitarnykh rezhymiv v Ukrayini ta zaboronu propahandy yikhnoi sym-

voliky [Gesetz zur Verurteilung der kommunistischen und nationalsozialistischen

(nazistischen) totalitären Regime in der Ukraine und zum Verbot der Propaganda ihrer Symboleken]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/317-19#Text>

Werchowna Rada. (2017). N 4145-VIII. *Pro osvitutu* [Über Bildung]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2145-19#Text>

Werchowna Rada. (2019). N 2704-VIII. *Pro zabezpechennia funktsionuvannia ukrainskoi movy yak derzhavnoi* [Zur Gewährleistung des Funktionierens der ukrainischen Sprache als Staatssprache]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2704-19#Text>

Werchowna Rada. (2019). N 27-IX. *Pro vnesennia zmin do stati 80 Konstytutsii Ukrayny (shchodo nedotorknosti narodnykh deputativ Ukrayny)* [Zur Änderung von Artikel 80 der ukrainischen Verfassung (die Immunität von Abgeordneten betreffend)]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/27-20#Text>

Werchowna Rada. (2019). N 1135-IX. *Pro vseukrainskyi referendum* [Über das gesamtukrainische Referendum]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1135-20#Text>

Werchowna Rada. (2021). N 1780-IX. *Pro zapobihannia zahrozam natsionalnii bezpetsi, poviazanym iz nadmirnym vplyvom osib, yaki maiut znachnu ekonomicznu ta politychnu vahu v suspilnomu zhytti (oliharkhiv)* [Zur Verhinderung von Bedrohungen der nationalen Sicherheit im Zusammenhang mit dem übermäßigen Einfluss von Personen mit erheblichem wirtschaftlichem und politischem Gewicht im öffentlichen Leben (Oligarchen)]. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1780-20#Text>

7. Literaturverzeichnis

Adaney, B. T. (2009). *Strange Virtues. Ethnic in a Multicultural World*. InterVarsity Press.

Anderson, B. R. O. (1983). *Imagined communities: reflections on the origin and spread of nationalism*. Verso.

Antonsich, M. (2011). Searching for belonging – an analytical framework. *Geography Compass*, 4 (6), 644–659, <https://doi/10.1111/j.1749-8198.2009.00317.x>

Appiah, K. A. (2018). *The Lies that Bind: Rethinking Identity. Creed, Country, Colour, Class, Culture*. Profile Books.

Arel, D. (1995). Ukraine: the temptation of the nationalizing state. In V. Tismaneanu (Eds.), *Political Culture and Civil Society in Russia and the New States of Eurasia* (pp. 157–88) Sharpe.

Arel, D. (2017). Language, status, and state loyalty in Ukraine. *Harvard Ukrainian Studies*, 35 (1-4), 1–20.

Arel, D., & Khmelko, V. (1996). The Russian factor and territorial polarization in Ukraine. *The Harvard Review*, 9 (1–2), 81–91.

Assman, A. (2014). Transnational memories. *European Review*, 22 (4), 546-556. [Https://doi/10.1017/S1062798714000337](https://doi/10.1017/S1062798714000337)

Barrington, L., & Herron, E. (2004). One Ukraine or many? Regionalism in Ukraine and its political consequences. *Nationalities Papers*, 32 (1), 53–86.

Barth, F. (1998). *Ethnic groups and boundaries: the social organization of culture difference*. Cambridge Press.

Bell, V. (1999). Performativity and belonging. An introduction. *Theory, Culture & Society*, 16(2), 1-10. <https://doi.org/10.1177/02632769922050511>

Bertelsen, O. (2017). *Revolution and War in Contemporary Ukraine: The Challenge of Change*. Ibidem

Bhabha, H. K. (2013). *Nation and Narration*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203823064>

Bojcun, M. (2011). The international economic crisis and the 2010 presidential elections in Ukraine. *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 27 (3-4), 496-519. <https://doi.org/10.1080/13523279.2011.595160>

Bowring, B. (2014). The Russian language in Ukraine: Complicit in genocide, or victim of state-building? In L. Ryazanova-Clarke (Eds.), *The Russian Language Outside the Nation* (pp. 56-78). Edinburgh University Press.

Bilaniuk, L. (2022). The trajectory of language laws in Ukraine: inclusions and omissions in naming and categorization since 1989. *Acta Slavica Iaponica*, 43, 49-70.

Birch, S. (2000). Interpreting the regional effect in Ukrainian politics. *Europe-Asia Studies*, 52 (6), 1017–1041.

Blommaert, J. (2005). *Discourse: A Critical Introduction*. Cambridge University Press.
<https://doi.org/10.1017/CBO9780511610295.009>

Bloom, S., & Shulman, S. (2011). Interest versus identity: economic voting in Ukrainian presidential elections. *Post-Soviet Affairs*, 27 (4), 410-428. <https://doi.org/10.2747/1060-586X.27.4.410>

Blumenberg, H. (1979). *Arbeit am Mythos*. Suhrkamp.

Brubaker, R. (1994). Nationhood and the national question in the Soviet Union and post-Soviet Eurasia: An institutionalist account. *Theor Soc* 23, 47–78. <https://doi.org/10.1007/BF00993673>

Brubaker, R., & Cooper F. (2000). Beyond “identity”. *Theory and Society*, 29 (1), 1–47.
<https://doi.org/10.1023/A:1007068714468>

Brubaker, R. (2011). Nationalizing states revisited: projects and processes of nationalization in post-Soviet states, Ethnic and Racial Studies, 34 (11), 1785-1814.
<https://doi.org/10.1080/01419870.2011.579137>

Bruder, F. (2007). „Den ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben!“ *Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929-1948*. Metropol.

Calhoun, C. (2007). Nationalism and cultures of democracy. *Public Culture*, 19 (1), 151–173.
<https://doi.org/10.1215/08992363-2006-028>

Chatterjee, A. K. (2023). The “decline” of London’s curry houses invented tradition, authenticity, gastronomy. *Consumption, Markets and Culture*, 1–23.
<https://doi.org/10.1080/10253866.2023.2244898>

Elbedour, S., Bastien, D. T., & Center, B. A. (1997). Identity formation in the shadow of conflict: projective drawings by Palestinian and Israeli Arab children from the West Bank and Gaza. *Journal of Peace Research* 34 (2), 217-231.

Gellner, E. (1964). *Thought of Change*. Weidenfeld and Nicolson.

Giesen, B., & Seyfert, R. (2016). Collective identities, empty signifiers and solvable secrets. *European Journal of Social Theory*, 19 (1), 111 – 126. <https://doi.org/10.1177/1368431015573364>

Golczewski, F. (2011). Die umstrittene Tradition: OUN/UPA und nation-building. In A. Kappeler (Eds.), *Die Ukraine. Prozess der Nationsbildung* (S. 319-334). Böhlau.
<https://doi.org/10.7788/boehlau.9783412213824.319>

Herron, E. S. (2011). How Viktor Yanukovych won: reassessing the dominant narratives of Ukraine's 2010 presidential election. *East European Politics and Societies*, 25 (1), 47-67.
<https://doi.org/10.1177/0888325410388560>

Hobsbawm, E. (1983). Introduction: inventing traditions. In E. Hobsbawm & T. Ranger (Eds.), *The Invention of Tradition* (pp. 1 – 14). Cambridge University Press.

Hobsbawm, E. (1990). *Nations and Nationalism since 1780. Programme, myth, reality* (2nd ed). Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CCOL0521439612>

Hrytsak, Y. (2011). Geschichte und Erinnerung: Amnesie, Ambivalenz, Aktivierung. In Kappeler, A. (Eds.), *Die Ukraine. Prozess der Nationsbildung* (S. 319-334). Böhlau.
<https://doi.org/10.7788/boehlau.9783412213824.403>

Hughes, J., & Sasse, G. (2001). Comparing Regional and Ethnic Conflicts in Post-Soviet Transition States. *Regional & Federal Studies*, 11 (3), 1-35, <https://doi.org/10.1080/714004705>

Ishschenko, V. (2014). Ukraine's fractures. *New Left Review*, 87, 5-33.

Jaskulowski, K. (2010). Western (civic) versus Eastern (ethnic) Nationalism. The Origins and Critique of the Dichotomy. *Polish Sociological Review* 3, 289-303.

Jenkins, R. (1996). *Social Identity*. Routledge.

Jilge, W. (2014). Geschichtspolitik auf dem Majdan: politische Emanzipation und nationale Selbstvergewisserung. *Osteuropa*, 64 (5/6), 238–257. <http://www.jstor.org/stable/44937274>

Kedourie, E. (1960). *Nationalism*. Praeger.

Khmelko, V., & Wilson, A. (2015). Civil society and nation building in Ukraine. In T. Kuzio (Eds.), *Contemporary Ukraine: dynamics of post-Soviet transformation* (pp. 60-80). Routledge.

Klymenko L. (2019). Die Politik der Umbenennung: Nationsbildung und Straßennamen in der Ukraine. *Ukraine-Analysen*, 214, 2-5. <https://doi.org/10.31205/UA.214.01>

Kohn, H. (1944). *The idea of nationalism: A study in its origins and background*. Macmillan.

Kostiučenko, A. (2021). Die Sprachen und die Politik. *Ukraine-Analysen*, 255, 6. <https://www.bpb.de/medien/341413/UkraineAnalysen255.pdf>

Kozachenko, I. (2018). “Re-imagining” the homeland? Languages and national belonging in Ukrainian diasporas since the Euromaidan. *East/West: Journal of Ukrainian Studies* V (2), 89-109. <https://doi.org/10.21226/ewjus420>

Kubicek, P. (1997). Regionalism, nationalism and realpolitik in Central Asia. *Europe-Asia Studies*, 49 (4), 637-655, <https://doi.org/10.1080/09668139708412464>

Kulyk, V. (2009). Language policies and language attitudes in post-orange Ukraine. In J. Besters-Dilger (Eds.), *Language policy and language situation in Ukraine. Analysis and recommendations* (15-55). Peter Lang.

Kulyk, V. (2016). National identity in Ukraine: impact of Euromaidan and the war, *Europe-Asia Studies*, 68 (4), 588-608. <https://doi.org/10.1080/09668136.2016.1174980>

Kulyk, V. (2018). Between the “self” and the “other”: representations of Ukraine’s Russian-speakers in social media discourse Volodymyr Kulyk. *East/West Journal of Ukrainian Studies* 5(2), 65-83.

Kulyk, V. (2019). Identity in transformation: russian-speakers in post-Soviet Ukraine, *Europe-Asia Studies*, 71 (1), 156-178, <https://doi.org/10.1080/09668136.2017.1379054>

Kulyk, V. (2022). Die Sprache des Widerstands. Der Krieg und der Aufschwung des Ukrainischen. *Osteuropa*, 72 (6-8), 237-248. <https://doi.org/10.35998/oe-2022-0160>

Kushnir, O. (2022). Interview with Olexiy Haran “What we are seeing now in Ukrainian society is grassroots Ukrainization”. Forum Ukrainian Studies. <https://ukrainian-studies.ca/2022/11/15/interview-with-olexiy-haran-what-we-are-seeing-now-in-ukrainian-society-is-grassroots-ukrainization/>

Kuzio, T. (2001). Identity and nation-building in Ukraine: defining the ‘other’. *Ethnicities*, 1 (3), 343-365. <https://doi.org/10.1177/146879680100100304>

Kuzio, T. (2010). Nationalism, identity and civil society in Ukraine: understanding the orange revolution. *Communist and Post-Communist Studies*, 43 (3), 285-296. <https://doi.org/10.1016/j.postcomstud.2010.07.001>

Kuzio, T. (2012). Democratic revolutions from a different angle: social populism and national identity in Ukraine's 2004 orange revolution. *Journal of Contemporary European Studies*, 20 (1), 41-54. <https://doi.org/10.1080/14782804.2012.656951>

Kuzio, T. (2015). Competing nationalisms, Euromaidan, and the Russian-Ukrainian conflict. *Stud Ethn Nation*, 15, 157-169. <https://doi.org/10.1111/sena.12137>

Lewytskyj, B. (1961). Die Nomenklatur als ein wichtiges Instrument sowjetischer Kaderpolitik. *Osteuropa* 6, 408-412.

Malesevic, S. (2011). The chimera of national identity. *Nations and Nationalism* 17 (2), 272–290.

Marple, D. R. (2007). *Heroes and Villains. Creating National History in Contemporary Ukraine*. CEU Press.

Masenko, L. T. (2019). Movna polityka Ukrayny u 2017 — 2019 rokakh. *Journal Ukrainian language*, 3 (71). <https://doi.org/10.15407/ukrmova2019.03.040>

Mejias, U. A., & Vokuev, N. E. (2017). Disinformation and the media: the case of Russia and Ukraine. Media. *Culture & Society*, 39 (7), 1027-1042. <https://doi.org/10.1177/016344371668667>

Mylonas, H., & Tudor, M. (2023). Varieties of Nationalism: Communities, Narratives, Identities. *Cambridge University Press*. <https://doi.org.org/10.1017/9781108973298>

Novak, C. (2020). *Convivial Politics of Belonging. Young Muslims' Narrative Construction of Real-and-Imagined Spaces in Superdiverse Vienna and Zurich* [Doctotal Thesis].

Onuch, O. (2015). The Maidan and beyond: who were the protesters? *Journal of Democracy*, 25 (3).
<https://doi.org/10.1353/jod.2014.0045>

Onuch, O., & Hale, H. E. (2023). *The Zelensky Effect*.
<https://doi.org/10.1093/oso/9780197684511.001.0001>

Onuch, O., & Sasse, G. (2016). Maidan in movement: protest cycles, diversity of actors, and violence. *Europe-Asia Studies* 68 (4), 556–587.

Parekh, B. (1994). Discourses on National Identity. *Political Studies*, 42, 3.

Penter, T. (2011). Die Ukrainer und der „Große Vaterländische Krieg“: Die Komplexität der Kriegsbiographien. In A. Kappeler (Eds.), *Die Ukraine. Prozess der Nationsbildung* (S. 335-348). Böhlau.

Pirie, P. (1996). National identity and politics in Southern and Eastern Ukraine. *Europe-Asia Studies*, 48, (7), 1079-1104. <http://www.jstor.org/stable/153099>

Plokhy, S. (2015). *The Gates of Europe: A History of Ukraine*. Basic Books.

Probny, E. (1996). *Outside belongings*. Routledge.

Rasevych, V. (2014). Novi heroï - nova spilna istoriia. *Рідний край*, 2 (31), 67-69.
<http://dspace.pnpu.edu.ua/bitstream/123456789/5734/1/Rasevih.pdf>

Razumkov Centre. (2017a). *Ukraine's party system evolution: 1990-2017*. Zapovit.

Razumkov Centre. (2017b). Institutional support of national identity policy: expert interviews. *National security & defence*, 1-2, 62-76.

Riabchuk, M. (2001). Dvi Ukraini. *Magazine Lviv* 10. www.ji-magazine.lviv.ua/dyskusija/arhiv/ryabchuk.htm

Riabchuk, M. (2010). The Ukrainian “friday” and the Russian “Robinson”: the uneasy advent of post-coloniality. *Canadian–American Slavic Studies* 44, 7–24.

Riabchuk, M. (2015). 'Two Ukraines' reconsidered: the end of Ukrainian ambivalence? *Stud Ethn Nation*, 15, 138-156. <https://doi.org/10.1111/sena.12120>

Renan, E. (1882). Qu'est-ce qu'une nation? In O. Dahbour, and M.R. Ishay (Eds.), *The Nationalism Reader* (pp. 143–155). Humanities Press.

Sasse, G. (2002). A 'new' Ukraine: a state of regions. In J. Hughes and G. Sasse (Eds.), *Ethnicity and territory in the former Soviet Union: regions in conflict* (pp. 69-100). FrankCass.

Savin, K., & Stein, A. (2012, 22. Juni). *Der Sprachenstreit in der Ukraine*. <https://www.boell.de/de/internationalepolitik/europa-nordamerika-ukraine-sprachenstreit-14927.html>

Shapovalova, N., & Burlyuk, O. (2018). Civil society and change in Ukraine post-Euromaidan: an introduction. In N. Shapovalova and O. Burlyuk (Eds.), *Civil society in post-Euromaidan Ukraine: From revolution to consolidation* (pp. 11-40).

Shekovtsov, A. (2013). The "orange revolution" and the "sacred" birth of a civic-republican Ukrainian nation. *Nationalities Papers*, 41 (5), 730-743. <https://doi.org/10.1080/00905992.2013.775114>.

Shevel, O. (2016). The battle for historical memory in postrevolutionary Ukraine. *Current History*, 115 (783), 258–263. <https://www.jstor.org/stable/48614187>

Shulman, S. (2002). Challenging the civic/ethnic and west/east dichotomies in the study of nationalism. *Comparative political studies*, 35 (5), 554-585.

Shulman, 2004. The contours of civic and ethnic national identification in Ukraine, *Europe-Asia Studies*, 56 (1), 35-56, <https://doi.org/10.1080/0966813032000161437>

Smith, A. D. (1991). *National Identity*. Penguin Books.

Subtelny, O. (1988). *Ukraine: a history*. University of Toronto Press.

Umland, A. (2016. 25. Oktober). Bad history doesn't make friends. Foreign Policy. <http://foreignpolicy.com/2016/10/25/bad-history-doesnt-make-friends-kiev-ukraine-stepan-bandera/>

Way, L. A. (2019). Ukraine's post-maidan struggles: free speech in a time of war. *Journal of Democracy* 30 (3), 48-60. <https://doi.org/10.1353/jod.2019.0041>

Wilson, A. (1997). *Ukrainian nationalism in the 1990s: a minority faith* (1. publ.). Cambridge UP.

Wolczuk, K. (2000). History, Europe and the "national idea": the "official" narrative of national identity" in Ukraine, *Nationalities Papers*, 28 (4), 671-694.

Wolczuk, K. (2006). 'Whose Ukraine?': language and regional factors in the 2004 and 2006 elections in Ukraine. *European Yearbook of Minority Issues, Vol. 5, 2005/2006*.

Worschech, S. (2017). New civic activism in Ukraine: Building society from scratch? *Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal* 3, 23–45.

Yurchenko, Y. (2018). *The Empire of Capital*. Pluto Press.

Yurchenko, Y. (2021). Ukraine and the (dis)integrating "empire of capital". In A. Gagyi, & Slacalek, O. (Eds.), *The Political Economy of Eastern Europe 30 year into the 'transition'* (pp. 97-113). IPE Series.

Yurchuk, Y. (2017). Reclaiming the past, confronting the past: OUN–UPA memory politics and nation building in Ukraine (1991–2016). In J. Fedor, M. Kangaspuro, J. Lassila, T. Zhurzhenko (Eds.), *War and Memory in Russia, Ukraine and Belarus*. Palgrave Macmillan.

Yuval-Davis, N. (2007). Intersectionality, citizenship and contemporary politics of belonging. *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, 10 (4), 561-574.

Yuval-Davis, N. (2011). *The politics of belonging: intersectional contestations*. Sage.

Zhuravlev, O., & Ishchenko, V. (2020). Exclusiveness of civic nationalism: Euromaidan eventful nationalism in Ukraine, *Post-Soviet Affairs*, 36 (3), 226-245.
<https://doi.org/10.1080/1060586X.2020.1753460>

Zhurzhenko, T. (2014). A divided nation? reconsidering the role of identity politics in the Ukraine crisis. *Die Friedens-Warte*, 89 (1-2), 249–267. <http://www.jstor.org/stable/24868495>

Zhurzhenko, T. (2021). Fighting empire, weaponising culture: the conflict with Russia and the restrictions on Russian mass culture in post-maidan Ukraine. *Europe-Asia Studies*, 73 (8), 1441-1466, <https://doi.org/10.1080/09668136.2021.1944990>

8. Anhang

Abstract

This master's thesis delves into the processes of national identity formation in Ukraine spanning from 1991 to the onset of the Russian aggression on February 24, 2022. Employing a constructivist lens, it explores identity politics, political events, and the constellations of actors that have shaped those processes since Ukraine's independence. Emphasizing the alterations in the construction of national identity due to the Russian military threat in 2014, this thesis focuses on *top-down* processes while acknowledging emergent *bottom-up* processes since the 2014 conflict. The primary aim is to shed light on the potential effects of (military) threats on the dynamics of national identity construction.

Zusammenfassung

Diese Masterarbeit untersucht Herstellungsprozesse der ukrainischen nationalen Identität von 1991 bis zum Beginn des russischen Angriffskrieges am 24. Februar 2022. Mit einem konstruktivistischen Ansatz werden Identitätspolitiken, politische Ereignisse und Akteurskonstellationen, welche die ukrainische Identität seit der Unabhängigkeit geprägt haben, betrachtet. Dabei liegt der Fokus auf den Veränderungen in den Herstellungsprozessen der nationalen Identität infolge der militärischen Bedrohung durch Russland im Jahr 2014. Die Untersuchung konzentriert sich auf *top-down* Prozesse, berücksichtigt jedoch auch *bottom-up* Prozesse, die sich seit dem Krieg 2014 abzeichneten. Ziel dieser Masterarbeit ist es, potenzielle Auswirkungen (militärischer) Bedrohungen auf Dynamiken der nationalen Identitätskonstruktion herauszuarbeiten.